







# HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING

DR. PHIL.

---

HEFT LXXVIII

DIE ERKLÄRUNGEN DER MENSCHEN- UND BÜRGERRECHTE  
IN DEN ERSTEN AMERIKANISCHEN STAATSVERRASSUNGEN.  
VON DR. GUSTAV HÄGERMANN.

---

BERLIN 1910

Die Erklärungen der

# Menschen- und Bürgerrechte

in den ersten amerikanischen Staatsverfassungen.

Von

**Dr. Gustav Hägermann.**

---

BERLIN  
1910

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Meinem verehrten Lehrer

Herrn Prof. Dr. Richard Sternfeld.





## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Quellenangabe . . . . .	9
A. Einleitung . . . . .	11
B. Allgemeines über die Ideen der amerikanischen Revolution . . . . .	13
1. Das philosophisch-literarische Moment . . . . .	15
2. Das religiöse Moment . . . . .	23
3. Das wirtschaftliche Moment . . . . .	40
C. James Otis, der Verkünder der Ideen der amerikanischen Revolution . . . . .	44
D. Die Ideen in den ersten amerikanischen Staatsverfassungen . . . . .	58
1. Die Menschenrechte . . . . .	60
2. Die Bürgerrechte und die frames of government . . . . .	65
E. Der gemeinsame Ursprung:	
1. Die englische Verfassung . . . . .	71
2. James Harrington . . . . .	73
3. John Milton . . . . .	75
4. Algernon Sidney und John Locke . . . . .	80
5. Montesquieu . . . . .	86
6. Rousseau . . . . .	89
7. William Blackstone . . . . .	97
F. Entwicklung der Ideen von Otis bis zur Revolution . . . . .	106
1. Declaration of Rights von 1774 . . . . .	112
2. Mecklenburgh Declaration of Independence von 1775 . . . . .	120
3. Thomas Paines „Common Sense“ . . . . .	128
4. Declaration of Independence von 1776 . . . . .	135
5. Virginia Constitution . . . . .	144
G. Gesamtwürdigung und Resumé . . . . .	148
1. Einwirkung Franklins . . . . .	149
2. Einwirkung Paines . . . . .	150
3. Einwirkung Jeffersons . . . . .	151
4. Einwirkung der Massachusetts-Abgeordneten aus dem Kreise des Otis:	
a) Sam. Adams . . . . .	152
b) John Adams . . . . .	155



## Quellen.

---

Perley Poore, The Federal and State Constitutions of the United States.  
Washington 1877 2 Bde.

Petër Force, American Archives, besonders Serie 4.

Hough, American Constitutions concerning the Constitution of each  
State in the Union of the United States. Albany 1872 2 Bde.

George Chalmers, Political Annals of the present United Colonies  
from the settlement to the peace of 1763.

Journals of American Congress 1774 -88. Washington 1823 4 Bde.

William Macdonald, Select Charters and other Documents illustrative  
of Americ. History from 1606—1775. New York 1899.

John Adams, Works ed. Charles Franc. Adams. Boston 1856 10 Bde.

Thom. Jefferson, Writings ed. Leicester. New York 1893 10 Bde.

Jefferson, Works 1853 10 Bde.

Sparks, Works of Benjamin Franklin.

M. Dan. Conway, The Writings of Thomas Paine. New York 1894  
4 Bde.

The Correspondence of John Jay. New York 4 Bde.

The Diary and Letters of Thomas Hutchinson.

H. D. Gilpin, The Papers of James Madison. New York 1841 3 Bde.

James Otis, The Rights of the British Colonies asserted and proved.  
London reprinted.

James Harrington, The Oceana and other Works. London printed

John Milton, Works Historical, Political, Miscellaneous. Amsterdam  
1698 3 Bde.

John Locke, Two Treatises of Civil Government.

Montesquieu, De L'Esprit des Loix. Genève 1763. Nouvelle Edition  
revue et corrigée par l'Auteur 3 Bde.

J. J. Rousseau, Contrat Social.

William Blackstone, Commentaries on the Laws of England. London  
seit 1765 in vielen Auflagen.

Gardiner, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution 1628 bis 1660. Oxford 1889.

William Stubbs, Engl. Const. History. Oxford 4 Bde.

Whitelocke, Memorials of the English Affairs. London 1682.

### Literatur.

Otto Gierke, Johann Althusius in Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte. Breslau 1880.

Ernst von Meier, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jahrhundert. Leipzig 1907 I. Bd.

Hermann Weingarten, Die Revolutionskirchen Englands. Leipzig 1868.

G. Jellinek, Die Erklärungen der Menschenrechte, in Staats- und Völkerrechtl. Abhandlungen. I. Aufl. 1898, 2. Aufl. 1904.

Emile Boutmy, La Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen. Paris 1902.

G. Bancroft, History of the Unit. States of Am. Deutsch von Kretzschmar. Leipzig 1859.

John Marshall, History of the Colonies Planted by the English on the Continent of North America. Philad. 1824.

Dav. Ramsay, Geschichte der amerikanischen Revolution aus den Akten des Kongresses, übersetzt von G. K. F. Seidel. Berlin 1794—95.

Story, Commentaries on the Constitutions of the United States. Boston 1833. 3 Bde.

M. C. Tyler: The Literary History of the American Revolution, 2 Bde.

Lecky, Geschichte Englands im 18. Jahrhundert, deutsch von Löwe. 4 Bde. Heidelberg 1882.

William Tudor, The Life of James Otis.

Francis Bowen, Life of James Otis. Boston 1844.

John Checkley or the Evolution of Religions Tolerance in Massachus. Bay in The Publications of the Prince Society. Boston 1897.

Knowles, Memoir of Roger Williams. Boston 1834.

William Wirt, Life of Patrick Henry.

A. H. Everett, Life of Patrick Henry.

R. H. Lee, Life of Arthur Lee. Boston 1829 2 Bde.

Charles A. Goodrich, Lives of the Signers of the Declaration of Independence. New York 1829.

Alfred Stern, Milton und seine Zeit. Leipzig 1889 2 Bde.

W. L. Smith, A comparative View of the Constitutions of the several States with another. Washington 1832.

Nath. Chipmann, Principles of Government. 1833.

Gabriel de Mably, Observations sur le Gouvernement et les loix des Etats Unis d'Amérique. Amsterdam 1784.

Allen Smith, The Spirit of American Government, its Origin, Influence. New York 1907.

James Sullivan, The Antecedents of the Declaration of Independence, in Report of the Amer. Historical Association 1902. 1. Bd.

William A. Dunning, An Historic Phrase. Ebendasselbst.

Hélie, Les Constitutions de la France.

Kluit, Historie der holländsche staatsregirung. Amsterdam 1802 bis 1865. 1. Bd.

Rud. Gneist, Englische Verfassungsgeschichte. Berlin 1882.

G. Lüders, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848. Dissertation Leipzig 1909.

Paul Darmstädter, Die Vereinigten Staaten von Amerika. Leipzig 1909.

E. O. Hopp, Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika aus Weltgesch. in Einzeldarst. ed. Oncken.

E. Daenell, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Leipzig 1907.

Otto Hoetzsch, Vereinigte Staaten von Nordamerika 1905.



## A. Einleitung.

Ueber das vorliegende Thema ist schon unendlich viel geschrieben worden, aber ein Einblick in die umfangreiche Literatur wird davon überzeugen, daß in ihr eine ziemliche Unklarheit der Begriffe, ja, Ungenauigkeit in der Darstellung der historischen Momente vorherrscht. Einiges hieran zu ändern ist der Zweck dieser Arbeit.

Als einer der letzten hat Jellinek über die Erklärung der Menschenrechte geschrieben, aber einerseits bringt er sie hauptsächlich mit der französischen Erklärung von 1789 in Vergleich, andererseits untersucht er nur ihren allgemeinen Inhalt und Ursprung, ohne bei diesem ins einzelne zu gehen. Jellinek hat in der ersten Auflage von 1898 in der Aussprache der amerikanischen Bills of Rights nur ein Werk der Reformation zu entdecken geglaubt, als dessen Apostel er den Independenten Roger Williams hinstellte, welcher 1631 Providence als einen Hort der Gewissensfreiheit begründete. In der zweiten Auflage von 1904 hat er sein Urteil erheblich gemildert, aber doch im wesentlichen aufrechterhalten, indem er dort sowohl wie hier die Fruchtbarkeit der literarischen Ideen verneint, besonders die Möglichkeit des Einflusses Lockes auf Amerika bezweifelt, da Locke noch gar kein subjektives Recht kenne und nur ein Vertreter der altenglischen Anschauungen sei, ja, die des Rousseau bestreitet, weil er gegen jedes Repräsentativsystem und Teilung der Gewalten sei. Diese Behauptung hat 1902 Emile Boutmy, Membre de l'Institute, zu einer Entgegnung veranlaßt, in seiner Schrift: „La déclaration des

Droits de l'Homme et de Citoyen et Monsieur Jellinek“, erschienen in den Annales des sciences politiques. Boutmy sucht die französische Erklärung der Menschenrechte vor der Behauptung zu retten, daß sie den amerikanischen nachgebildet sei, eine Erörterung, welche uns hier nichts angeht. Auf der anderen Seite aber sucht er nachzuweisen, daß Rousseau auch auf einen freien Staat mit Repräsentativverfassung und Teilung der Gewalten Einfluß ausgeübt haben kann, und insoweit werden wir uns später noch mit Boutmy zu beschäftigen haben.

Es scheint nicht ganz fruchtlos, wenn der Historiker die Sache noch einmal untersucht, um den Ursprung und die Entwicklung der Ideen, welche 1776 in Amerika zum Ausdrucke gekommen sind, darzulegen. Wir werden sehen, einerseits, daß die literarisch-philosophischen Einflüsse doch eine erheblich größere Rolle bei ihrer Verwirklichung gespielt haben, als Jellinek annimmt, andererseits daß das religiöse Moment im günstigsten Falle nur einer von vielen Faktoren gewesen ist, welche zur Aussprache der Erklärungen gedrängt haben. Im weiteren Verlaufe der Darstellung werden wir zu zeigen haben, daß sich die wesentlichen Elemente der amerikanischen Staatsverfassungen schon 1764 bei dem Bostoner Rechtsgelehrten James Otis finden in seiner Schrift: „The Rights of the British Colonies asserted and proved“, ein Umstand, auf den Jellinek in der zweiten Auflage nur beiläufig hinweist, ohne darauf einzugehen, und ohne in Otis den direkten Befruchter des amerikanischen Freiheitskeimes zu sehen. Von Otis wird uns ein gerader Weg zu den Massachusetts-Abgeordneten, die seine Traditionen mit wenigen Umformungen fortsetzten, besonders zu John Adams führen. Wir werden John Adams, den späteren ersten Vizepräsidenten und zweiten Präsidenten der Vereinigten Staaten, als Verfasser einiger der wichtigsten Schriftstücke der amerikanischen Revolution zu betrachten, ferner seinen Einfluß auf die Virginia-Abge-



ordneten ins Auge zu fassen haben und somit einen Faden direkt von James Otis bis zu den ersten Bills of Rights und der Unabhängigkeitserklärung sich ziehen sehen. Hiermit werden wir zugleich jene auch von Amerikanern vertretene Meinung widerlegen, daß von den Virginia-Abgeordneten der erste Anstoß zur Abschüttelung des englischen Joches gegeben worden ist; so sagt der Geschichtsschreiber William Wirt in seinem Buche über den Virginier Patrick Henry, daß dieser unzweifelhaft den ersten Anstoß zu der Bewegung gab, welche in die Revolution auslief, ein Urteil, dessen Richtigkeit selbst der Virginier und spätere dritte Präsident Thomas Jefferson 1818 in einem Briefe an Waterhouse bezweifelt.

## **B. Allgemeine Worte über die Ideen der amerikanischen Revolution.**

Wenn wir die Lehre von den Menschen- und Bürgerrechten betrachten — wobei nicht außer acht zu lassen ist, daß die Bürgerrechte weiter nichts sind als Konsequenzen aus den Menschenrechten —, so werden wir ihren Ursprung als rein philosophisch erkennen, und zwar sind sie aus der subjektiv-individualistischen Philosophie entstanden<sup>1</sup>. Elemente davon finden wir schon bei derjenigen griechischen Schule, welche wir heutzutage mit dem Namen der Sophisten belegen. Diese Philosophen gingen bekanntlich davon aus, daß nur das Individuum Rechte habe, ja, daß es allein existiere. Hieraus folgt, daß es überhaupt kein anderes wahres Recht geben kann als das der natürlichen Freiheit

---

1. James Sullivan hat in einem Aufsätze: „The antecedents of the Declaration of Independence“ 1902 nachgewiesen, daß die philosophischen Grundlagen der Unabhängigkeitserklärung zum größten Teile schon in der griechischen Philosophie, sicher aber vor dem fünften Jahrhundert v. Chr. vorhanden gewesen sind.

und Gleichheit, und daß alles, was sich Recht und Gesetz nennt, weiter nichts ist als Konvention, welche nur für diejenigen gilt, die sie geschlossen haben. Alle unsere Verhältnisse beruhen auf Vertrag, wie die Sprache so der Staat. Wir sehen hier also schon die ersten Anfänge der Vertragstheorie. Plato fügte diesen Ideen in seinen „Nomoi“ 351 die Lehre von der Teilung der Gewalten hinzu. Die Stoiker gingen von der Forderung des naturgemäßen Lebens aus und gelangten zu der sittlichen Selbständigkeit und Freiheit des Menschen. Aus der Vollkommenheit des Einzelnen leiteten sie ihren allen Menschen gemeinsamen Idealstaat, ihren Kosmopolitanismus und ihre allgemeine Menschenliebe ab, während die Epikuräer die Vertragslehre der Sophisten vertieften. Alle diese Gedanken führen über die Römer bis zu der modernen Philosophie herüber. In ihren antugeschichtlichen Tendenzen berühren sie sich direkt mit der Lehre John Lockes. Dieser gab dem schwankenden Baume der Lehre den festen Halt, dessen sie bedurfte; er sagte: Es gibt kein Recht der Geschichte, d. h. der Tradition und der Vererbung, es gibt kein Recht der Toten, sondern nur der Lebenden. Locke fand den klassischen Ausdruck für diese Gedanken. Indem er die Seele des Menschen bei seiner Geburt als ein unbeschriebenes Blatt bezeichnete, war ihm zugleich der Weg für seine politische Doktrin vorgeschrieben. Jeder Mensch hat als natürliches Recht das der Selbstbestimmung, und wie der einzelne so jede Generation. Wir können die Geschichte immer wieder von Anfang beginnen. Dieser Gedankengang findet in Amerika seinen prägnantesten Ausdruck in den Worten Jeffersons (Brief vom 6. Sept. 1789 an Madison): „Die Erde gehört immer der lebenden Generation . . . Jede Verfassung und jedes Gesetz hat naturgemäß nach 34 Jahren die Berechtigung verloren.“

Es ist unrichtig, wenn Jellinek sagt, daß Locke nur im Zusammenhange mit den altenglischen Anschauungen stehe und weiter nichts getan habe, als aus den Sätzen

der Bill of Rights von 1688 sein System abzuleiten. Während diese nur die geschichtlich erworbenen Rechte der Engländer festsetzt, werden dieselben Rechte dort zu allgemeinen Menschenrechten; während sie in der englischen Verfassung auf Vererbung beruhen, kommen sie nach Locke dem Menschen schon durch seine Existenz zu: sie sind also schon zu subjektiven Rechten geworden. Wenn man behauptet, daß Blackstone dieses Recht des Individuums in seinen „Commentaries on the laws of England“ zuerst betont habe, vergißt man, daß Blackstone in diesem nur ein Schüler Lockes war.

### 1. Das philosophisch-literarische Moment.

Die philosophische Grundlage ist wohl im Auge zu behalten, es ist aber zu betonen, daß die Lehre von den allgemeinen Menschenrechten durchaus noch kein Allgemeingut, noch nicht zur Trivialität geworden ist, wie Jellinek sich ausdrückt; vielleicht in Gelehrtenkreisen, aber gewiß nicht in der Bevölkerung, wie uns die Entwicklung der Ideen in Amerika später zeigen wird. Sie geht erst allmählich in das Volksbewußtsein über, und erst 1776 ist dies im wesentlichen geschehen. Sie hatte fürs erste doch nur literarischen Wert, aber bei dem großen Umfange, welchen die Bildung im achtzehnten Jahrhundert in Amerika eingenommen, stellt sie einen mächtigen Faktor dar. Hopp hat gewiß nicht recht, wenn er in seinem Buche „Bundesstaat und Bundeskrieg in Nord-Amerika“ den Einfluß der staatswissenschaftlichen Lehren auf die amerikanische Revolution bezweifelt und meint, „das heiße doch bei der lange Zeit nur dünn bevölkerten östlichen Küstenstrecke Nord-Amerikas innige Kulturbeziehungen mit Europa voraussetzen, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht stattfinden konnten“. Wie weit im Gegensatze zu dieser Behauptung die Bildung

in Amerika in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts verbreitet war, zeigt schon ein Ueberblick über die Erziehung der Abgeordneten zu den ersten amerikanischen Kongressen. Aus einem 1829 zu New York erschienenen Buche des Charles A. Goodrich „Lives of the Signers of the Declaration of Independence“ entnehmen wir die interessante Mitteilung, daß mehr als die Hälfte der Kongreßmitglieder sowohl des ersten Kongresses von 1774 als auch der von 1775 und 76 Rechtsgelehrte waren. Unter ungefähr 54 Abgeordneten finden wir 29 Juristen, welche theils im praktischen Berufe standen, theils das Studium betrieben hatten, unter anderen die unvergeßlichen Namen des Sam. Adams, John Adams, Sam Chase, William Hooper, R. H. Lee, Edward Rutledge, Roger Shairman und Georg Wythe. David Ramsay sagt in seiner Geschichte der amerikanischen Revolution, daß das Studium des Rechtes in Amerika allgemein gebräuchlich gewesen sei, und zwar erkläre sich das durch die immerwährenden Streitigkeiten. Er sagt wörtlich: „Keine Klasse von Menschen ist zu allen Zeiten der Freiheit günstiger gewesen als die Rechtsgelehrten. Wo sie nicht von der Regierung bestochen werden, sind sie furchtbare Widersacher derselben. Da sie berufsmäßig die Rechte der menschlichen Natur erlernen, bemerken sie scharf und schnell alles, was sie beeinträchtigt.“ Diese Behauptung gilt in vielleicht noch größerem Maße von den Medizinern, welche wir auch im Kongresse vertreten finden, vor allem durch Matthew Thorton, einen berühmten Arzt in New-Hampshire und Benj. Rush, Professor der Universität zu Philadelphia. Auch die anderen Wissenschaften waren im Kongresse vertreten, wir sehen dort den Prediger John Witherspoon, der die Universität zu Edinburgh besucht hatte und später Präsident des New Jersey-Kolleg wurde, ferner Francis Hopkinson, einen Freund des Franklin, von dem behauptet wird, daß er einige Erfindungen auf dem Gebiete der Elektrizität gemacht habe. Die Kongreßmitglieder und

Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung Thomas M'Keen und Thom. Lynch, der die englische Cambridge-University besuchte, sollen sich in Moralphilosophie, Geschichte der Literatur resp. Philosophie der Rechtswissenschaft und den Grundsätzen der englischen Verfassung ausgezeichnet haben. Im ganzen hatten ungefähr  $\frac{7}{9}$  aller Abgeordneten eine wissenschaftliche Erziehung genossen, so daß Ramsay in seinem oben genannten Werke mit nicht allzu großer Uebertreibung sagen kann: „Uns hat seitdem (d. i. der Besiedelung des Landes) das durchdringende Licht der Vernunft, der Philosophie und der Wahrheit mit richtigen Begriffen von den Rechten des Menschengeschlechtes und von moralischen Verpflichtungen erleuchtet.“ Es ist selbstverständlich, daß bei diesen Leuten die wissenschaftlichen Einflüsse, unter denen sie aufgewachsen sind, eine bedeutende Rolle spielten, und in der Tat wurden bei den Verhandlungen weniger die persönlichen Meinungen als die wissenschaftlichen Theorien gegeneinander ausgespielt. Wir sehen das am besten bei den beiden größten Politikern des neuen Staates, wenn wir von Franklin absehen, John Adams und Thomas Jefferson. Es ist deshalb unerläßlich, etwas näher auf ihre Bildung einzugehen, an dieser Stelle weniger, um ihren Gegensatz, als ihre universelle Bildung kennen zu lernen.

Aus den Tagebüchern wie aus den Briefen des John Adams erhalten wir Kunde von seiner geistigen Beschäftigung während seines Rechtsstudiums; griechische, römische, englische, französische Abhandlungen über Naturrecht, über bürgerliches und allgemeines Recht liest er. Besonders erwähnt werden Seneka, Cicero, Vinnius, Montesquieu, Bolingbroke, dessen Essay: „Study and Use of History“ er anführt. Im Februar 1760 schreibt er in einem Briefe an seinen Freund Sevall von Locke, den er mit Kolumbus vergleicht, weil er im menschlichen Geiste eine neue Welt entdeckt habe. Ueber die Prinzipien, welche er

in seinen Gedanken über Regierung 1776 niederlegte, sagt er selbst, daß er sie teils in Anlehnung an die englische Verfassung ausführte, teils durch das Studium des Plato, Milton, Locke, Montesquieu und Harrington, mit welchem er die Vorliebe für zwei Repräsentantenhäuser, von denen die Mitglieder des einen auf Lebenszeit gewählt werden, gemein hat, entwickelte. Ferner ist nach seinen eigenen Worten die Massachusetts-Verfassung, die ihn selbst zum Verfasser hat, aus diesen Grundsätzen entstanden. Er schreibt in einem Briefe (Works IV. Band 216): „Keine Verfassung wurde jemals so vollkommen nach dem Grundsätze von den Rechten und der Gleichheit des Volkes gemacht. Hauptsächlich wurden Locke, Sidney, Rousseau und De Mably in die Praxis umgesetzt.“ Es ist dies ein unumstößliches Beispiel, daß rein literarische Ideen fruchtbar geworden sind. 1787 schrieb Adams: *A defence of the Constitutions of Government of the United States against the attack of Mr. Turgot in his letter to Dr. Price*, 22. March 1778. In diesem unvergleichlich inhaltreichen und gelehrten Werke verteidigt er die amerikanischen Verfassungen, welche auf dem Grundprinzip des Gleichgewichts der Gewalten aufgerichtet sind, gegen die Behauptung des Franzosen, daß es in einem guten Staate auf die straffe Zentralisierung ankomme. Nicht nur alle Republiken seit dem Altertume zergliedert der Verfasser in seiner Untersuchung, sondern er belegt seine Lehre auch aus der Literatur, Thukydides, Cicero und Tacitus werden zitiert, ausführlich eingegangen wird auf Macchiavelli (Diskurs über die geeigneten Mittel und Wege die Regierung von Florenz zu verbessern, 1519), Alg. Sidney, Montesquieu, Harrington, Polybius, Dionysus von Halicarnass, Plato, Locke, Milton, Hume, Dr. Swift, Franklin, Price. Wenn er schon in seinen Gedanken über Regierung für eine freisinnige Erziehung der Jugend, besonders für die niederen Klassen des Volkes, eingetreten ist, so äußert er sich in einem Briefe an Jefferson

1814 (Works X 104), daß in seinem Sinne Locke, Milton, Condillac und Rousseau vorzüglich über Erziehung geschrieben hätten, und bedauert tief, daß die staatlichen Pflichten ihn so häufig von seinen Kindern getrennt hätten, und er sie nicht selbst habe erziehen können. Mit Recht bezeichnet Bancroft ihn als den gelehrtesten der amerikanischen Staatsmänner.

Sein großer Antipode Jefferson, der Begründer der demokratischen Partei in Nord-Amerika, war ein Mann von nicht geringeren Kenntnissen. Wenn man seine Briefe, die eine große Anzahl Bände füllen, durchblättert, ist man überrascht über die Fülle dessen, was in seinen Interessenkreis fällt. Man kann sagen, daß es zu seiner Funktion als Gesandter der amerikanischen Union und später als Präsident gehörte, daß er die Geschichte seiner Zeit genau verfolgte, daß er über Rußland, Preußen, Schweden, Frankreich, Spanien, Türkei geschrieben hat, aber er gibt sich auch langen Reflexionen darüber hin, daß Herschel einen Vulkan auf dem Monde entdeckt, oder daß man in Sizilien eine arabische Uebersetzung des Livius gefunden habe, daß Lavoisier sich mit einer Reform der chemischen Nomenklatur abgibt, oder er läßt sich in lange Erörterungen über die Konstruktion einer Eisenbrücke, welche Paine erfunden hat, ein. Ueberall vertritt er die Forderung einer allgemeinen Bildung; am 16. Jan. 1787 schreibt er an Carrington, daß man das Volk von allem unterrichten solle, was geschehe, damit es selbst urteile; und wenn man ihn vor die Alternative einer Regierung ohne Zeitungen oder von Zeitungen ohne Regierung stellen würde, so würde er sich für diese entscheiden. In demselben Sinne sagte John Jay einmal: „Ich halte das Wissen für die Seele der Republik.“ Bei einer anderen Gelegenheit (Works II 176) behauptet Jefferson, daß das Studium von Politik, Rechtswissenschaft und Geschichte notwendig sei, um eine Rolle im öffentlichen Leben mit Erfolg spielen zu können. Welche Werke über Staats-



wissenschaft er für die besten hält, geht aus folgenden Bemerkungen hervor: am 30. Mai 1790 schreibt er an Randolph: „In der Volkswirtschaft halte ich Smith's: „Wealth of Nations“ für das beste . . . In der Staatswissenschaft wird Montesquieus Geist der Gesetze allgemein gelobt. Es enthält in der Tat eine große Zahl von politischen Wahrheiten; aber auch eine gleiche Anzahl von Falschheiten, so daß der Leser beständig auf seiner Hut sein muß.“ Am 14. Juni 1807 empfiehlt er dem John Norvell: Locke, Sidney, Priestly's Essay on the first principles on government, der allerdings erst nach der Revolution entstanden ist. Noch im Alter schreibt er an Henry Lee, daß es nicht der Gegenstand der Unabhängigkeitserklärung gewesen wäre, „neue Grundsätze oder Argumente, an welche man früher nicht gedacht habe, herauszufinden, sondern der Menschheit die Selbstverständlichkeit des Gegenstandes vorzuführen, und zwar in so klaren und sicheren Ausdrücken, die ihre Zustimmung erzwingen mußten. Alle Autorität der Unabhängigkeitserklärung beruhte also auf den übereinstimmenden Empfindungen jener Tage, wie sie ausgedrückt waren in der Unterhaltung, in Briefen, gedruckten Aufsätzen oder in staatswissenschaftlichen Büchern wie in denen des Aristoteles, Cicero, Locke, Sidney usw.“ Newton, Bacon, Locke erklärt er für die größten Männer der Welt, während er sich mit Plato, Montesquieu und Hume, welche er auch gelegentlich zitiert, weniger befreunden kann.

Wir könnten dieselbe Belesenheit bei Franklin, Lee, Patrick Henry, John Jay und den anderen amerikanischen Patrioten nachweisen. Daß diese literarischen Keime aber in hohem Maße fruchtbar geworden sind, beweist uns ein Blick auf die offiziellen und nicht offiziellen Denkschriften und Aufrufe jener Zeit in Zeitungen und Kongreßverhandlungen. So zitiert die Boston Gazette, welche von Sam. Adams herausgegeben wurde, am 19. Oktober 1767 Locke: „Wenn die



Verfassung durch den Eigensinn des Fürsten gebrochen ist, muß das Volk an den Himmel appellieren.“ Diese Aeußerung schallte wie ein lautes Echo durch die Kolonien. Am 12. Juni 1775 erschien zu Philadelphia ein Aufruf von einem Unbekannten: *Some thoughts on the constitution of the British Empire* (Force IV. Serie II. Bd. S. 962), in welchem darauf hingewiesen wird, daß das Volk jeder einzelnen Kolonie in besondere Verträge mit dem englischen Könige eingetreten sei, und hierfür die Autorität des Lord Somers: *Judgment of Nations* angeführt wird. Ferner haben wir einen Aufruf zu Philadelphia vom 11. Oktober 1775 (Force IV III S. 1013), welcher für Unabhängigkeit plaidiert, es wird hingewiesen auf Burlamaqui, ferner auf Blackstone. Der Schluß des Stückes lautet wörtlich: „Wollte jeder Einzelne, der lesen kann, Lord Somers's *Judgment of Nations* oder Locke's *On Government* durchlesen, so brauchte er keine weitere Anstrengung, um seine Geburtsrechte kennen zu lernen.“ Am 11. April 1776 erschien ein Aufruf an das Volk von Pennsylvania, Cato unterzeichnet, der sich gegen Paine und sein Pamphlet „*Common Sense*“ wendet und die englische Konstitution verteidigt, für welche Montesquieu und Sidney eingetreten seien; dieser nenne sie „die beste menschliche Verfassung, die jemals in der Welt gewesen ist.“

Von den offiziellen Schriftstücken, welche im Continental-Kongresse entstanden sind, sei die Zuschrift an das Volk von Quebec vom 25. Oktober 1774 und an die französischen Einwohner von Canada (Nov. 1774) erwähnt. Der Kongreß zeigt ihnen hierin die Vorteile der englischen Staatsverfassung und führt ihren Landsmann Montesquieu an, welcher die den Canadern vom Parlamente gegebene Verfassung verwarf und sie ermahnte, sich mit ihren Mitkolonisten zur Behauptung der gemeinsamen Rechte zu vereinigen. Das Kongreßmitglied Galloway bezieht sich bei einer Parlamentsrede im Oktober 1774 auf Grotius, Pufendorf, Hooker; überhaupt haben die Verhandlungen des ersten

Gesamtkongresses durchaus ein philosophisch-politisches Gepräge, weil es sich darum handelte, ob man die Rechte aus der Natur oder der englischen Verfassung herleiten sollte. In einem offiziellen Schreiben an die Einwohner von Massachusetts von der County of Hampshire vom 9. März 1775 (Force IV 2 S. 94) wird Blackstone dafür zitiert, daß die common law of England als solche keine Autorität in den amerikanischen Pflanzungen haben könne, da diese kein Teil des Mutterlandes seien. In einem zweiten Schreiben der County of Hampshire vom 30. März desselben Jahres (Force IV 2 S. 246) beruft man sich wegen der Besteuerungsfrage auf Montesquieu und Locke, der gesagt habe, daß die souveräne Gewalt keinem Menschen einen Teil seines Eigentums ohne seine Einwilligung nehmen könne. In einem dritten Schreiben wird neben Locke Lord Somers erwähnt; dieser sage, daß es das größte Verbrechen sei, die Rechte eines anderen zu verletzen und so die Verfassung umzu stoßen.

Wir haben hiermit einen allgemeinen Ueberblick über die Literatur, welche in Amerika Eingang gefunden hatte, gegeben. Wenn diese philosophisch-literarische Bildung auch große Kreise des Volkes durchsetzt hatte, so kann man doch nicht annehmen, daß sie Allgemeingut gewesen ist, sondern sie blieb im letzten Grunde nur Besitztum eines bevorzugten Teiles der Bevölkerung und zwar der Männer, welche die Geschicke des Landes leiteten, besonders der Mitglieder des Kontinentalkongresses, welche durchaus keine Abgeordneten des Volkes waren, sondern eine Elite aus den einzelnen Provinzial-Kongressen, von denen sie entsandt wurden, darstellten. Die Dokumente des allgemeinen Kongresses wie auch die einzelnen Staatsverfassungen, die aus diesem Geiste hervorgingen, wurden dem Volke nur in wenigen Fällen zur Genehmigung vorgelegt, von den ersten Staatsverfassungen überhaupt nur die von Massachusetts. Erst im neunzehnten Jahrhundert wurden die teilweise ver-

änderten Konstitutionen der einzelnen Staaten durch Volksabstimmung als gültig erklärt, da das Volk erst jetzt zur Selbstbestimmung erwacht war, während das achtzehnte Jahrhundert, wie schon gesagt, dem Individuum gehörte. Es erklärt sich hieraus auch die große Geltung der einzelnen Meinungen in der ganzen amerikanischen Revolutionszeit und späterhin.

## 2. Das religiöse Moment.

Wir wissen, daß Jellinek in der ersten Auflage seiner Schrift die amerikanische Revolution nur als ein Werk der Reformation ansieht; in der zweiten Auflage sagt er, daß die gesetzliche Aussprache der Menschenrechte auf die in Amerika bestehende Religions-, ja, Gewissensfreiheit zurückzuführen sei. Jellinek fußt hierbei im wesentlichen auf den Forschungen von Weingarten, der im Anschluß an Neander 1868 in seinem Buche über die Revolutionskirchen Englands diese Lehre zuerst aufstellte. Weingarten behauptet, daß aus dem Geiste des Independentismus die Lehre von der Volkssouveränität sowie die politischen Grundgedanken der modernen Welt erwachsen seien, aus dem Siege des Independentismus der Zug aller revolutionären Ideen überhaupt. Jellinek zitiert besonders eine Stelle (S. 288), wo es heißt, daß die Independenten „das Grundprinzip ihrer kirchlichen Verfassung auf den Staat und die bürgerliche Gesellschaft übertrugen.“ Am Schlusse des Buches (S. 447) heißt es aber, „daß die politischen Grundgedanken der modernen Welt und die Hauptaxiome des modernen Staatslebens“ eine Frucht des Enthusiasmus der „Heiligen“ seien, „in welchem politisch-soziale und sittlich-religiöse Tendenzen das engste Bündnis eingegangen waren. Diese Heiligen waren es, die aus dem unmittelbaren Glaubensleben und den Grundgedanken der christlichen Freiheit zuerst die Idee der

allgemeinen Menschenrechte abgeleitet und rein von Selbstsucht verteidigt haben.“ Es wird von Weingarten demnach einmal die Kirchenverfassung der Independenten, zum andern das unmittelbare Glaubensleben der Enthusiasten als Quelle der modernen politischen Ideen hingestellt. Im Grunde genommen sollte es wohl schwer fallen, aus der Gemeindeverfassung der Independenten, deren Wesen so wenig fest umgrenzt dastand und von deren „atomistischer Konstruktion“ Weingarten selbst spricht, wie aus der allgemeinen Begeisterung der Heiligen die Idee der allgemeinen Menschenrechte, geschweige denn die politischen Ideen der neueren Zeit abzuleiten. Der Verlauf unserer Darstellung wird zeigen, daß in Amerika noch ganz andere Faktoren mitgewirkt haben, um die mannigfaltigen politischen Ideen zu verwirklichen, und daß der längst erstorbene religiöse Enthusiasmus nicht mehr fähig war, kraftvolle Erklärungen von Menschenrechten zu verursachen, ja, zu beeinflussen. Es ist von Interesse noch mit einigen Worten auf die Ausführungen Weingartens einzugehen. Er bezeichnet (S. 27) die Verfassungsideen des Independentismus als die Konsequenz der kalvinischen Prädestinationslehre. Hierdurch sind ihnen sofort ganz bestimmte Grenzen gesetzt. Einmal in Beziehung auf die Freiheit, denn das Prädestinationsdogma ist der Ausdruck „für jenes unbedingte Abhängigkeitsgefühl, das die Voraussetzung aller religiösen Mächte ist“ (Weingarten). Im Gegensatz hierzu geht die moderne Staatslehre von einer gewissen Willensfreiheit des einzelnen Menschen aus, und die amerikanischen Erklärungen von 1776 sind nur aus einer solchen Freiheit heraus zu erklären und zu rechtfertigen. Zum andern in Beziehung auf die Duldsamkeit, denn nur Gläubige, d. h. Erwählte und wahrhaft Wiedergeborene sollten Mitglieder der independentistischen Kongregationen sein. Der Gedanke der Kongregation selbst, insofern sie losgelöst von jeder historischen Tradition ist und die Kirche darstellt, jedes Mal wenn sich Gläubige zu ihr

zusammentun, hat eine gewisse Aehnlichkeit mit der Anschauung der Amerikaner vom Staate, wie sie z. B. Jefferson hatte, daß der Staat nur der Inbegriff seiner Bürger sei, und daß diese jeder Zeit das Recht haben, seine Verfassung nach ihrem Willen zu ändern.

Weingarten folgert aus der Prädestinationslehre der Independenten nun ohne weiteres eine „an keine menschliche Autorität gebundene Freiheit des Glaubens“, sowie „die Anerkennung des unbedingten Rechtes der christlichen Persönlichkeit, das Prinzip der Subjektivität“. Diese ganze freiheitliche Entwicklung findet nach seiner Darstellung in religiöser Richtung ihren Abschluß im Quäkertum, in politischer Richtung in der Partei der Leveller. Weingarten weist darauf hin, daß die Quäker in ihrer ersten Periode von 1653—60 Heiligung und Vollkommenheit der diesseitigen Gemeinde erstrebten und feiert deshalb die Quäker vor allen als die Begründer der religiösen und politischen Freiheit, „auf welche der Genius Amerikas hindeuten schien. William Penn ist sein Dolmetscher geworden“. In diesem Sinne ward die Verfassung Pennsylvaniens das Vorbild aller späteren konstitutionellen Verfassungen. Hierzu ist zu bemerken, daß die Quäker, als sie nach Amerika kamen, längst in der zweiten Periode ihrer Entwicklung, die das Friedens- und Leidensprinzip beherrscht, angelangt waren, weshalb sie auch keinen Anteil an der amerikanischen Revolution genommen haben, ihr vielmehr ablehnend gegenüberstanden. Ferner, daß die politischen Grundgedanken der Pennsylvania-Verfassung schon längst in viel ausführlicherer Weise von Staatsrechtslehrern ausgesprochen worden waren, so hatte Althusius bereits 1603 in seinem Lehrbuche der „Politik“ viel weitergehende Forderungen aufgestellt. Weiter, daß die Pennsylvania-Verfassungen nur in sehr geringem Maße befruchtend gewirkt haben, da die in Betracht kommenden von 1701 und 76 das Einkammersystem durchgeführt haben, während die des 17. Jahrhunderts sich von denen der anderen

Kolonien wenig unterscheiden. Den Abschluß der politischen Tendenzen jener Zeit findet Weingarten bei der Partei der Leveller, von der wir noch in einem andern Zusammenhange reden werden. Hier sei nur erwähnt, daß die Leveller durchaus aus keiner religiösen Sekte hervorgegangen sind, wenn ihr Haupt, John Lilburne, auch nach Beendigung seiner politischen Laufbahn zu den Quäkern übertrat. Sie bildeten eine rein politische und demokratische Partei und Weingarten selbst spricht (S. 306) von den „sich im Levellertum Bahn brechenden politischen Tendenzen der modernen Welt“. Neben ihren politischen Forderungen haben sie auch die der religiösen Toleranz aufgestellt, die in ihrem Verfassungsentwurf von 1648 (*The Agreement of the People*) freilich nicht unbedingt auftritt: sie gilt für alle diejenigen, welche an Jesus Christus glauben. Im allgemeinen aber vertraten sie den Standpunkt, daß die Regierung sich nicht um den Glauben, sondern nur um das gute Handeln des Einzelnen zu kümmern habe.

Die Hauptlehre aus dem Buche Weingartners scheint in erster Linie die zu sein, daß die Zersplitterung der einzelnen Bestrebungen die gewaltige Anstrengung der protestantischen Kräfte zu nichte gemacht und ihren unbestrittenen Sieg verhindert hat. Dieser Partikularismus war für England wie für Amerika in gleichem Maße gefährlich und Cromwells Bestrebungen, die Fundamentaldogmen des Christentums durch das Parlament bestimmen zu lassen, um sie als Basis für kirchliche Duldung zu verwerten, berühren sich eng mit den Bemühungen der amerikanischen Staatsmänner, neben den partikularistischen Gesinnungen eine gemeinsame Interessengrundlage zu schaffen.

Den Ausführungen Weingartens und Jellineks gegenüber lassen sich folgende Tatsachen über die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Einwirkung religiöser Momente auf die amerikanische Umwälzung feststellen:

Boutmy betont sehr richtig, daß im siebzehnten Jahr-

hundert, zur Zeit des Roger Williams, von einer Gewissensfreiheit in Amerika gar nicht die Rede sein konnte, sondern höchstens von einer Toleranz der verschiedenen Sekten. Daß diese Toleranz von der Reformation proklamiert ist, ist durch nichts beweisbar; die Geschichte weiß nichts davon, daß die einzelnen protestantischen Sekten sich untereinander duldeten, sie weiß nur, daß sie unter sich ärger befeindet waren als mit dem Papsttum, man erinnere sich an die Konkordienformel von 1577, welche die Grenzscheidung von Lutheranern und Calvinisten festsetzte, oder man gedenke der unvergleichlichen Grausamkeiten, mit denen man die ersten Quäker überall, zumal in Amerika empfing. Mit Recht ist häufig auf den Widerspruch hingewiesen worden, der darin liegt, daß man den Puritanern den Vorwurf der Intoleranz macht<sup>2</sup>. Die Puritaner wollten ihren Glauben, ihre sittlichen und religiösen Anschauungen ausüben und begründen. Aus diesem Grunde wanderten sie nach Amerika aus. Man darf sich also nicht wundern, wenn von einer Gewissensfreiheit in Amerika bis an das Ende des achtzehnten Jahrhunderts hin überhaupt nicht, von einer Toleranz der verschiedenen Sekten nur sehr bedingt die Rede gewesen ist. Die einzelnen Kolonien hatten gar kein Interesse an einer Duldung Andersgläubiger: Massachusetts war von Puritanern gegründet worden, in Virginia herrschte die Church of England vor, in Pennsylvania hatten sich die Quäker, in Maryland die Katholiken zusammengefunden. Ihnen allen mußte daran liegen, möglichst ihre Unabhängig-

---

2. Troeltsch hat in einer Rede über die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt (abgedruckt hist. Zeitschr. H. 97) sehr schön ausgeführt, daß dem Protestantismus die Idee der natürlichen Gleichheit völlig fern lag. Das Luthertum war in dieser Beziehung rein konservativ, es kannte keinen Widerstand gegen Unterdrückung. Der Calvinismus war streng aristokratisch. Erwählte und Verworfenen durften nicht zusammengeworfen werden. Die reine Demokratie löst sich daher — meint Tr. — mehr und mehr von den religiösen Grundlagen los.



keit von fremden Elementen zu wahren, und sie setzten aus diesem Grunde zum großen Teil Bestimmungen fest, nach welchen nur Angehörige ihrer Kirche in den Staatsverband aufgenommen wurden. Wenn so Staat und Kirche auch eng verknüpft waren, so zeigen doch die amerikanischen Zustände, daß Intoleranz und freier Staat sich nicht ausschließen. In Neuengland, welches unzweifelhaft eine der freiesten Verfassungen im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert aufzuweisen hatte, war die Verquickung von Staat und Kirche am engsten und drückendsten für den Bürger; bis spät in das neunzehnte Jahrhundert hinein hat es in Neuengland staatlich unterstützte Kirchen gegeben, und erst 1818 haben wir in Connecticut, 1819 in New Hampshire und 1833 in Massachusetts, als letztem der amerikanischen Staaten, Trennung von Kirche und Staat festzustellen. Selbst Roger Williams, ohne Zweifel der früheste Verfechter der Gewissensfreiheit in Amerika, sagt in seiner Schrift: „The Bloody Tenet of Persecution for Cause of Conscience . . .“ am Schlusse, daß wahres Christentum sowohl in einem Freistaate wie in einer Monarchie gedeihen könne. Sein großer Zeitgenosse Pufendorf, auf der einen Seite der Theoretiker der absoluten Monarchie, war auf der anderen für eine weitergehende Toleranz als der begeisterte Republikaner Milton. Der große Kurfürst sowohl wie Friedrich II. haben praktisch bewiesen, daß der Absolutismus sich sehr wohl mit dem Prinzip der Toleranz verträgt.

Während so im allgemeinen die Wechselwirkung sowohl von religiöser und staatlicher Freiheit wie religiöser und staatlicher Unfreiheit sehr fragwürdig zu sein scheint, können wir speziell in Amerika den Beweis liefern, daß sie dort in der Tat nicht stattgefunden hat. Die einzelnen Charten unterrichten uns vortrefflich darüber. Die Charten von Virginia aus den Jahren 1606 und 1609 belehren uns, daß die Kolonie zu dem Zwecke gegründet worden ist, die christliche Religion unter den Eingeborenen zu verbreiten und



ihnen die wahre Erkenntnis Gottes beizubringen. Der letzte Artikel (29) der Charter von 1609 (Macdonald Nr. 1) spricht unumwunden aus, daß der wahre Gottesdienst nur bei der Church of England sei, und deshalb sei man nicht Willens, irgendwelche Personen zu dulden, die sich dem Aberglauben der römischen Kirche hingäben, sondern nur solche, die den Suprematseid geleistet haben! Wir erfahren ferner aus den Akten von Virginia der Jahre 1659, 62, 93, welche Jefferson anführt (Writings III. Notes on Virginia), daß auch späterhin in dieser Kolonie von einer religiösen Toleranz keine Rede gewesen ist, besonders wandte man sich gegen die Quäker und man bestrafte Eltern, die ihre Kinder nicht taufen ließen. 1676 führte man offiziell die Church of England ein, alle Nichtkonformisten mußten das Land verlassen. Allmählich wurde man insofern toleranter, als man jeden zu Aemtern zuließ, der an Gott, die Dreieinheit und an das Wort des Bibeltexes glaubte. Dabei waren zwei Drittel aller Bewohner Dissenters, welche seit 1699 geduldet wurden<sup>3</sup>. Zu vollständiger Gleichberechtigung verstieg man sich nicht einmal in der Virginia-Bill of Rights von 1776; der Artikel über Religionsfreiheit, welcher als letzter von 16 Artikeln aufgestellt ist, gewährleistet nur allen Christen ohne Unterschied der Sekten religiöse Freiheit. Es wird also die christliche Lehre zum Maßstabe der Staatsgesetze gemacht. Wir wissen freilich, daß bei der Abfassung dieses Artikels eine heftige Erörterung darüber stattfand, Mason, der Verfasser der Bill, wünschte nur Duldung für alle in der Ausübung der Religion (s. Force IV 6 S. 1557 Note), Madison beantragte eine viel radikalere Form, konnte diese aber nicht gegen George Mason durchsetzen. Auch die Fassung, welche Jefferson

---

3. Sehr bezeichnend ist ein Bericht aus dem Virginia House of Burgesses vom 5. Juni 1775: „The Presbyterians in Virginia“ und „Protestant dissenters“ bitten um „free exercise of their religion, praying that no bill may pass into a law, but such as will secure to the petitioners equal liberties and advantages with their fellow-subjects“.

vom Kongresse aus einsandte, enthalten in einer von ihm entworfenen Konstitution, fand keine Majorität. Sie lautete: „Jedermann soll vollständige Freiheit der religiösen Meinung haben, noch soll jemand gezwungen werden, irgendeine religiöse Einrichtung zu besuchen oder zu unterhalten.“

Aehnlich wie in Virginia lagen die Verhältnisse in Massachusetts: als die 101 Puritaner 1620 als englische Flüchtlinge aus Holland nach Amerika kamen und Plymouth gründeten, errichteten sie eine Gemeinschaft, welche auf Freiheit beruhte. Ihre Kirche war zunächst independentistisch, wenn auch die erste Charter von 1628/9 keine Bestimmung über die Religion enthält. Allein 1631 gaben sie ihre Grundsätze der Freiheit auf, wegen welcher sie in dieses Land geflohen waren, und bestimmten „daß niemand an ihren bürgerlichen Freiheiten teilnehmen sollte, der nicht Mitglied einer ihrer Kirchen wäre“. Ihre Intoleranz wandte sich sofort gegen ihren Mitbürger Roger Williams, welcher erst 1630 nach Amerika gekommen und bald vielen Verfolgungen ausgesetzt war. Seine Verbannung im Jahre 1635 ist ein dunkles Blatt in der Geschichte der Neuengland-Staaten. Man wagte nicht, ihn wegen seiner religiösen Gesinnung zu verklagen, sondern es wurde betont, daß er verschiedene neue und gefährliche Ansichten gegen die Autorität der Obrigkeiten vorgebracht habe. Man diskreditierte so den Staat zugunsten der kirchlichen Institutionen und ging sogar soweit, daß man den Delinquenten ergreifen und nach England bringen wollte. Nur die Flucht rettete ihn vor diesem Schicksal.

Sechs Jahre nach dieser berüchtigten Verfolgung, im Dezember 1641, erschien zu Boston eine Erklärung, welche die Rechte der Kolonie festsetzte: „Massachusetts Body of Liberties“ (Macdonald S. 72—91), auf welche A. Wahl im 103. Heft der Historischen Zeitschrift aufmerksam macht. Wahl hat unzweifelhaft recht, daß hier ein Zusammenhang von Politik und Religion, aber keine Toleranz vorhanden ist.

In politischer Beziehung stellt sie für Einheimische und Fremde einen gleichen Rechtsschutz auf, spricht die Beseitigung aller Monopole sowie das Recht der Freizügigkeit und der Teilnahme an den Townmeetings für Jeden aus; also unzweifelhaft eine sehr freisinnige Erklärung. In Beziehung auf die Religion wird in der Einleitung bestimmt, daß die Freiheiten und Privilegien sich nur auf die Kirchen, demnach nicht auf die einzelnen Mitglieder, beziehen. Art. 58 gibt dem Staate ein Aufsichtsrecht über die Kirchen; Art. 89 macht das Bekenntnis der wahren christlichen Religion zur Vorbedingung für die Aufnahme in den Staatsverband. Das letzte Kapitel (10) endlich leitet die Freiheiten der Kirchen aus einer Verleihung durch Jesus ab. Daneben setzt die Erklärung noch die Todesstrafe für Hexen und Gotteslästerer (Art. 94) fest.

Diese Aufzählung der Freiheiten der Massachusetts-Kolonie belehrt uns auf der einen Seite, daß von der religiösen Freiheit als einem subjektiven Menschenrechte noch nicht die Rede ist, auf der anderen Seite bietet sie ein vorzügliches Beispiel dafür, wie sich politische Freisinnigkeit mit religiöser Engherzigkeit wohl zu paaren vermag.

Wie dehnbar der Inhalt der Art. 89 und 94 war, sollte bald das Vorgehen der Bostoner Puritaner gegen die Quäker zeigen.

Als in der Mitte des 17. Jahrhunderts die ersten Anhänger dieser am meisten verfolgten Sekte nach Neuengland kamen, kerkerte man sie ein oder erließ strenge Verordnungen, welche sie vom Gemeinwesen ausschlossen. Hutchinson (History I S. 181) berichtet uns, daß dem Besitzer eines Schiffes, welches Quäker in die Kolonie brachte, eine Strafe von 100 Pfd. St. auferlegt wurde, ja, in Zusatz-Gesetzen ward bestimmt, daß jedem Manne, der als Angehöriger der Quäker-Gemeinschaft überführt würde, ein Ohr abgeschnitten, jede Frau gezüchtigt würde; im Wiederholungsfalle sollte die Zunge mit einem glühenden Eisen

durchbohrt werden. Später hat man sogar Todesurteile erlassen, um ihrer Vermehrung Einhalt zu tun. Diese blutigen und fanatischen Verfolgungen fanden 1691 ihr Ende, als König Wilhelm und Königin Mary der Kolonie eine neue Charter verliehen, nach welcher allen mit Ausnahme der Papisten Religionsfreiheit (a liberty of conscience in the worship of God) gewährleistet ward. Allein wie wenig auch fürderhin von einer Duldung der Nicht-Puritaner in Massachusetts die Rede gewesen ist, beweisen die Kämpfe des John Checkley, welcher von 1720—1724 für die Anerkennung der Church of England in dieser Kolonie gewirkt hat. Der Prozeß gegen diesen Mann entbehrt ebenso einer gerechten Grundlage wie ein Jahrhundert früher der gegen Williams. Man verurteilte ihn ebenso wie diesen wegen angeblicher Vergehen gegen den Staat; daß man seinen Glauben treffen wollte, verschwieg man. Eine Selbstverteidigung, die man sogar dem Roger Williams gestattet hatte, gewährte man dem Streiter der Church of England nicht. Es ist sehr bemerkenswert, daß das Hauptvergehen des Checkley darin bestand, daß er sich 1728 an den Bischof von London gewandt und sich heftig darüber beklagt hatte, daß die Mitglieder der englischen Hochkirche für die Kirche der Kongregationalisten in Neuengland Steuern zahlen mußten. Diesem Uebelstande ward auch durch die Massachusetts-Verfassung von 1780 nicht abgeholfen. Die Konstitution, welche von John Adams entworfen ist und sonst den Geist der Freiheit atmet, enthält im zweiten und dritten Artikel der Declaration of Rights ziemlich intolerante Bestimmungen über den öffentlichen Gottesdienst. Im zweiten Artikel geht der Gesetzgeber davon aus, daß es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht aller Menschen sei, den Schöpfer zu verehren, wenn auch jeder auf seine Weise. In Artikel 3 aber handelt es sich um die Unterhaltung der Prediger, und es wird davon gesprochen, daß die Gesamtheit vom Einzelnen einen Beitrag zu den Kosten des religiösen Unterrichtes der protestan-

tischen Kirche verlangen könne, selbst von solchen, welche dieser nicht angehören.

Diese Verordnungen, die bekanntlich bis 1833 galten, wurden gegen den Willen des Verfassers der Bill durch den Einfluß des strengen Puritaners Sam. Adams in der Massachusetts-Versammlung angenommen. Sam. Adams ist der Repräsentant des echten demokratischen Puritaners, in religiösen Dingen unduldsam, in politischen von einer weitgehenden und aufrichtigen demokratischen Gesinnung.

Die geschilderten Zustände veranlaßten viele Kolonisten wieder auszuwandern und andere Ansiedlungen zu gründen. So entstanden Rhode-Island, Connecticut, New-Hampshire.

Rhode-Island (Providence Plantations) hat seinen Ursprung der Vertreibung des Roger Williams aus Boston zu verdanken. Der Begründer von Providence wollte seine Lehre der Trennung von Staat und Kirche in der neuen Siedlung in die Tat umsetzen. Rhode-Island ward so der erste Staat, welcher eine weitgehende Gewissensfreiheit gewährte. Jeder, der in den neuen Staatsverband aufgenommen werden wollte, mußte durch Unterschrift anerkennen, daß das Gemeinwesen oder die Majorität der Einwohner nur über bürgerliche Angelegenheiten zu beschließen habe. Solange die Kolonie diese freie Gesinnung aufrecht erhielt, ward sie von den Nachbarstaaten verfolgt und mit Handelsboykott bedroht. Allein auf die Dauer ist auch die Gewissensfreiheit in Rhode-Island nicht durchgeführt worden. Williams selbst war in hohem Maße intolerant, er verlangte, daß man keinem Ungetauften einen Eid abnehmen und daß keiner mit einem solchen beten sollte. Sein Biograph Knowles gibt selbst zu, daß Williams unnötig gewissenhaft in einigen untergeordneten Punkten war. Auch an die Angehörigen der ihm nahestehenden Sekten stellte er große Anforderungen. Er selbst war sich über seine religiöse Gesinnung nicht ganz klar; um 1638 ging er zu den Wiedertäufern über, in Salem war er kongregationalistischer Prediger gewesen, doch bald ver-

ließ er auch ihre Gemeinschaft wieder und hat dann wohl keiner bestimmten Kirche angehört. Diese Unbeständigkeit ihres Begründers übertrug sich auch auf die Kolonie. In der Charter von 1663 wird freilich noch vollständige Religionsfreiheit garantiert, allein es wird doch betont, daß der Staat ein christlicher sei, daß das Evangelium als Grundlage der wahren Frömmigkeit anzusehen, ja, daß das Gemeinwesen nur ein Zusammenschluß gegen alle Feinde des christlichen Glaubens sei.

1665 beschloß man, die Quäker von dem Rechte, Beamte und Abgeordnete zu wählen, auszuschließen, da sie keinen Eid, also dem Könige keinen Treueid leisten wollten. 1719 duldeten man nur Christen mit Ausnahme der Römisch-Katholischen (vergl. Chalmer XI). Diese Bestimmungen von 1663 und 1719 wurden auch 1776 beibehalten, man sieht also, wie wenig eine tatsächliche Trennung von Staat und Kirche, von der auch Darmstaedter spricht, in dieser Kolonie stattgefunden hat.

New-Hampshire hat in seinem Regierungsentwurf von 1776 keine Bestimmungen über Religionsfreiheit. Die eigentliche Staatsverfassung stammt aus dem Jahre 1784, sie gesteht im fünften Artikel der Bill of Rights jedem freie Ausübung der Religion zu. Aber die Trennung von Staat und Kirche wurde erst 1819 vollzogen, ein Jahr früher hatte Connecticut sie durchgeführt.

Ebensowenig hat South-Carolina im 17. und 18. Jahrhundert Religionsfreiheit ausgeübt. Es wird nach der gemeinsamen ersten Charter der beiden Carolina von 1662/3 (Macdonald Nr. 26) die Church of England als Staatskirche bezeichnet. Nach Art. 18 kann solchen Einwohnern, die den Suprematseid nicht leisten können, Dispens erteilt werden, wenn sie sich verpflichten, den Staats- und Kirchengesetzen des Landes gehorsam zu sein. Ebenso ist in der 1669 von Locke entworfenen und vom Earl of Shaftsbury mit Zusätzen versehenen Verfassung höchstens von einer Duldung der



anderen Sekten neben der Church of England die Rede (s. Art. 95, 102, 103). Nach der Aufhebung des Edikts von Nântes (1685) siedelten sich viele französische Hugenotten in South-Carolina an, ohne daß sie Verfolgungen ausgesetzt waren; die vielen protestantischen Elemente bewirkten, daß im 18. Jahrhundert die alten Grundsätze der Toleranz erheblich modifiziert wurden. Die Staatsverfassung vom November 1778 bestimmt, daß die Staatskirche christlich-protestantisch sein soll: (Art. 38) „Daß alle Personen und religiöse Gesellschaften, welche anerkennen, daß es Einen Gott sowie ein zukünftiges Reich der Belohnung und Bestrafung gibt, und daß Gott öffentlich verehrt werden muß, frei geduldet werden sollen. Die christliche protestantische Religion wird hiermit zur Staatsreligion eingesetzt.

North-Carolina proklamierte am 18. Dezember 1776 hingegen vollständige Religionsfreiheit. New-York aber ist der einzige Staat, der in seiner Verfassung vom 20. April 1777 (Art. 38) bedingungslos von einer Gewissensfreiheit, liberty of conscience, ganz im Sinne des Aufklärungszeitalters spricht.

Neben New-York haben unzweifelhaft Pennsylvania und New-Jersey die größte Toleranz sowohl im 17. wie im 18. Jahrhundert ausgeübt. Es finden sich freilich in dem ersten Freibriefe für Pennsylvania von 1681 und dem Verfassungsentwurf von 1682 (Macd. Nr. 38 und 40) keine Bemerkungen über religiöse Toleranz, doch in dem Privilegienbriefe von 1696 (Macd. Nr. 44) wird auf der Grundlage der englischen Toleranzakte von 1689 den Quäkern der Huldigungseid erlassen (Art. 4) und ihnen gegen eine bindende Erklärung alle Rechte der Staatsbürger, auch die Fähigkeit, Beamtenstellen zu bekleiden, zugestanden. Eine neue Verfassung von 1701 (Macd. Nr. 46) spricht von Gewissensfreiheit, welche allen gewährleistet werden soll, welche an Einen Gott als den Schöpfer und Beherrscher der Welt glauben; doch sollen nur solchen, welche auch an

Jesus Christus glauben, Staatsämter offen stehen. Diese Bestimmungen hat man 1776 im wesentlichen aufrechterhalten. Die Nachbarkolonie Delaware kopierte in ihrer Verfassung vom September 1776 die Pennsylvania-Beschlüsse.

Die von Jellinek in der ersten Auflage seiner Schrift zitierte Charter für New-Jersey von 1664/5 verspricht volle Religionsfreiheit, desgleichen der 16. Art. der Uebereinkunft für West New-Jersey von 1676/7 (Macdonald Nr. 37), man darf aber nicht übersehen, daß die Uebereinkunft von 1664 nur unter den Besitzern der Kolonie stattgefunden hat, ferner, daß New-Jersey zunächst mit Pennsylvania eng verbunden gewesen, ja, daß die Verfassung von 1676 ein Werk des Penn ist, für den — wie wir wissen — nicht nur religiöse, sondern auch wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen sind.

Eine eigenartige Stellung unter den Kolonien nimmt Maryland ein, es war bekanntlich als Zuflucht für die von der englischen Hochkirche verfolgten Katholiken 1632 begründet worden. 1649 gewährte es insofern Religionsfreiheit, als es allen, die an den Heiland glaubten, freie Ausübung des Gottesdienstes gestattete, zugleich aber setzten die Katholiken ziemlich rigoröse Strafen für die Beleidigung ihrer religiösen Institutionen fest. Es wurde die Beleidigung der „Blessed Virgin“, ja, sogar die der Apostel geahndet; Gottesbeleidigung ward mit dem Tode gesühnt. 1688 nach der Niederlage des Katholizismus in England fand auch in der Kronkolonie Maryland eine Bewegung zugunsten der Church of England statt, und die Papisten wurden ihrer politischen Rechte beraubt. Erst 1776 wieder garantierte man allen Christen religiöse Freiheit.

Georgia lernte desgleichen erst am Ende des 18. Jahrhunderts Toleranz gegen die Katholiken kennen. Die von Jellinek zitierte Charter von 1732 ist weiter nichts als eine wörtliche Kopie der Massachusetts-Verfassung von 1691 und kennt eine Toleranz nur für die Protestanten. Eine der unduldsamsten Bestimmungen findet sich in dem



Grundgesetze für C o n n e c t i c u t von 1638/9 (Macd. Nr. 14): es wird die Aufrechterhaltung der Reinheit des christlichen Gottesdienstes zum Zwecke des Staates gemacht und demnach ein enger Zusammenhang der bürgerlichen und geistlichen Angelegenheiten hergestellt.

Zum Schlusse müssen wir noch einen Blick auf die Unionsverfassung von 1787 werfen. Sie enthält keinerlei Bestimmungen über Religion. Erst in den Amendments ward 1789 als Art. 1 aufgenommen, daß der Kongreß kein Gesetz, welches eine bestimmte Religion festsetzt oder die freie Religionsausübung verbietet, beschließen soll. Das bedeutet aber durchaus nicht, daß die Nationalverfassung Religionsfreiheit proklamiert, sondern weiter nichts, als daß den Einzelstaaten die Bestimmungen hierüber zukommen. Dies wird klar durch eine Aeußerung Jeffersons, des geistigen Urhebers dieses Paragraphen; er sagt dazu: „Ich bin der Ansicht, daß der Regierung der Vereinigten Staaten durch die Verfassung verboten ist, sich in religiöse Angelegenheiten, ihre Lehren, Disziplinen und Ausübungen, einzumischen. Sicherlich ist der gemeinsamen Regierung keine Macht übertragen worden, irgendeinen religiösen Gottesdienst vorzuschreiben, oder Autorität in religiöser Unterweisung zu beanspruchen. Dies muß den Staaten überlassen werden, so weit es überhaupt in menschlicher Macht stehen kann.“

Man sieht also, wie wenig die Behauptung zutrifft, daß in Amerika im 18. Jahrhundert Gewissensfreiheit geübt worden sei; erst am Ende des 18. Jahrhunderts, zum Teile nach der Beendigung der amerikanischen Revolution, haben die einzelnen Staaten sich wohl oder übel mit Toleranzgedanken befreunden müssen, zu einer Duldung nicht-christlicher Elemente ist man nirgends vorgeschritten. Nur New-York, welches sich sonst um die amerikanische Sache am wenigsten verdient gemacht hat, spricht überhaupt von liberty of conscience. Massachusetts, welches unzweifelhaft den

Anstoß zur Revolution gegeben hat, ist in religiösen Beziehungen der unduldsamste der Staaten. Man sieht daran, eine wie untergeordnete Rolle das religiöse Moment bei der Entwicklung der Ideen von 1776 gespielt hat. Jellinek hat durchaus unrecht, wenn er sagt, daß die Bestimmungen über „Gewissensfreiheit“ die erste Stelle in den Deklarationen einnehmen. Ganz abgesehen von den älteren Charten (es wird in dem Freibriefe der beiden Carolina erst in Art. 95, 102, 103 auf die Religion eingegangen), treten sie auch in den Bills of Rights zurück, in der Konstitution von South-Carolina handelt es sich um Art. 38, desgleichen in der von New-York; Maryland spricht im 33. Art., North-Carolina im 19., Virginia im letzten, d. i. 16. Art. davon.

Wir können sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, daß die Toleranzerlasse vielfach erst durch volkswirtschaftliche oder politische Umstände veranlaßt worden sind. So ließ Penn, um für seine neue Kolonie Ansiedler zu gewinnen, am Ende des 17. Jahrhunderts 1000 Exemplare einer Schrift, in welcher er jedem eine volle Freiheit der Religionsausübung versprach, in Europa verteilen. Erst politische Gründe zwangen die Amerikaner zu einer Toleranz gegen die Katholiken; Bancroft selbst gibt zu, daß den Kolonien, um Canada 1774—1775 für ihre Sache zu gewinnen, nichts anderes übrig blieb, als die Papisten anzuerkennen.

Es muß nach diesen Feststellungen also unmöglich erscheinen, daß die amerikanische Revolution aus dem puritanisch-reformierten Geiste hervorgewachsen ist. Es ist im Gegenteil den Tatsachen entsprechend, daß gerade die große Verschiedenheit der religiösen Bekenntnisse in den einzelnen Kolonien der Umwälzung in hohem Maße hinderlich gewesen ist. John Adams (Works X 282) spricht das einmal ganz deutlich aus. Er meint, daß es gerade von 1774—1787 darauf angekommen sei, diese Verschiedenheit zu überwinden und einen vollständigen Umschwung in den religiösen

Gesinnungen zu bewirken. Eine große einheitliche Grundlage mußte entdeckt werden, auf der ein gemeinsames Vorgehen möglich war; nicht die partikularistischen religiösen Interessen waren hierzu geeignet, sondern die weitherzige Lehre von den Rechten der Menschen, welche nicht religiösen Motiven entsprang, es heißt nicht: Gott schuf alle Menschen frei und gleich! . . .

Dieses Streben nach Einheit ist bis jetzt viel zu wenig betont worden; selbst die freiheitlichen Ideen stellten sich in den Dienst dieser Einheitsbestrebung; von diesem Gesichtspunkte aus ist Unabhängigkeit ohne Konföderation ein Unding. Der sechste Präsident, John Quincy Adams, hat diesen Gedanken einmal in einer Rede, die er am 4. Juni 1831 hielt, ausgesprochen. Er hob hervor, daß die Unabhängigkeitserklärung keine Freiheitserklärung wäre, sondern nur ein Vertrag der einzelnen Bürger, ein Vertrag, für welchen Union, d. i. Einheit, eine ebenso wichtige Lebensbedingung wie Freiheit wäre. Dementsprechend hatte R. H. Lee dem Kontinentalkongresse am 7. Juni 1776 nicht nur Unabhängigkeit, sondern zugleich Konföderation und fremde Bündnisse vorgeschlagen.

Wie gesagt, zur Erreichung dieses Ziels bedurfte es der Emanzipation der Individuen, ihrer Befreiung von den alten politischen und religiösen Korporationen und Fesseln, und der Zusammenfassung der so Befreiten unter eine gemeinsame Idee; diese Idee ist die der wirtschaftlichen Befreiung, sie hat von der Mitte des 18. Jahrhunderts an die amerikanischen Kolonien durchdrungen, und sie ist es in erster Linie gewesen, welche den Unterschied der Nationen und Sekten, wenn auch nach langen Kämpfen, zu verwischen und die Einheit herbeizuführen vermochte. Wir werden sehen: nicht die demokratischen Kirchenverfassungen der calvinistischen Sekten sind für die Entstehung und das Gelingen der amerikanischen Revolution maßgebend gewesen, sondern die Wirtschaftsverfassung der einzelnen Kolonien.

### 3. Das wirtschaftliche Moment.

Als die Kolonien am Anfange des 17. Jahrhunderts gegründet wurden, befanden sie sich wirtschaftlich zum großen Teile in ziemlicher Unabhängigkeit vom Mutterlande. Den privilegierten Gesellschaften im Norden oder den Grundeigentümern in den mittleren und südlichen Ansiedlungen ließ man in wirtschaftlicher Beziehung fast vollständige Freiheit, nur einen bestimmten Prozentsatz des etwa in der Kolonie gefundenen Goldes beanspruchten die englischen Könige, meist den fünften Teil. Als die Ansiedlungen in der letzten Hälfte des Jahrhunderts Kronkolonien wurden, behielten sie ihre Gerechtsame vielfach bei.

Virginia schloß am 12. März 1651, im Jahre der Navigationsakte, mit dem Freistaate England einen Vertrag, in welchem der Kolonie freier Handel zugestanden wurde: „Freier Handel, wie ihn das englische Volk besitzt, nach allen Plätzen und mit allen Nationen, gemäß den Gesetzen der Republik.“ In Massachusetts ward durch die Charter von 1691 dem General Court of Assembly die Autorität, über alle Art Gesetze selbst zu beschließen, zugesprochen. Die Beschränkungen der Handels- und Produktionsgerechtsame in den Kolonien traten erst am Schlusse dieses Jahrhunderts, besonders aber im folgenden auf. 1698 bestimmte ein Gesetz, daß keine Wolle oder Wollwaren von einer Kolonie in die andere ausgeführt werden dürften. 1732 ward die gleiche Bestimmung auch auf Hüte ausgedehnt. 1750 endlich erfolgte jenes vielbesprochene Verbot der Eisenfabrikation in den Kolonien. Es war nur Notwendigkeit, wenn ein Volk mit reicher Produktion und blühendem Handel, vielfach vertraut mit den staatsrechtlichen und ökonomischen Schriften des Aufklärungszeitalters, sich seiner natürlichen Bestimmung der Selbständigkeit bewußt wurde; wenn es auf die Dauer, um ein Beispiel statt vieler zu nennen, dem Verbote, sich Hüte aus Pelz, den es auf seinen eigenen Boden erjagt hatte, zu

machen, nicht nachkommen wollte, oder daß es sich dagegen sträubte, für sein Eisen erst die Fracht nach England zu bezahlen, um es dort bearbeiten und zurückschicken zu lassen. Jefferson bezeichnet alle die Einschränkungen des Handels und der freien Ausübung des Gewerbes in seiner Schrift von 1774: *A summary view of the rights of British America* (Writings I) als die Hauptursache der Beschwerde. In England war das Ministerium Grenvilles in den 60er Jahren, sowie das des North am Anfange der 70er Jahre bedacht, diesen alten Beschwerden noch neue durch den Versuch der direkten Besteuerung hinzuzufügen, ohne zu bedenken, daß die Abneigung gegen eine solche Art der Besteuerung ein vererbter Bestandteil der angelsächsischen Abstammung war. So gingen aus dem Parlamente die Sugar-Act (1764), die Stamp-Act (1765) und die Revenue-Act (1767), welche den unmittelbaren Anstoß zur offenen Empörung in Boston geben sollte, hervor. Der sich entspinnde Kampf fand wirtschaftlich seinen Abschluß in dem Augenblicke, in welchem der zweite Kontinentalkongreß sich entschloß, die amerikanischen Häfen dem freien Handel zu öffnen, und der 20. Januar 1776 wird unter diesem Gesichtspunkte zu einem Datum von einer viel größeren Wichtigkeit als die Begründung der Providence-Plantations mit der ausgesprochenen Absicht der Trennung des Staates von der Kirche.

Bei dieser wirtschaftlichen Entwicklung in den Kolonien ist besonders darauf das Augenmerk zu richten, daß sie durch klimatische und andere Zustände, wie etwa die Beschaffenheit des Bodens, in den einzelnen Ansiedlungen eine wesentlich verschiedene Richtung eingeschlagen hat. Die ausgesprochensten Erscheinungen sind auf der einen Seite die Grundeigentümer- und Farmerkolonien, auf der anderen die Neuengland-Ansiedlungen. Süd-Carolina tritt uns besonders als Pflanzerkolonie entgegen, deren wesentliche Merkmale die Latifundienwirtschaft, die Aufsaugung der kleinen Betriebe und die mittelalterlich-feudale Gesellschaft mit stän-

discher Gliederung ist. Später trat noch das Moment der Sklaverei hinzu. Diese Kolonie war deshalb auch eine der erbittertsten Gegnerinnen der neuen Ideen, und ihre Delegierten zum Kontinentalkongresse haben am 4. Juli 1776 die Unabhängigkeit durch ihre Opposition sehr in Frage gestellt. Nord-Carolina befreite sich in gewissem Grade von diesem Zustand und gab einer freieren wirtschaftlichen und — hiermit eng verknüpft — politischen und religiösen Entwicklung statt. Pennsylvania und New-Jersey mit Grundeigentümer-Regierungen (Proprietary Government), welche notgedrungen zur Latifundienwirtschaft führen mußten, haben gegen eine Unabhängigkeitserklärung lange heftigen Widerstand geleistet. New-Jersey streifte bald sein altes wirtschaftliches Gewand ab, Pennsylvania ward dadurch für die Sache der amerikanischen Freiheit gewonnen, daß die gewerbliche Bevölkerung und die Intelligenz in den Städten über die Pflanzler den Sieg davon trug. New-York ist ein besonders wertvolles Beispiel dafür, daß die Wirtschaftsverfassung für die politische Stellungnahme in Amerika maßgebend gewesen ist. Die Holländer hatten in Neu-Amsterdam ein Agrarsystem mit Großbetrieben angelegt, als aber die Kolonie unter dem Namen New-York zur Zeit Karls des Zweiten unter englische Herrschaft kam, versuchte man mit Kleinbetrieben die Macht der alten Einsassen zu brechen. Dieser Unterschied in der Besiedelung war bis zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung von Einfluß und hat den Widerstreit der politischen Meinungen, von welchem wir in einem anderen Abschnitte noch weiter sprechen werden, 1776 bewirkt.

Den Pflanzerkolonien steht die Art der Besiedelung in Neu-England entgegen; hier konnte wegen der Dürftigkeit des Bodens von der Anlage von Großbetrieben keine Rede sein, wir finden daher auf dem flachen Lande nur den kleinen Farmer, die Heimstätten der Einwohner waren nicht meilenweit von einander entfernt wie im Süden, der

Geist der Gemeinschaft wurde mehr gepflegt und Städte begründet, welche schon sehr früh den Geist des Selfgovernment zeigten und in den sogenannten Townmeetings die letzte Entscheidung über die Gesetze des Landes herbeiführten; in ihnen haben wir die Wiege der politischen Selbständigkeit in Amerika zu erblicken, nicht in den Pflanzerkolonien, denn dort waren solche Versammlungen wegen der weiten Entfernungen unmöglich. Von besonderer Wichtigkeit war auch der Einfluß des Meeres auf die Neuengland-Städte. Das Meer gab ihnen ihr charakteristisches Gepräge, so daß sie sich erheblich von denen des Südens unterschieden. Jamestown, Williamsbourgh, Charleston waren zeitweise die Residenzen der großen Pflanzer, sie hatten ein aristokratisches Gepräge; Boston, Plymouth, Salem waren Stätten der Handwerker und Kaufleute. Boston zumal, damals die bedeutendste Stadt des Kontinents, stand mit Europa in den engsten Handelsbeziehungen, es wurde von europäischer Kultur, europäischem Geiste unmittelbar befruchtet, ein stolzes Geschlecht von bedeutenden Rechtsgelehrten und freisinnigen Theologen, unter denen Jonathan Mayhew besonders hervorragt, finden wir im 18. Jahrhundert in seinen Mauern. Sie waren bewandert in der philosophischen, religiösen, staatsrechtlichen Literatur ihrer Tage und gewillt, sich nicht ein Tüttelchen von ihrem göttlichen und verbrieften Rechte rauben zu lassen. Diese Freiheit der Gesinnung hatte weite Kreise der Neuengland-Bevölkerung erfüllt, die Bildung, welche sich durch weitblickende Schulgesetze seit einem Jahrhundert im Lande verbreitet hatte, trug jetzt reiche Früchte, sie gebar die amerikanische Freiheit.

Für ihre Entwicklung ist demnach der wirtschaftliche und staatsrechtliche Hintergrund maßgebend gewesen, sie tritt zuerst in den Neuengland-Städten hervor, welche in diesen Beziehungen am weitesten vorgeschritten waren, es ist nichts falscher als von den Farmern zu reden, welche sich einen Freistaat errichteten; wenn Virginia mit an der Spitze der



Bewegung marschierte, so waren es seine Rechtsgelehrten Patrick Henry, Peyton Randolph, Lee, Jefferson und Madison, welche diese Haltung bedingten.

Man hat eingewandt, daß die Bevölkerung Amerikas in den 60er und 70er Jahren noch überwiegend ländlich gewesen sei, daß in den Städten nur 3,4 0/0 aller Einwohner lebten, aber man hat nicht bedacht, daß noch eine geringere Anzahl von Amerikanern wirklich tätigen Anteil an der Revolution und am Kriege genommen haben. Ein späterer Abschnitt wird diesen Umstand noch näher beleuchten.

In Boston, der geistigen und örtlichen Wiege des amerikanischen demokratischen Staates, waren Franklin, John Adams, Hooper geboren, sie waren Schüler Priestleys<sup>4</sup> und Voltaires, wie John Adams es einmal selbst in einem Briefe an Jefferson, in welchem er betont, daß diese beiden Schriftsteller mehr als Calvin und Luther zur Brechung der geistigen Fesseln und Stabilierung der religiösen Freiheit getan hätten, ausdrückt (Works X 82). Wir können demnach nicht in Roger Williams den Apostel dieser neuen Zeit erblicken, wir haben ihn in einem Sohne Bostons zu erkennen, welcher 1764 ein Pamphlet über die Rechte der Britischen Kolonien gegenüber den englischen Besteuerungsversuchen schrieb, in dem Rechtsgelehrten James Otis.

### **C. James Otis, der Verkünder der Ideen der amerikanischen Revolution.**

John Adams sagt in einem Briefe an W. Tudor vom 1. Juni 1818: „Ich halte Mr. Otis für den ersten und hauptsächlichsten Begründer einer der größten politischen Revolutionen, die jemals auf der Welt stattgefunden haben.“ Ferner äußert er sich in einem Schreiben vom 8. April 1815:

---

4. Priestley schrieb: „Doctrines of Heathen Philosophers compared with those of the revelation.“



„Blick in die declaration of rights and wrongs des Kongresses von 1774, blick in die Unabhängigkeitserklärung von 1776, blick in alle französischen Verfassungen, und, um den Gipfel zu ersteigen, blick in Paines Common Sense und Rights of Man“, alle Grundsätze sind schon bei Otis zu finden.

In der Tat finden wir bei ihm: 1. das Prinzip der Volkssouveränität, 2. hieraus hervorgehend die Demokratie, welche auf Freiheit und Gleichheit beruht (freedom and equality), 3. den Unterschied zwischen natürlichen und bürgerlichen Rechten, 4. die Forderung einer billigen Repräsentation; keiner ist einem Gesetze verbunden, dem er nicht selbst oder durch seine Vertreter zugestimmt hat; 5. die Teilung der Gewalten, 6. das Zweikammersystem, 7. das Recht des Volkes, die Staatsverfassung zu ändern; jeder neue Staat entsteht durch Vertrag; 8. auch das Recht des Widerstandes gegen Unterdrückung ist vorhanden. Wir sehen hier einen großen Fortschritt gegenüber der englischen Bill of Rights von 1688, ja, wir sehen hier schon den Uebergang zu dem amerikanischen System der Rechte vollzogen in seiner antihistorischen Begründung und Aufrichtung. Die englische Bill of Rights kennt nicht das Prinzip der Volkssouveränität, unausgesprochen geht aus ihr nur die Parlamentsouveränität hervor. Demgemäß kennt die englische Bill auch keinen letzten Appell an das Volk, die Streitigkeiten von 1688 spielten sich nur zwischen König und Parlament ab, das Volk hat kein Recht des Widerstandes. Die englische Erklärung kennt ferner nicht den Begriff der Demokratie als auf Freiheit und Gleichheit beruhend, ihre Freiheit beschränkt sich, wo sie existiert, nur auf Engländer, und die Engländer sind in Stände eingeteilt, also nicht gleich. Bei Otis erstreckt sich die Gleichheit auf Angehörige aller Religionen und Rassen. Adams sagt darüber, daß kein Quäker aus Philadelphia oder Jefferson aus Virginien jemals die Rechte der Neger lebhafter verteidigt hätte. Die englische Bill kennt, wie schon gesagt, keinen Unterschied zwischen natürlichen und bürgerlichem Rechte, sie weiß nur

von den rights of subjects. Endlich keine Religionsfreiheit, denn sie stellt ein Bollwerk der protestantischen Kirche dar. Bei Otis versteht sich aus den Rechten des Menschen heraus Gewissensfreiheit von selbst.

Ehe wir auf die amerikanischen Staatsverfassungen exemplifizieren, scheint es notwendig, ein Bild dieses für die amerikanische Freiheit so ausgezeichneten Mannes zu geben, seine Lehre im Zusammenhange darzustellen. Freilich dürfen dabei die Daten seines äußeren Lebens nicht außer acht gelassen werden, denn bei ihm decken sich in seltener Weise Leben und Lehre vollständig. Wenn Bancroft (Amer. Revolution Chap. 10) dem Otis vorwirft, daß er veränderlich gewesen sei, so wird er ihm nicht ganz gerecht, wie wir gleich sehen werden. Gewiß war Otis kein Anführer einer bestimmten Partei, sondern nur ein Prophet, aber ein Prophet für den Amerikaner überhaupt. Aus den Quellen<sup>5</sup> entnehmen wir folgende Kenntnis seines Lebens:

Er ward 1725 in Massachusetts geboren als Sohn einer der ältesten Familien des Landes. Seine Bildung war die beste, welche seine Heimat ihm bieten konnte. Das Harvard-College nannte ihn seinen Schüler. Er wandte sich dem Rechtsstudium zu, allein es ist festzustellen, daß er nicht nur den Begriff seines Studiums sehr weit faßte, sondern auch für andere Wissenszweige Zeit und Interesse fand. So wird einstimmig berichtet, daß er ein perfekter klassischer Philologe gewesen sei; 1760 veröffentlichte er eine gelehrte

---

5. Als Quellen kommen in Betracht: seine Schrift „The Rights of the British Colonies asserted and proved“; William Tudor: „The Life of James Otis“ gibt uns wohl eine Darstellung seines Lebens und seiner Lehre, aber ohne auf der einen Seite den Ursprung seiner Ideen, auf der anderen seine weitere Wirkung zu untersuchen, desgleichen Francis Bowen in seiner kleineren Biographie über Otis. Sehr wichtig sind die Angaben des zweiten Präsidenten John Adams; sie finden sich teils im Appendix zum zweiten Bande seiner Werke, teils in seinen Briefen, die er 1817/18 an Tudor, Wirt, Niles schrieb; siehe Works X 314—62.

Abhandlung über lateinische Prosodie; eine über griechische Prosodie bereitete er vor. Wir erfahren auch, daß er den Begriff des formalen Rechtes nicht von Naturrecht und Moralphilosophie getrennt wissen wollte. Als er später als Rechtsanwalt in Boston ein Bureau unterhielt, pflegte er zu seinen Angestellten zu sagen: „Daß ein Rechtsgelehrter niemals ohne einen Band des Natur- oder öffentlichen Rechtes sowie der Moralphilosophie auf seinem Tische oder in seiner Tasche sein sollte.“

Pufendorf, Grotius, de Vattel, Locke, Montesquieu, Rousseau kannte er genau. Adams berichtet aus der Zeit von 1758—65, daß er viele Abende bei Otis verbrachte mit unvergeßlichen Gesprächen über Religion und Moral, über Politik und Recht, Geschichte und Philosophie, schöne Literatur, Theologie, Mythologie, Metaphysik, Kosmogonie; über Locke, Clark, Leibnitz, Bolingbroke und Berkeley unterhielt man sich. Die Vorbereitung zu seinem Berufe leitete Timothy Gridley, einer der besten Rechtsgelehrten der Zeit. Seine naturrechtlichen und politischen Anschauungen verdankt er diesem Manne scheinbar nicht, denn Gridley trat Ende 1760 als Kings Attorney für die in England erlassenen writs of assistance vor dem Superior Court im Old Town House zu Boston auf und gab dadurch seinem Schüler Gelegenheit, ihn in glänzender Rede zu widerlegen. Hiermit begann zuerst der Widerstand gegen das englische Unterdrückungssystem und zugleich die politische Laufbahn des einfachen Rechtsanwaltes, der auf das gut besoldete Amt eines Advocat General verzichtet hatte. 1761 ward er einstimmig in den Provinzial-Kongreß für Massachusetts gewählt, dem er bis 1768 angehörte. Von seiner Rede aus dem Jahre 1761 haben sich Bruckstücke erhalten, den Sinn gibt uns John Adams wieder (Brief vom 1. Juli 1818 an Tudor). Ihre Wirkung elektrisierte nicht nur die Stadt Boston und die Kolonie Massachusetts, sondern das ganze Festland, man verglich Otis mit Jesaya

und Hesekei. Er begann seine fünfstündige Rede mit einer Erörterung über die Rechte der Menschen im Naturzustande und behauptete, daß jedermann von Natur ein unabhängiger Souverän wäre, keinem anderen Gesetz unterworfen als dem seines Herzens. Sein Recht auf Leben und Freiheit könnte ihm keiner bestreiten, ebensowenig das auf Eigentum. Diese Rechte bezeichnete er als angeboren und unveräußerlich. Von persönlicher Unabhängigkeit schritt er zur Darstellung der Gesellschaft fort: Die Menschen wären soziale Tiere von Natur aus, und so müßten die gegenseitigen Sympathien und vor allem die angenehme Neigung der Geschlechter<sup>6</sup> sie in kleinen Gruppen vereinen und allmählich in größeren Verbänden zu gegenseitigem Beistande zusammenführen. Durch Gott und die Natur finden die Menschen sich zusammen, ehe sie einen formellen Vertrag durch ausdrückliche Worte schließen. Die ersten Beratungen der Menschen hatten keinen anderen Gegenstand als den Schutz der natürlichen Rechte. Otis ging dann dazu über, daß diese als Grundgesetze in die englische Verfassung hinein gearbeitet wären, sprach von dem alten sächsischen Rechte, dem großen Freibriefe und seinen 50 Bestätigungen im Parlamente bis zu der Bill of Rights, er ging auf die Verletzungen der Rechte ein und sprach von der Volksrache, die ihnen gefolgt war, von den Kämpfen gegen politische oder geistige, militärische und kirchliche Willkür. Hier sehen wir schon die wesentlichen Grundzüge seiner Lehre, die er 1762 in seinem Pamphlet: „A Vindication of the Conduct of the House of Representatives of the Province of the Massachusetts-Bay, more particularly in the last Session of the General Assembly“, sowie 1764 in: „The Rights of the British Colonies asserted and proved“ niedergelegt hat. Unzweifelhaft ist die Schrift von 1764 die wichtigste, ausführlichste und am weitesten verbreitete. Sie wurde nicht nur offiziell

---

6. Dieser Ausdruck ist von Montesquieu Livre I Chap. 2 entlehnt.

in der Massachusetts-Versammlung gelesen, sondern auch in Groß-Britannien und im Oberhause. Im Februar 1766 sprach Lord Littleton leichthin von diesem Buche, Lord Mansfield erwiderte, daß es sehr ernst zu nehmen sei: „Otis ist ein sehr konsequenter Mann unter dem dortigen Volke. Sie haben ihn zu einem ihrer Abgeordneten zum Kongresse und zur Generalversammlung des betreffenden Staates gewählt. Man sagt, der Mann sei toll. Was denn? Ein Toller macht häufig viele. Massaniello war toll und dennoch stürzte er die Regierung von Neapel. Tollheit beherrscht alle Volksversammlungen und alle öffentlichen Angelegenheiten.“ Man sieht, daß er in England gelesen und ernst genommen wurde. Veranlassung zu der Schrift gab der Erlaß der Acts of Trade von 1764, welche bekanntlich nicht nur den Handel neu besteuerten, sondern auch die Entsendung von englischen Kriegsschiffen anordneten zu ihrer strengen Durchführung und zur Verhinderung des Schmuggels. Das Buch selbst, mit dessen Inhalt wir uns eingehender beschäftigen müssen, ist in vier Teile geteilt<sup>7</sup>:

1. Ueber den Ursprung des Staates. 2. Ueber Kolonien im allgemeinen. 3. Ueber die natürlichen Rechte der Kolonisten. 4. Ueber die politischen und bürgerlichen Rechte der Menschen. Besonders interessant und wichtig zum Beweise literarischer Einflüsse sind die vielen Zitate aus Schriftstellern, die er gibt; Harrington, Montesquieu, Locke, Rousseau, Grotius, Pufendorf sowie Schriftsteller über die englische Verfassung: De Vattel, Lord Coke „On

---

7. Dem Verfasser hat ein englischer Nachdruck (London reprinted for J. Almon, Piccadilly) vorgelegen; dieser Nachdruck, von dem sich ein Exemplar in der Göttinger Universitätsbibliothek befindet, scheint authentisch zu sein, da die Einteilung und die Zitate, welche Tudor gibt, sich genau mit ihm decken; der Verlag war in jener Zeit ein sehr bekannter, Almon war ein Freund des englischen Demokraten John Wilkes und hat auch die Schriften dieses Mannes, welcher stets für die Sache der amerikanischen Revolution eingetreten war, verlegt.

Magna Carta“, Dummer „Defence of the Charters“ zieht er heran. Wie er die Entstehung des Staates erklärt, haben wir schon gesehen. Es gibt hauptsächlich vier Meinungen darüber: daß er auf Gnade, auf Gewalt, auf Eigentum, auf Vertrag gegründet sei; die ersten drei Möglichkeiten läßt Otis nicht gelten; man kann auch nicht sagen, daß der Staat ein so willkürliches Ding sei, daß er auf bloßem Verträge beruhe. Dieser tritt erst ein, wenn die organischen Vorbedingungen dazu vorhanden sind, Elemente, die nur eines sicheren und festeren Zusammenschlusses bedürfen. Es scheint auf den ersten Blick, als wenn Otis keinen Staats-, sondern nur einen Regierungsvertrag gelten lassen will, allein der Vertrag über die Form des Staates, d. i. die Regierung, fällt mit dem des Staates überhaupt zusammen. Löst du die Regierung auf, so löst du den Staat auf, ohne Regierung ist kein Staat. Aehnliches vollzog sich später in einigen amerikanischen Verfassungen. Die Souveränität liegt „ursprünglich und zuletzt (originally and ultimately)“ im Volke . . . und es verzichtete in der Tat niemals freiwillig, noch kann es überhaupt rechtmäßig einen absoluten und unbegrenzten Verzicht auf diese heiligen Rechte leisten.“ Otis macht hierzu die Bemerkung, daß von absolut höchster Macht eigentlich nur in Beziehung auf Gott die Rede sein könne, aber unmittelbar danach komme die der reinen Demokratie. Diese ist auf Freiheit und Gleichheit begründet. Auf Freiheit, da Gott „has given to all men a natural right to be free“. Auf Gleichheit, weil es allen gegeben ist. Als Zweck des Staates ergibt sich demnach „The good of the whole, the good of mankind“ und „to provide for the security of life, liberty, property“. Da der Mensch uns einmal als Naturwesen und einmal als Bürger entgegen tritt, so haben wir hier schon die Zweiteilung der späteren Bills. Otis spricht von rights of subjects and of men. Die natürlichen Rechte sind nach Otis natural, inherent, inseparable, essential. Die bürgerlichen Rechte bestehen darin: 1. daß

die Legislative frei und gesichert in den Händen ist, in welche die Gesamtheit sie gelegt hat; 2. daß sie nur bei Auflösung des Staates geändert werden kann; 3. daß sie nicht willkürlich handeln darf, sondern bestimmte Richtschnuren inne zu halten hat; 4. daß sie ihre Gesetze von unabhängigen Richtern auslegen läßt; 5. daß sie keinem einen Teil seines Vermögens ohne seine Einwilligung in Person oder durch seine Vertreter nehmen kann; 6. daß sie die Macht der Gesetzgebung nicht übertragen kann.

Der große Unterschied zwischen den englischen Bills of rights und den amerikanischen ist hier bereits ausgesprochen. Otis tritt für Beschränkung der Legislative zugunsten des Einzelnen ein. Als Schranken der Gesetzgebung treten uns entgegen: 1. Nach festen Gesetzen zu regieren. 2. Diese Gesetze sollen keinen anderen Zweck als das Wohl des Volkes haben. 3. Steuern dürfen dem Volke nur mit seiner Einwilligung, sei es in Person, sei es durch seine Abgeordneten, auferlegt werden. 4. Ihre (der Legislative) ganze Gewalt ist nicht übertragbar. Wenn keine Steuern ohne Repräsentation auferlegt werden können, so ist es erforderlich, daß die Amerikaner im Parlamente vertreten sind, oder selbständige Parlamente haben, welchen die Vorberatungen der Kolonialgesetze zusteht und auf die das englische Parlament nur ein Veto ausüben kann. Otis neigte sehr dazu, die Vertretung in England zu verlangen, doch mußte er 1765 auf dem Kongresse zu New-York — freilich zögernd — zugeben, daß eine amerikanische Vertretung im Parlamente unmöglich wäre, aber er hat sich niemals dieses Gedankens entschlagen, da er sich vor Unabhängigkeit fürchtete. Die Propagierung dieses Gedankens geschah erst später; Otis hat sich dagegen ausgesprochen, trotzdem seine Lehre dazu führen mußte als die Konsequenz seiner Behauptung, das Parlament darf in Amerika weder internal noch external taxes auferlegen, d. h. weder indirekte Steuern, die sich auf den Handel beziehen, noch direkte Steuern



auf Land und anderen Besitz. Den Handel allein zu besteuern ist unrecht, denn die Summe, welche für den Unterhalt und Schutz aller Kolonien erforderlich ist, darf nicht nur aus einem Erwerbszweige gezogen werden, den nur ein Teil der Kolonien ausübt. Neben den angeführten Beschränkungen der Legislative wird noch besonders auf ihre Trennung von den beiden anderen Gewalten im Staate hingewiesen. Otis soll verschiedene Auszüge aus Montesquieu stets bei sich geführt haben, um das Uebel, das in der Vereinigung der drei Gewalten liegt, zu zeigen. Bei ihm tritt die richterliche Gewalt noch als ein Bestandteil der Exekutive auf, wie bei Locke. Während im Zustande der reinen Demokratie diese Gewalten im Volke selbst ruhen und von ihm selbst ausgeübt werden, sehen wir sie auf einer höheren Stufe einer Regierung anvertraut.

Im Prinzip und in der Theorie ist die Teilung in England durchgeführt. Alle vollkommenen Staaten weisen sie auf, z. B. Rom, dem nur die Balance zwischen Senat und Volk fehlte, und das hierdurch zu Grunde ging. Neben der Teilung der Gewalten ist demnach noch das Gleichgewicht zwischen zwei Häusern erforderlich, wie es der „große und unvergleichliche“ Harrington gezeigt habe. Zur Verteidigung dieser Rechte bleibt dem Volke das Mittel des Widerstandes und der Aenderung der Staatsverfassung oder Regierungsform. So sehr Otis für ein friedliches Einvernehmen mit England ist, so eifrig propagiert er auch dieses Recht des Widerstandes; er sagt wörtlich: „Derjenige, welcher die Lehre des unbegrenzten passiven Gehorsams und der Widerstandslosigkeit bei den Menschen durchsetzen will, ist nicht nur ein Narr oder ein Schurke, sondern auch ein Rebell gegen den gesunden Menschenverstand, wie gegen die Gesetze Gottes, der Natur und seines Landes<sup>8</sup>.“ Keiner kann

---

8. Ähnlich heißt es in der New-Hampshire-Bill von 1784 Art. 10: „The doctrine of non-resistance against arbitrary power and



den Kolonisten die natürlichen Rechte *de jure* rauben, und wenn das Parlament *de facto* eines Tages alle Charten aufheben würde, so würden sie doch ewig weiter bestehen und die Amerikaner Menschen, Bürger und englische Untertanen trotz alledem bleiben. Man sieht, wie stark Otis sich noch als englischer Bürger fühlte, nur machte er schon den Fortschritt, daß er die englischen Rechte als identisch mit den Naturrechten, die jedem zukämen, erklärte. Das Recht des Widerstandes erstreckt sich nicht nur auf die Erhaltung der bestehenden Verfassung, sondern auch auf die Forderung einer Abänderung; diese geschieht durch ausdrücklichen Vertrag und nach dem Wunsche der Majorität.

Es ist nur folgerichtig, wenn mit diesen natürlichen Rechten des menschlichen Herzens die Freiheit des Glaubens und das Bestreiten der Gültigkeit staatlichen Eingriffes in sie verbunden ist. Wir haben scharfe Ausdrücke von Otis über die Priester- und Königs-kaste, welche sich stets zur Unterdrückung der Menschen verbündet hätten. Wenn Otis sich auch wenig über das Recht des Gewissens ausgesprochen hat, resultiert es doch aus seinem Begriffe von Freiheit und Demokratie. So erweist sich auch an Otis unsere Behauptung von dem Zurücktreten des religiösen Momentes als wahr.

Streifen wir noch kurz die Anwendung, welche Otis in seinem Pamphlet von seiner Lehre auf die amerikanisch-englischen Verhältnisse macht, so kommen wir zu der interessanten Tatsache, daß er — wie schon angedeutet — ein warmer englischer Patriot ist, eben weil er die englische Verfassung aus dem Naturrecht ableitet und es gar nicht für möglich hält, daß eine augenblickliche tyrannische Gewalt diese Verfassung vernichten könne. Nur aus dieser Ansicht heraus verstehen wir es, daß ein Mann wie Otis

---

oppression is absurd, slavish, and destructive of the good and happiness of mankind.“

sich scharf gegen irgend welche Unabhängigkeit wendet, gegen den Gedanken, daß die Kolonien nach einer Legislative streben, welche dieselbe volle, freie, unabhängige Macht unter ihren einzelnen Charten beanspruche wie die Regierung und das Parlament von Großbritannien, ja, daß er den König der unerschütterlichsten und unveränderlichen Liebe der amerikanischen Untertanen versichert, was ihn nicht hindert, den englischen Besteuerungsplänen eine heftige Gegnerschaft entgegenzutragen. Ohne Repräsentation keine Steuern! ist der praktische Grundsatz, welchen Otis allezeit treu befolgt hat. Seine Schrift schließt damit, daß man die Amerikaner nur ins Parlament aufzunehmen brauche, wenn man erreichen wolle, daß das Besteuerungsrecht des Parlamentes nicht mehr bezweifelt werde.

Seiner Schrift ist ein Anhang angehängt, welcher insofern wertvoll ist, als er zeigt, daß man 1764 zu Boston in der Assembly ebenso wie Otis dachte; er enthält ein Memorial, welches das Haus seinem Provinzialagenten Jasper Mauduit zusandte, und von Otis verfaßt ist; wir finden dort die Stelle: „Die Rechte der Engländer sind natürlich, anhangend und ewig (natural, inherent, perpetual). Nach den Gesetzen der Natur und der Völker, nach der Stimme der allgemeinen Vernunft und Gottes, wenn ein Volk von einer Wüste Besitz ergreift, . . . so sind die Kolonisten, welche dorthin übersiedeln, sowie ihre Nachkommenschaft, natürlich ein Teil des Staates mit seinen alten Besitzungen und zu allen wesentlichen (essential) Rechten des Mutterlandes berechtigt.“ Ferner: „Die Parlamentsakte gegen natürliche Billigkeit sind nichtig. Die Akte gegen die Grundgesetze der britischen Verfassung sind nichtig. Diese Lehre entspricht den Gesetzen der Natur und der Völker sowie der göttlichen Vorschrift der natürlichen und offenbarten Religion. Es widerspricht der Vernunft, daß die oberste Macht das Recht haben sollte, die Verfassung zu ändern, denn das würde bedeuten, daß die-

jenigen, welche mit der Herrschaft vom Volke beauftragt sind, ein Recht hätten zu tun, was sie wollten.“

Während durch die Schrift des Otis die Wellen der Opposition einen ungeheuren, immer größer werdenden Kreis zogen, sorgte das englische Ministerium selbst dafür, daß die Bewegung im Gange blieb. Grenville legte, von Charles Townshend lebhaft unterstützt, dem Unterhause Anfang 1761 den Entwurf zu einer amerikanischen Stempelakte vor, welche Stempel auf alle beweglichen Dinge, Zeitungen, Zeugnisse, Deklarierungen, gerichtliche Dokumente vorsah. Am 6. Februar 1765 ging das Gesetz mit 194 gegen 49 Stimmen im Unterhause durch. Die Krawalle bei der Proklamation in Boston im April sind bekannt, man zwang Mr. Oliver, der das Amt eines Steuerverteilers übernommen hatte, auf sein Amt zu verzichten, und hängte ihn in effigie. Ganz mit Unrecht bezeichnet Hutchinson Otis als den Urheber dieser Unruhen. Die Streitigkeiten zwischen dem Gouverneur und Otis setzten sich fort und endeten erst, als am 16. Mai 1766 die Stempelakte durch den Wighführer Rockingham zurückgezogen wurde. Inzwischen aber hatte das wichtige Ereignis des Kongresses zu New-York stattgefunden. Massachusetts lud, auf Anregung des Otis, sämtliche Kolonien zu einem gemeinsamen Kongresse ein. Am 19. Oktober 1765 trafen sich die Abgesandten von 9 Kolonien in New-York. Virginia war nicht vertreten. Wenn der Kongreß auch weiter keinen Erfolg aufzuweisen hatte — es wurde eine Declaration of Rights<sup>9</sup> sowie eine

---

9. Die Declaration of Rights von 1765 ist abgedruckt bei Marshall: History S. 470. Es heißt darin unter anderem: Art. 2 erklärt, daß die Kolonien „are entitled to all the inherent rights and liberties of his (Kings) natural born subjects within the Kingdom of Gr. Br.“ Art. 3: „that it is inseparably essential to the freedom of a people and the undoubted rights of Englishmen, that no taxes be imposed on them, but with their own consent.“ Art. 7: „and that the trial by jury is the inherent and invaluable right of every British subject in

Petition an den König und beide Häuser gesandt —, so bewirkte er doch, daß die einzelnen Kolonien sich ihrer Zusammengehörigkeit mehr bewußt und daß ihre Führer unter sich bekannt wurden. Otis befreundete sich mit Dickinson und führte mit ihm einen Briefwechsel weiter, wie er überhaupt von 1760—70 mit Leuten aus allen Kolonien korrespondierte. Daß Otis in New-York die leitende Rolle spielte, steht fest. Mr. Rodney aus Delaware schrieb später: It was this congress, in which Otis displayed that light and knowledge of the interests of America, which, shining like an sun, lit up those stars, that shone on this subject afterwards. Vom Kongresse zurückgekehrt, setzte Otis sofort seine rege politische Agitation fort. Bezeichnend für seine Gesinnung ist es, daß er in demselben Jahre noch einen Antrag stellte, daß in dem Hause eine Galerie für solche eingerichtet werde, welche die Debatten mitanzuhören wünschten; ein Vorschlag, der wohl ganz ohne Präzedenzfall war und in der Pennsylvania-Bill von 1776 seine erste Verwirklichung fand.

Trotz der erfolglosen Versuche, welche das Parlament seit der Beendigung des letzten Krieges gemacht hatte, ließ es sich schon 1767 zu einem neuen Vorstoße gegen Amerika hinreißen, wiederum veranlaßt durch Townshends Beredsamkeit; es wurde die sogenannte Revenue Act entworfen, welche auf Glas, Farben, Blei, Papier und besonders Tee Abgaben legte. Zugleich sollte das Gesetz gewisse Kronbeamten in Amerika unabhängig vom Volke machen und das Einquartierungsrecht festlegen. Grenville verlangte sogar eine gewaltsame Einführung dieser Bestimmungen, da man des Widerstandes Amerikas sicher war. Das Ministerium

---

these colonies.“ Art. 12: „that the increase, prosperity, and happiness of these colonies depend on the full and free enjoyment of their rights and liberties.“ Im letzten, 14. Art. wird betont, daß es ihre Pflicht sei, den Handelsbeschränkungen entgegenzutreten.

täuschte sich nicht, verschiedene Kolonien widerstanden der Einführung des Gesetzes, was bekanntlich dazu führte, daß New-York der Legislative beraubt wurde. In den anderen Ansiedlungen verstand man sich zu passivem Widerstand. Der Kampf gegen dieses Gesetz stellte die letzte politische Betätigung des Otis dar. Im Januar 1768 wurde in Boston ein großes Komitee gebildet, welches eine Petition an den König, sowie Briefe an Shelburne, Rockingham usw. entwerfen sollte. Diese Blätter sind von Otis verfaßt<sup>10</sup>. Bowen bezeichnet sie als die wichtigsten vor der Revolution. Wir entnehmen ihnen einige Stellen, wie sie John Adams wiedergibt. An Shelburne wird geschrieben: „Es ist ein wesentliches und natürliches Recht, daß ein Mensch sein eigenes Besitztum (property) genießt und allein die Verfügung darüber hat.“ „Die Sicherheit von Recht und Eigentum ist der große Zweck des Staates. Sicher also streben solche Maßregeln, welche trachten Recht und Eigentum unsicher zu machen, danach, sowohl Eigentum wie Staat zu vernichten, denn beide stehen und fallen miteinander.“ Otis spricht von essential, inalterable law of nature. Es wurden auch Rundschreiben an die verschiedenen Kolonien erlassen, in ihnen haben wir den Ursprung der Korrespondenz-Komitees zu sehen. Im September 1768 kamen zur Durchführung des Gesetzes zwei Regimenter Soldaten nach Boston, die Gerichte und die Legislative hielten ihre Sitzungen ab, während Kanonen vor den Gebäuden aufgestellt wurden. Die Assembly zog sich daher nach Cambridge in das Havard-College zurück, und hier hielt Otis eine seiner letzten Reden, in welcher er besonders die anwesenden Studenten ermahnte, ihr Leben für die Freiheit nicht zu scheuen, wenn das Vaterland sie rufen würde. Er erlebte noch die Genugtuung,

---

10. Sam. Adams überarbeitete sie und gab sie in einem 1768 zu London gedruckten Pamphlet heraus, sie sind auch veröffentlicht in der Sammlung der Massachusetts State Papers. Der Verfasser hat leider keinen Einblick in sie nehmen können.

daß sein persönlicher Gegner Governor Bernard abberufen wurde; hiermit war seine politische Laufbahn beendet. Es ereilte ihn ein trauriges Geschick. Eines Tages hatte er seine Gegner, die ihn verleumdet hatten, in der Boston-Gazette angegriffen; am folgenden Tage machten diese wahrscheinlich im Auftrage der Behörde in einem Kaffeehause einen Ueberfall auf ihn, löschten die Lichter aus und schlugen mit dem Stocke auf ihn los. Blutüberströmt trug man ihn nach Hause. Ein Messerstich in den Kopf beschleunigte eine Erkrankung seines Gehirns, von der er nie wieder ganz genesen sollte. Er hatte noch geistigen Mut genug, eine Entschädigung, die ihm gerichtlich zugesprochen worden war, mit Entrüstung zurückzuweisen. Im März 1770 erschien er sogar noch einmal in der Legislative. Wir haben viele Aktenstücke aus der Zeit, in denen er als President of the Council figurirte, auch geschäftliche Briefe an die Versammlung von 1770—1776. Doch trat Otis im allgemeinen nicht mehr hervor, es war in einem seiner dunklen Augenblicke, daß er alle seine Papiere verbrannte. Er starb erst 1783.

#### **D. Die Ideen in den amerikanischen Staatsverfassungen<sup>11</sup>.**

Otis ist der erste machtvolle Vertreter der amerikanischen Demokratie und er hat ihr Wesen so erschöpft, daß nach ihm kaum noch neue Grundsätze aufgestellt worden sind. Die wesentlichsten Merkmale dieser amerikanischen Demokratie sind der Schutz der Minorität, d. h. die Lehre, daß gewisse Rechte von der Autorität des Staates nicht

---

11. Von einer Uebersetzung der engl. Zitate, soweit sie aus den Verfassungen selbst stammen, hat der Verfasser aus Zweckmäßigkeitsgründen abgesehen, denn einerseits wäre neben der Uebersetzung der Originaltext doch erforderlich, andererseits setzt jede Uebersetzung dieser Art sich dem Vorwurfe aus, ungenau oder tendenziös zu sein.

angetastet werden dürfen, und der Grundsatz, daß es überhaupt keine bestimmte Staatsform gibt, welche man demokratisch nennen darf, sondern jede Staatsform, „welche der jeweiligen und freien Einwilligung aller oder des größten Teiles der Einwohner“ entspricht, ist demokratisch, vorausgesetzt, daß sie die stabilisierten Rechte der Menschen nicht verletzt. Die amerikanische Demokratie unterscheidet sich demnach sowohl von dem orthodoxen Wesen des Calvinismus, als auch von der starren französischen Demokratie, die beide auf dogmatische Formen angelegt sind.

Diese Anschauung finden wir schon in der Einleitung der Rhode-Island-Charter von 1644, Williams war schon verfolgt worden, weil er gepredigt hatte, man habe nicht allen Gesetzen der Obrigkeit zu folgen, allein erst bei Otis finden diese Prinzipien die ihnen zukommende Bedeutung und Begründung, bei ihm erst gehen sie über den Rahmen lokaler Streitigkeiten hinaus und erlangen weltgeschichtliche Bedeutung. Es ist nicht richtig, wenn viele Schriftsteller, unter anderen Hoetzsch, behaupten, die Bedeutung des Otis sei nur eine lokale gewesen: seine Einwirkung war unermesslich, und wir werden sie noch bis zur Unabhängigkeitserklärung verfolgen, wir werden noch zu zeigen haben, daß alles, was Otis lehrte, sich in den amerikanischen Staatsverfassungen wiederfindet. Der Geist des Otis wirkte auf sie wohl nicht direkt, aber nachweislich durch Vermittlung des John Adams, und — beide schöpften aus gemeinsamen Quellen, aus der wirtschaftlichen und geistigen Aufklärung. Die Bedeutung des wirtschaftlichen Momentes haben wir schon betont; wenn wir uns mit dem Inhalte der Staatsverfassungen befreundet haben werden, wollen wir die gemeinsamen geistigen Quellen einmal nachprüfen.



## 1. Die Menschenrechte.

Die amerikanischen Konstitutionen<sup>12</sup> zerfallen bekanntlich in die Bills of Rights und Frames of Government. Ernst von Meier sagt sehr richtig, daß sich die beiden Teile nicht immer entsprechen, was in jenen angekündigt wird, ist in diesen nicht immer zur Erfüllung geworden. Dieser Umstand ist sicher ein Beweis dafür, daß es sich in Amerika durchaus nicht überall und in erster Linie um die Gestaltung des freiheitlichen Elementes handelte, sondern, wie schon angedeutet, um die Festsetzung einer gemeinsamen Grundlage für ein großes föderatives Prinzip.

Der Inhalt der Erklärungen der Rechte hat aus diesem Grunde überwiegend nur theoretische Bedeutung, bezeichnend ist auch die Systemlosigkeit, mit welcher sie entworfen sind. Im allgemeinen ist die Unterscheidung von Menschen- und Bürgerrechten, d. h. von Grundrechten und spezialisierten Rechten festgehalten, allein sie sind manchmal auch durcheinander geworfen, wie in der Virginia-Bill von 1776, in welcher der Artikel über Religionsfreiheit von den Menschenrechten vollständig getrennt und an den Schluß des ganzen Schriftstückes gestellt ist. Von den Bills, welche überhaupt Menschenrechte enthalten, sind die Pennsylvania- und Massachusetts-Declarations ziemlich systematisch auf-

---

12. Die amerikanischen Konstitutionen sind abgedruckt bei Poore. Doch es fehlt dort die von Jefferson verfaßte Einleitung zur Virginia-Konstitution. Diese ist abgedruckt bei Force Serie 4, Bd. 6, S. 1598. Ferner fehlt bei Poore die Delaware Bill of Rights von 1776, sie steht bei Force V/11/286. Auch Fr. B. Hough hat die Verfassungen abgedruckt und zwar in ihrer jetzigen Gestalt, doch gibt er historische Einleitungen und sämtliche Aenderungen. Ernst von Meier behandelt den Inhalt der Konstitutionen. William L. Smith: „A comparative view of the Constitutions of the several States with another“ bietet einen vergleichenden Ueberblick. Nath. Chipmann: „Principles of Government“ wie De Mably gehen auf sie ein. Allen Smith: „The Spirit of American Government“ und Bryce: „The American Commonwealth“ stellen eigentlich nur die heutigen Verfassungszustände dar.



gestellt. Sie enthalten beide im ersten und zweiten Artikel die eigentlichen Menschenrechte, bei Massachusetts erstreckt sich der Inhalt des zweiten Artikels noch über den dritten. Der dritte und vierte Artikel der Pennsylvania-Bill stellt den Uebergang zu den Bürgerrechten dar (Volkssouveränität), ebenso der vierte und fünfte Artikel der Massachusetts-Bill. Es folgen dann bis Art. 16, resp. 30 die Bürgerrechte. Dieselbe Einteilung finden wir in der französischen Deklaration von 1789. Die ersten beiden Artikel, welche vollständig den beiden genannten amerikanischen Verfassungen entsprechen, enthalten die allgemeinen Menschenrechte, Art. 3 die Volkssouveränität. Aber die einzige, wirkliche systematische Erklärung ist in Frankreich 1795 aufgestellt worden, sie enthält freilich nur die Rechte des Menschen in der Gesellschaft, aber sie macht die charakteristische Zweiteilung in Rechte und Pflichten.

Welches sind nun die Grundrechte der Menschen? Ganz allgemein gesprochen: Leben, Freiheit, Eigentum; sie involvieren alle anderen, das Recht, das Leben zu genießen und zu verteidigen, Eigentum zu erwerben, kurzum Glück und Sicherheit zu erlangen. Es ist dieselbe Dreiteilung, wie Locke sie schon gefaßt hat, indem er Life, Liberty, Estate unter dem Begriffe Property zusammentat, und man darf nicht vergessen, daß dies der Sinn ist, wenn er sagt: „Der Hauptzweck der bürgerlichen Gesellschaft ist die Erhaltung des Eigentums (property).“

Es waren während der Revolutionszeit nur 4 Staaten, welche diese allgemeinen Menschenrechte aufgestellt haben: Virginia (1776), Pennsylvania (1776), Vermont (1777) und Massachusetts (1780). Es folgten dann in ihren zweiten und verbesserten Verfassungen New-Hampshire 1784, Connecticut 1818, New-Jersey erst 1844. Die beiden Carolina 1868 (South-Carolina hatte in den Verfassungen von 1776, 78, 90 und 1865 keine Menschenrechte) und von den neuen Staaten Texas 1838, Ohio 1851, Oregon 1857. Einer be-

sonderen Beachtung bedarf es, daß Rhode-Island nicht nur seine Charter von 1663 bis 1842 beibehielt, sondern auch dann noch keine Menschenrechte proklamierte.

Alle diese Staaten setzen in ähnlichen Worten ungefähr dieselben Rechte fest, doch ist wohl auf die vielen Nuancierungen und Abstufungen zu achten. Wenn Virginia erklärt: „that all men are by nature equally free and independent and have certain inherent rights of which, when they enter into a state of society, they cannot by any compact deprive or divest their posterity: namely the enjoyment of life and liberty, with the means of acquiring and possessing property and pursuing and obtaining happiness and safety“, so erscheint der Unterschied von der Massachusetts-Declaration sehr beachtenswert: all men are born free and equal, and have certain natural, essential, and unalienable rights among which may be reckoned the right of enjoying and defending their lives and liberties, that of acquiring, possessing, and protecting property, in fine that of seeking and obtaining their safety and happiness. Der Unterschied erstreckt sich auf drei wesentliche Punkte: 1. zunächst drückt die Massachusetts-Bill viel unzweifelhafter den Gedanken des free and equal aus, ja, sie ist die einzige Verfassung, welche überhaupt von Freiheit und Gleichheit spricht, während die anderen, wie Virginia, nur von einer gemeinsamen gleichen Freiheit sprechen, hieraus ließen sich für die Gesetzgebung verschiedene Richtlinien ableiten<sup>13</sup>. Die Virginia-Bill nennt die Freiheit auch nur ein inherent right, während die Massachusetts-Bill von natürlichen, wesentlichen, unveräußerlichen Rechten spricht, sicher aus dem Bestreben heraus, diese Rechte besser zu fundieren und zu schützen. 2. Die Virginia-Bill drückt durchaus nicht klar aus, daß der Mensch sich

---

13. Sehr bemerkenswert ist auch die Formel Lockes, er sagt § 95: „Men being by nature all free equal and independent . . .“

der natürlichen Rechte nicht entäußern könne. Sie läßt diese Frage zum mindesten offen und betont nur, daß keiner sie durch irgendwelchen Vertrag für seine Nachkommen veräußern könne, der Massachusetts-Gesetzgeber hingegen legt Wert darauf auszudrücken, daß diese Rechte nicht nur unveräußerlich, sondern auch nur einige von mehreren ungenannten seien. Diesem Vorbilde folgten: New-Hampshire (Bill 1784 Art. 2), North-Carolina (1868 I), Ohio (1851 I), New-Jersey (1844 I, besonders aber Art. 19, welcher darauf hinweist, daß die Aufzählung gewisser Rechte andere nicht ausschließt, ein Gedanke, welchen wir auch im 9. Zusatz der Unions-Verfassung finden). 3. Geht diese Bill sehr viel gründlicher zu Werke, indem sie das Erwerben von Glückseligkeit nicht als ein neues Recht durch „und“ anreicht, wie die Virginia-Bill, sondern die Glückseligkeit als in dem Genusse und Besitze der anderen enthalten ansieht. Die anderen Bills haben die Oberflächlichkeit der Virginia-Bill gedankenlos übernommen, so auch Pennsylvania und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch Ohio und Oregon. Der Pennsylvania-Gesetzgeber erklärt in der Einleitung sogar, daß die Menschen ein Recht haben, ihre natürlichen Rechte und die anderen Segnungen, mit welchen der Schöpfer die Menschen bescheert hat, zu genießen. Es gäbe demnach neben den natürlichen Rechten noch andere Segnungen Gottes: gewiß eine reine Phrase! Man sieht, mit wieviel mehr Sorgfalt und philosophischem Verständnisse John Adams die Massachusetts-Bill ausgearbeitet hat; wie schon erwähnt, gibt er selbst an, daß sie eine Frucht seiner philosophischen Studien ist, welche er hier mit einer großen, ja teilweise pedantischen Gründlichkeit niedergelegt hat. Ebenso wie die Massachusetts- sieht die New-Hampshire-Declaration von 1784 die Glückseligkeit nicht als ein neues Recht an, sie bezeichnet die Menschenrechte als natural, essential and inherent, allein Art. 3 lautet: When men enter into a state of society, they surrender up some of their

natural rights to that society, in order to insure the protection of others and without such an equivalent the surrender is void. Es werden also hier die Rechte durchaus nicht als unveräußerlich bezeichnet, unveräußerlich sind nur die Rechte des Gewissens, wie uns Art. 4 belehrt: Among the natural rights some are in their very nature unalienable, because no equivalent can be given or received for them. Of this kind are the Rights of Conscience.

Eine ganz eigene Kategorie bilden die beiden Staaten Texas und Oregon, auf welche wir nur hinweisen können, da sie einer späteren Zeit angehören. Texas erklärte im 1. Art. seiner Bill von 1838: All men, when they form a social compact, have equal rights. Es leuchtet ein, daß hiermit die Zahl derjenigen, welche gleiche Rechte haben, beschränkt werden soll; das wird ganz klar, wenn wir uns den zweiten Artikel der Declaration von 1845 ansehen: All freemen, when they form a social compact, have equal rights. Diese Fassung wurde 1857 auch von Oregon übernommen. Oregon machte im 2. Art. die Beschränkung: No negro, Chinaman, or Mulatto shall have the right of suffrage, womit man die Angehörigen der schwarzen und gelben Rasse außerhalb des Staatsverbandes setzt, dem in der Vermont-Bill von 1777 ausdrücklich widersprochen wurde<sup>14</sup>.

Dies sind im wesentlichen die Menschenrechte in ihren verschiedenen Abstufungen, wie sie in den Einzelstaaten durchgeführt worden sind. E. v. Meier hält es für wesent-

---

14. Ein ganz neues Moment bringt North-Carolina in seiner Verfassung von 1868 hinein. Art. 1 lautet: „That we hold it to be self-evident, that all men are created equal; that they are endowed by their Creator with certain unalienable rights; that among these are life, liberty, the enjoyment of the fruits of their own labour and the pursuit of happiness.“ Es wird hier diese merkwürdige Umschreibung für das Wort Property ganz im Sinne Lockes angewandt, die sich nicht als die Aberkennung des Rechtes auf Vermögen, sondern als Verbot der Sklavenarbeit erklären dürfte.

lich, daß weder die Unionsverfassung von 1787 nebst ihren Zusätzen von 1789, noch die Konföderationsakte von 1777 Anklänge an das Naturrecht enthalten. Diese Frage beantwortet sich leicht, wenn man bedenkt, daß die beiden Bundesverfassungen eigentlich nur einen Zusammenschluß, ein Abkommen der einzelnen Staaten darstellten, daß sie keineswegs unmittelbar auf der Volkssouveränität beruhen, sondern nur auf der der einzelnen Staaten, und es genügt, wenn diese naturrechtlich basiert und gestützt sind. Die Articles of Confederation beginnen ausdrücklich damit, daß die 13 Staaten einen Bund schließen. Die Unions-Verfassung freilich beginnt: *We, the people of the Unit. States . . .*, allein die Souveränität des amerikanischen Volkes wird dadurch zu einer mittelbaren gemacht, daß der Senat ein Staatenhaus ist, in welchem nur der Einfluß der einzelnen Staaten entscheidet, nicht der des amerikanischen Volkes oder seiner Majorität. Man kann einwenden, daß durch die Zusatzartikel der Unionsverfassung die Meinung von der Notwendigkeit einer naturrechtlichen Begründung nicht fern gelegen habe, allein im Grunde erscheinen diese Zusätze nur als eine Beschränkung der Macht des Kongresses über die Einzelstaaten.

Die Unabhängigkeitserklärung hingegen mußte sich auf die allgemeinen und gleichen Menschenrechte beziehen; wir haben schon auf die Worte des John Quincy Adams hingedeutet, daß diese Erklärung einem Vertrage aller einzelnen Bürger entspricht, einem Vertrage über eine zukünftige Konföderation, welche demnach doppelt basiert erscheint.

## 2. Die Bürgerrechte und die Frames of Government.

Weniger widersprechend als die Erklärungen der Menschenrechte sind die der Bürgerrechte. Nur in einigen

spezialisierten Punkten decken sie sich mit denen der englischen Bill of Rights. Diese enthält nicht die beiden großen Prinzipien der Volkssouveränität und Teilung der Gewalten; sie kennt theoretisch auch kein Recht des Widerstandes, es heißt, Jakob II. habe abgedankt; ferner keine Presse- und außerparlamentarische Redefreiheit; keine Freizügigkeit, keine Vereins- und Religionsfreiheit. Die Declaration of Rights von 1774 bringt noch als ein neues Recht die Versammlungsfreiheit hinzu. Die Virginia-Bill, die Freiheit der Presse, die Pennsylvania-Bill die Freizügigkeit<sup>15</sup>. Allen amerikanischen Erklärungen gemeinsam sind die beiden Grundprinzipien der Volkssouveränität und Teilung der Gewalten, sowie die mit der Souveränität zusammenhängende Lehre vom sozialen Verträge. Wiederum ist es die Massachusetts-Declaration, welche alle diese Ideen lückenlos in sich vereint. Sie ist besonders beachtenswert, weil sie in ihrer Gründlichkeit die einzige ist, welche das Wesen des sozialen Vertrages näher angibt. Es heißt in der Einleitung: „the body-politic is formed by a voluntary association of individuals, it is a social compact, by which the whole people covenants with each citizen and each citizen with the whole people, that all shall be governed by certain laws for the common good.“ Es wird dann erklärt, daß das Volk von Massachusetts eintreten wolle into an original, explicit and solemn compact. Nur hier wird das Wesen des Vertrages soweit gefaßt, daß nicht nur der einzelne sich dem Ganzen verpflichtet, sondern auch das Ganze als solches den Vertrag mit dem Einzelnen abschließt. Die anderen Bills gehen sehr oberflächlich über diesen Punkt hinweg. New-Hampshire spricht nur von dem Einzelnen, der sich einer Gesellschaft verpflichtet (1784 III). Während der Gesetzgeber von Massachusetts zwischen dem body-

---

15. Die Freizügigkeit findet sich schon im 17. Artikel des Massachus. Body of Liberties von 1641.

politic (Staatskörper) und dem Government (Verfassung) sehr scharf unterscheidet, findet man diesen Unterschied an keiner anderen Stelle. Der body-politic ist durch Vertrag entstanden, das Government ist nur eingesetzt zur Erhaltung der Rechte. Wie fassen aber die anderen Staaten den Begriff Government auf? In der Virginia-Bill bedeutet Government einfach Regierung (Art. 14), diesem Begriffe steht der Ausdruck state of society gegenüber, der nicht weiter umgrenzt wird. Ähnlich wird das Wort Government in der Pennsylvania-Bill gefaßt, es entsteht by common consent. Nord-Carolina setzt das Wort einfach im landläufigen Sinne für die innere Regierung (internal government and police, 1776 Art. 2), ebenso in der Maryland-Bill, 1776 Art. 2. Delaware nimmt hier eine besondere Stellung ein, indem nach der Bill von 1776 nicht der Staatskörper (body-politic), sondern die Verfassung (government) durch Vertrag entstanden ist. Ähnlich so in der Maryland-Bill von 1776. Wir würden hier vor der merkwürdigen Tatsache stehen, daß die Lehre des Regierungsvertrages sich in einer amerikanischen Staatsverfassung findet, wenn wir nicht annehmen wollen, daß der Gesetzgeber keinen ursprünglichen Vertrag annimmt, sondern nur einen späteren über die Verfassung, der zugleich Gesellschaftsvertrag ist, in dem Sinne etwa, wie wir es bei Otis gefunden haben. Die Unabhängigkeitserklärung geht, so sehr sie selbst einen sozialen Vertrag darstellt, nicht auf sein Wesen ein. Wir haben also festzustellen, daß Massachusetts der einzige Staat ist, bei welchem das Wort des sozialen Vertrages angewandt wird; daß nur wenige andere Staaten von einem Vertrage sprechen, wie Delaware und Maryland, keiner außer Massachusetts von einem ausdrücklichen Vertrage.

Im Zusammenhange mit der Lehre der Volkssouveränität steht die Frage der Repräsentation. In Amerika haben fast alle Staaten in ihren ersten Verfassungen die Form der englischen Bill of Rights übernommen: Elections of



members ought to be free, allerdings teilweise mehr erweitert oder näher definiert. Virginia im 6. Art., Pennsylvania im 7. Art. sagen freilich nichts davon, daß die Wahlen auch gleich sein sollen (Pennsylv. hat erst in der Bill von 1838: elections ought to be free and equal)<sup>16</sup>, allein sie fassen den Begriff der Wahlberechtigten sehr weit; jeder männliche Einwohner über 21 Jahre, der Steuern bezahlt, ist wahlberechtigt, sowie die Söhne von Freihaltern, auch wenn sie keine Steuern bezahlen; Massachusetts und New-Hampshire betonen ausdrücklich, daß alle Steuerpflichtigen gleiches Wahlrecht haben. Mit wenigen Ausnahmen also, wie z. B. bei den Carolinas, ist das Recht zu wählen sehr weit ausgedehnt; der Amerikaner kennt im Prinzip nicht den Unterschied zwischen Aktiv- und Passivbürgern, welchen die französische Constituante aufstellte. Die Unions-Verfassung hat keine besonderen Wahlbedingungen, sondern es gelten für die Wahl der Mitglieder des Kongresses und des Präsidenten die Gesetze der einzelnen Staaten für die Wahl zur General Assembly.

Als zweite Hauptidee bei der Aufzählung der bürgerlichen Rechte haben wir die Teilung der Gewalten bezeichnet. In den Bills vieler Staaten ist die Dreiteilung der Gewalten deutlich ausgesprochen, so in der Virginia-Bill Art. 5, Massachusetts Art. 30, New-Hampshire 1784 Art. 34, North-Carolina 1776 Art. 4. Zum Unterschiede von England, wo eigentlich nur von einer Zweiteilung der Gewalten die Rede sein kann, hat Virginia die Dreiteilung zum ersten Male für notwendig erklärt; Massachusetts hat sie am schärfsten formuliert (s. Art. 30). Diese Verfassung spricht ganz deutlich aus, einerseits, daß die drei Gewalten getrennt sein sollen, andererseits aber auch, daß es nur auf die

---

16. In der Pennsylvania-Charter von 1696 heißt es im 5. Art. mit deutlicher Anlehnung an die engl. Bill of Rights: '. . . All elections of the Representatives shall be free and voluntary.



Trennung bei der Ausübung der Gewalten, auf ihre zweckmäßige Abgrenzung gegen einander ankommt; in dieser Beziehung waren sie in allen einzelnen Staaten getrennt, E. v. Meier meint freilich (S. 100), daß die Dreiteilung nur in sehr beschränkter Weise zur Durchführung gekommen sei; nur die Legislative sei einigermaßen unabhängig; die richterliche Gewalt aber sei ganz abhängig. Dies scheint allerdings so, wenn man mehr Wert auf den Ursprung als auf die Ausübung des Amtes legen sollte.

Was zunächst die Exekutive betrifft, so ruht sie überall in den Händen eines Gouverneurs, welcher in einigen Staaten (New-York, New-Hampshire und Massachusetts) vom Volke gewählt wird, in den meisten aber von den beiden Kammern der gesetzgebenden Versammlung (Pennsylvania, Virginia, Carolina, Delaware, Georgia, Maryland), in Rhode-Island von der gesetzgebenden Versammlung. Er ist deshalb aber keineswegs abhängig von ihr, denn seine Tätigkeit liegt auf einem ganz anderen Gebiete, er ist vorzugsweise Kommandant der Miliz und der inneren Polizei, in einigen Staaten ernennt er auch die Beamten mit Einschluß der richterlichen, doch nicht ohne Zustimmung eines Rates, der ihm zur Seite gestellt ist. Da dieser Rat meistens aus dem gesetzgebenden Körper gewählt ist, so hat Legislative und Exekutive nahezu gleichen Einfluß auf die Bestimmung der richterlichen Beamten, z. B. in Pennsylvania und Massachusetts. In anderen Staaten wählt die Legislative die Beamten, wie in den beiden Carolina, der Gouverneur muß sie bestätigen. Hier ist also der Schwerpunkt auf die beiden Häuser gelegt. In New-York wählt der Senat indirekt die Beamten, indem er aus seinen Reihen einem Council die Befugnis überträgt. In der Unions-Verfassung ist die Befugnis geteilt, indem der Präsident die richterlichen Beamten der oberen Gerichtshöfe ernennt, doch hat der Senat ein Vetorecht, die Legislative die der niederen. Endlich gibt es auch einen Staat, in welchem die Beamten vom Volke

selbst gewählt werden: New-Jersey, und zwar auf bestimmte Zeit. Man kann wohl sagen, daß im allgemeinen die Legislative und die Exekutive einen gleichen Einfluß auf die richterliche Gewalt haben, und daß diese deshalb von beiden gleich unabhängig wird.

Um noch einige Worte, über die gesetzgebende Gewalt zu sagen, so spielt bei ihr die Idee des Zweikammersystems eine große Rolle. Der eifrigste Verfechter dieses Prinzips par John Adams, der heftigste Gegner Franklin; so erkennen wir denn Pennsylvania, dessen Verfassung unter dem Einfluß Franklins erstand und nach seinem Muster Georgia als die beiden einzigen Staaten, in denen es nur ein gesetzgebendes Haus gibt. Pennsylvania hatte freilich schon in der Verfassung von 1701 nur eine Kammer. Alle anderen haben Senat und Abgeordnetenhaus, freilich auch wieder mit Unterschieden. Während fast überall die beiden Kammern getrennt vom Volke gewählt werden, sehen wir in Süd-Carolina, daß die allgemeine Versammlung ein Legislative Council aus sich heraus wählt. Senat und Abgeordnetenhaus haben beide ein Veto gegen einander, es beruht also der Gedanke des Zweikammersystems auf der Absicht, ein Gleichgewicht innerhalb der Legislative herzustellen, ebenso wie die Dreiteilung der Gewalten nur vorgenommen ist, um Balance im ganzen Staate zu erzielen.

Ein Ueberblick über die Elemente der amerikanischen Staatsverfassungen wird davon überzeugen, daß es dieselben sind, welche wir schon bei Otis gefunden haben. Nur die Lehre vom sozialen Verträge erfährt in der Entwicklung bis zu der vollkommensten Verfassung, der von Massachusetts, eine Vertiefung, desgleichen die der Teilung der Gewalten; wir werden noch zu zeigen haben, daß der Jünger des Otis, John Adams, am ersten in Amerika für eine streng durchgeführte Trennung der drei Gewalten eingetreten ist.

## E. Der gemeinsame Ursprung.

### 1. Die englische Verfassung.

Zunächst stehen wir vor der Aufgabe, die verschiedenen Quellen der Ideen der amerikanischen Revolution aufzusuchen, zu prüfen, und sie in ihrem Laufe zu verfolgen bis zur Vereinigung zu einem breit dahinfließenden Strome, die sich schon in Otis vollzogen hat, und weiter bis zur Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776.

Wenn wir die Quellen ins Auge fassen, welche diesen Strom unmittelbar gespeist haben, so finden wir, daß sie zum Teile aus der englischen Verfassung herausfließen: In dieser ist die Teilung der Gewalten sowie das Repräsentationssystem bis zu einem gewissen Grade durchgeführt. Es gibt in der englischen Bill of Rights, um es kurz zu rekapitulieren, folgende Bürgerrechte: Die Sicherheit der Person, das Petitionsrecht, das des Waffentragens, der freien Wahlhandlung, sowie der Freiheit der Rede im Parlament. Sie schützt den Bürger vor einem stehenden Heere, vor Ausnahmegerichten, vor Suspendierung der Gesetze, vor grausamen Strafen. Diese Rechte finden wir zum Teile wörtlich in den amerikanischen Verfassungen wieder, Jellinek hat die Uebereinstimmungen ziemlich erschöpfend angegeben.

Von besonderem Einflusse waren die beiden englischen Revolutionen, zumal die erste. Die Lehren dieser Zeit sind es, welche in Amerika in inniger Wechselwirkung tief eingedrungen sind, ihre Schriftsteller werden von den Amerikanern immer und immer wieder zitiert. Otis und Adams berufen sich mit Vorliebe auf Harrington, Milton gilt als einer der besten republikanischen Schriftsteller. Der Märtyrer der zweiten Revolution, Sidney, erscheint ihnen wie eine Art Nationalheros, Locke als unumstößliche Autorität, Blackstone wird mit seinen Commentaries on the laws and constitutions of England der klassische Darsteller der englischen Verfassung.

Die freiheitlichen Parteien der ersten englischen Revolution lassen sich in diejenigen, welche einen besseren Zustand mehr oder weniger aus den alten Verhältnissen ableiten, und solche, welche als radikale Demokraten einen ganz neuen Stand schaffen sollten, einteilen. Unter jene kann man Harrington und Milton, unter diese die Leveller mit ihrem Führer John Lilburne zählen. Das wichtigste konstitutionelle Dokument der Zeit ist das Agreement of the people vom 15. Januar 1648 (Gardiner S. 270 Nr. 71), welches vom Heere dem Parlamente zur Volksabstimmung vorgelegt wurde. Sein Verfasser ist in erster Linie Lilburne. Während alle früheren konstitutionellen Kämpfe in England sich vorzugsweise um die Besteuerungsfrage gedreht haben, treten hier ganz neue Grundsätze auf. Das Agreement geht freilich nicht vom Naturrecht aus, und knüpft insofern an die englischen Gewohnheiten an, als es common right, freedom and safety schützen will. Doch wird der Staat nach ihm in ganz neuer Weise als eine Uebereinkunft des gesamten Volkes, welches souverän ist und seine Beamten nur ins höchste Vertrauen (supreme trust) einsetzt, dargestellt, ganz ähnlich wie in den amerikanischen Bills. Die Regierung hat für die Erhaltung und Leitung des Ganzen zu sorgen und alle bürgerlichen Geschäfte zu erledigen, mit Ausnahme der geistigen und kirchlichen Angelegenheiten. Gewissensfreiheit scheint also gewährleistet zu werden, doch Art. 9 belehrt uns, daß sie sich nur auf Angehörige der christlichen Religion beziehe; alle, welche an Jesus Christus glauben „sollen in der Bekenntnis ihres Glaubens und der Ausübung ihrer Religion nach ihrem Gewissen geschützt werden.“ Dieser Entwurf ist sehr wichtig, weil er zum ersten Mal die Vertragslehre, Volkssouveränität und den Toleranzgedanken enthält, ferner dem Parlamente gewisse Machtbefugnisse entzieht. Auf Amerika paßt die Uebereinkunft des Volkes insofern nicht, als sie nur ein Abgeordneten-

haus vorsieht, zu welchem nur Grundbesitzer und freie, d. h. nicht dienende Bürger wählen dürfen<sup>17</sup>.

## 2. James Harrington.

Die Forderungen des Agreement standen der Lehre Harringtons, welcher dem Cromwell sein Werk „Oceana“ widmete, gegenüber. Harringtons Einfluß auf die amerikanische Revolution ist unmittelbar nachzuweisen. Otis nennt ihn den großen und unvergleichlichen Harrington. Der letztere Ausdruck ist in gewissem Sinne berechtigt, da Harrington in ganz eigener Weise alles aus den Gesetzen der Natur abzuleiten versucht. Die beiden Hauptgesetze der Natur sind Gleichgewicht und Rotation. Einerseits ist in der Welt alles im Gleichgewichte, also muß es auch in einem Staate erreicht werden, und er gelangt so zu seiner interessanten Begründung des Zweikammersystems aus den Naturgesetzen heraus. Bis dahin hatte man die Zweiteilung der Legislative als eine zufällige, wenn auch heilsame Bildung angesehen, wie es sogar Allen Smith in seinem Werke „The Spirit of American Government“ (1907) wieder tut<sup>18</sup>.

---

17. Der Entwurf dürfte weder Cromwell noch dem Leveller Lilburne selbst recht gefallen haben. Lilburne wollte allgemeines Wahlrecht, allgemeine Religionsfreiheit und einjährige Parlamente; vgl. White Locke: *Memorials of the English Affairs*, London 1682. In seinem Pamphlet: „Englands neue Ketten“ greift er Cromwell heftig an, dessen Council of State er für die Demokratie gefährlich hielt, besonders aber war er ein Feind der Parlamentssouveränität. Die Partei der Leveller, von der wir schon an einer anderen Stelle gesprochen haben, war die erste politische Partei, die sich auf den Boden des Naturrechtes stellte, ihre religiösen Grundsätze, welche in der Forderung: Trennung von Staat und Kirche gipfelten, leiteten sie aus den politischen ab. In einer der Streitschriften Lilburnes: „Das Lamm im Kampfe mit dem Löwen“ heißt es: *the law of God, the law of nature and the fundamental laws of our native country . . .* Ueber die Grundsätze der Leveller orientiert sehr gut *The Harleian Miscellany* IV S. 515.

18. Gneist hat in seiner englischen Verfassungsgeschichte die

Der ersten Kammer schreibt Harrington eine besondere Wichtigkeit zu, der Senat sei das Gegengewicht gegen die Unbeständigkeit des Volkes, er vertrete die Nobility des Landes, worunter er die Männer, welche durch Bildung, Tugend und Reichtum hervorragten, versteht; er sei eine ganz besondere Bürgschaft für die Beständigkeit; seine Meinung hierüber gipfelt in dem auch von Otis zitierten Satze: *Empire follows the balance of property*. Das weist direkt auf die amerikanischen Staaten hin, welche mit solcher Aengstlichkeit an dem Begriffe eines Oberhauses festhielten, und als dessen eifriger Verteidiger John Adams immer wieder auf Harrington hinweist. Sein zweites Grundgesetz ist das der Rotation: Gesetzgebung und Magistrat müssen sich schichtweise alle drei Jahre erneuern, damit alles in ewigem Flusse bleibe; in ähnlicher Weise haben später Delaware und New-York eine schichtweise Erneuerung des Senats durchgeführt.

Bei Harrington finden wir ferner den Gedanken der Volkssouveränität, der Vertragslehre, der Teilung der Gewalten und der Gewissensfreiheit. In seiner „*Oceana*“ (1656) spricht er unumwunden aus, daß das Volk souverän sei und alles sich auf das Volk beziehe; in seiner demütigen Petition an das Parlament des Freistaates von England aus dem Jahre 1659 lautet sein erster Grundsatz, daß das Parlament oder die höchste Autorität von England von dem freien Volke gewählt sein soll, um es mit der größtmöglichen Gleichheit zu vertreten. Das Volk hat auch seine Einwilligung zu den Grundgesetzen und zwar durch ausdrücklichen Vertrag zu geben.

Harrington gibt auch die Parole aus: Gewissensfreiheit. Aber sie bedeutet bei ihm nicht die Ungebundenheit der

---

Notwendigkeit der Zweiteilung aus der englischen Verwaltung heraus nachgewiesen, welche darin lag, daß das Oberhaus ein verfassungsmäßiges Glied der Reichsverwaltung war, das Unterhaus hingegen am Anfange nur zur Beratung der Staatsgeschäfte berufen und bei den Beschlüssen des *Magnum Consilium* ausgeschaltet wurde.

Independenten, ja, nicht einmal Toleranz der einzelnen Sekten im Sinne des Agreement, sondern sie bezieht sich nur auf den Staat; er will eine allgemeine nationale Gewissensfreiheit, und seine Ausführung gipfelt in den Worten, daß ein Freistaat nichts anderes ist als das nationale Gewissen. Eine christliche Staatsreligion, eine Nationalkirche ist sein Ziel, nur christlicher Gottesdienst ist erlaubt und nur Christen können Staatsämter bekleiden. Das erinnert sehr an verschiedene amerikanischen Zustände, man vergleiche den 38. Artikel der South-Carolina-Constitution von 1778. Das Council of Religion, welches Harrington in seiner Oceana einführt, damit es für die Aufrechterhaltung der Religionsfreiheit Sorge, ist nur eine Farce, es soll darauf achten, daß die Lehrer der Nationalkirche keine staatlichen Stellen bekleiden, um keinen Druck auf Andersgläubige ausüben zu können. Harrington tritt mit scharfen Worten dafür ein, daß die Priester niemals die Zügel der Regierung führen dürfen, sie erniedrigen dadurch die Religion zu einer Partei.

### 3. John Milton.

Im Ziele mit Harrington einig, marschierte Milton auf einem ganz anderen Wege, so daß es nicht wundernehmen kann, wenn die Freunde des Harrington den Sekretär des Staatsrates in ihrem politischen Klub „The Rota“ verspotteten. Es haben bei Milton besonders folgende acht Punkte eine auffällende Aehnlichkeit mit den Ideen von 1776.

Erstens: Die Begründung durch das Naturrecht. In seiner Schrift „A Ready and Easy Way to establish a Free Commonwealth“ sagt er darüber: „Das Parlament weiß, daß das englische Volk ein freies Volk ist, und es selbst der Vertreter dieser Freiheit.“ Das Parlament hielt sich „deshalb nicht durch irgend ein Gesetz eines früheren Parlamentes gebunden, sondern nur durch das Gesetz der Natur, welches das einzige Gesetz der Gesetze ist und wahrhaft und eigent-



lich der ganzen Menschheit wesentlich ist (to all mankind fundamental), der Anfang und das Ende jedes Staates, zu welchem jedes Parlament oder jedes Volk, welches von Grund aus verbessern will, seine Zuflucht nehmen wird und muß.“ Ferner an derselben Stelle: „Sie (das Parlament) hielten sich nicht durch das Licht der Natur oder der Religion an einen früheren Vertrag gebunden, von dem der König sich selbst und seine Nachkommenschaft mehr und mehr befreit hatte.“ Das ist einfach die Sprache der Unabhängigkeitserklärung, welche besagt, daß Verträge, welche gegen das Naturrecht verstoßen oder verletzt werden, ungültig sind.

Zweitens: Die Idee der Volkssouveränität; das Parlament ist nur die oberste Ratsversammlung der völlig freien Bevölkerung, die Repräsentanten sind also wahre Bevollmächtigte ihrer Wähler zum Unterschiede von Montesquieu, bei dem sie Vertreter der ganzen Nation ohne Instruktionen sind<sup>19</sup>.

Drittens: Die Vertragsidee tritt bei Milton auf, und zwar hat er den Gedanken eines Regierungsvertrages schon abgestreift; in seiner Verteidigung des englischen Volkes gegen Salmasius sagt er, daß die Macht einem Könige nur vom Volke übertragen sei, das Volk kann sie ihm auch wieder entziehen, denn „Verträge werden stets nach dem jeweiligen Zustande der Personen und Menschen geschlossen und enthalten immer, wenn auch nicht ausdrücklich, die allgemeineren Gesetze der Natur und Vernunft in sich.“ Wir haben schon gesehen, daß auch Jefferson jeder Konstitution nur eine Gegenwartsberechtigung zuschrieb.

Viertens: Aus den vorher erwähnten Rechten resultiert das des Widerstandes. „Die Erlaubnis und die Macht der Selbstverteidigung und Erhaltung ruht ursprünglich und

---

19. Im Sinne Miltons verfahren die Pennsylvania-Bill, Art. 16, die Massachusetts-Bill, Art. 19.

natürlich in jedem Einzelnen.“ Aber nicht dem Willen des Einzelnen ist die letzte Entscheidung zu lassen, sondern dem Gesetze und der Vernunft, welche soviel wie möglich von persönlichen Fehlern und Gebrechen befreit sind. Diese Gedanken sehen wir in einiger Weiterbildung in der Massachusetts-Bill Art. 17 wieder, wo dem Einzelnen gar kein Recht der Selbstverteidigung gewährleistet wird, sondern diese nur für die Gesamtheit als Mittel gelten darf, während in der Pennsylvania-Bill 1776 noch ein Selbstverteidigungsrecht des Einzelnen existiert.

Fünftens: Lesen wir bei Milton, daß alle Menschen von Natur frei geboren sind; freilich ist diese Freiheit bei ihm noch eine englische Freiheit, er nennt sie „eine verdiente Freiheit und proportionierte Gleichheit, sowohl menschlich wie bürgerlich und christlich“ (a due liberty and proportioned equality, both human, civil and Christian). Wie wir gesehen haben, ist man in den amerikanischen Verfassungen teilweise über diese Forderung der Gleichheit nicht hinausgekommen, wenn man es nicht vorgezogen hat, sie gar nicht zu erheben.

Sechstens: Die Freiheit zerfällt nach Milton in geistige und bürgerliche Freiheit (spiritual and civil), Otis drückt sie als rights of subjects and of men aus, auch bei Milton tritt diese Freiheit als Recht auf. Sehr wichtig erscheint seine Definition der bürgerlichen Freiheit, sie besteht „in den bürgerlichen Rechten und Beförderungen jedes Einzelnen nach seinem Verdienste“ (in the civil rights and advancements of every person according to his merit, vergl. Virginia-Bill Art. 4, North-Carolina Art. 3, Massachusetts Art. 6; Pennsylv. 1776 Art. 5 kennt die Belohnung für öffentliche Dienste überhaupt nicht. Die amerikanischen Gesetzgeber brauchen teilweise dieselben Worte wie Milton).

Siebentens: Die geistige Freiheit äußert sich besonders in der Religion, welche Milton den besten Teil unserer Freiheit nennt. Ganz aus dem Sinne seiner revolu-

tionären Zeit und vor allem seiner Ueberzeugung als Independent heraus, sagt er, daß Freiheit immer in Verbindung mit der Religion auftritt, ebenso wie Aberglaube, d. i. Unfreiheit in Religion, und Tyrannei zusammen gehören<sup>20</sup>. In seiner Verteidigung des englischen Volkes rechnet er dem Könige als eines seiner Hauptverbrechen den Angriff auf die Religionsfreiheit an und schließt mit den emphatischen Worten an seine Mitbürger: Gott befreite euch glorreich unter allen Völkern zuerst von den beiden Uebeln, welche im Leben der Menschheit wahrlich die größten und der Tugend am verderblichsten sind, von der Despotie und dem Aberglauben! Das klingt stark an die Aeußerungen des Otis über die absolute Monarchie an, in der sich stets Königskaste und Priesterkaste zur Unterdrückung der Menschen vereinigten.

Miltons Verdienste um den anderen Teil der geistlichen Freiheit, die Presse, sind hinlänglich bekannt; sie offenbaren sich sichtlich in seiner Schrift über die Freiheit der Presse „Areopagitica“ von 1644, welche in Frankreich noch von Mirabeau als Waffe gegen die Unterdrückung des freien Wortes zitiert wurde und deren Wirkung in Amerika in den Paragraphen über Pressefreiheit und in der bekannten Aeußerung Jeffersons über den Wert der Zeitungen nicht zu verkennen sein dürfte.

Achtens: Der große Engländer tritt für eine allgemeine Erziehung des Volkes ein, damit es fähig zum Wählen werde, die Gewählten fähiger zum Regieren, man solle die alte, verderbte, und falsche Erziehungsmethode über Bord

---

20. Milton war genau wie die ersten Ansiedler in Amerika in der Theorie von dieser Wahrheit überzeugt. Praktisch hat er ebensowenig die Konsequenzen gezogen wie die Kolonisten; in seiner Schrift von der weltlichen Macht in kirchlichen Angelegenheiten (1659) verlangt er für alle Gewissensfreiheit, nur nicht für die Katholiken, weil sie selbst intolerant seien. in der Tat aber, weil er sie als politische Partei bekämpfte.

werfen und lehren, „daß Glaube nicht ohne Tugend, Mäßigkeit, Bescheidenheit, Nüchternheit, Sparsamkeit und Gerechtigkeit; daß man weder Reichtum noch Ehre bewundern soll.“ „Daß jeder sein persönliches Wohlergehen und Glück im öffentlichen Frieden, Freiheit und Sicherheit suchen soll“ (faith not without virtue, temperance, modesty, sobriety, parsimonia, justice; not to admire wealth or honor,“ „to place every one his private welfare and happiness in the public peace, liberty, and safety“. A free commonwealth). Man vergleiche hiermit die Verfassung von Massachusetts, besonders den 18. Artikel der Bill: „Eine beständige Anhänglichkeit an die Grundsätze der Frömmigkeit, Gerechtigkeit, Bescheidenheit, Mäßigkeit, Fleiß und Sparsamkeit ist unbedingt notwendig, um die Vorteile der Freiheit zu bewahren und einen freien Staat zu erhalten“ („ . . a constant adherence to those (principles) of piety, justice, moderation, temperance, industry and frugality are absolutely necessary to preserve the advantages of liberty and to maintain a free government“). Es muß auffallen, daß von den sechs Tugenden der Bürger fünf dieselben sind; ferner scheint eine Beeinflussung des Gesetzgebers durch Milton nicht ausgeschlossen, wenn man die Stelle *frame of government* Chap. 5, Sect. 2 ins Auge faßt, in welcher die Bildung als das Mittel zur Erhaltung der Rechte und Freiheiten bezeichnet wird: „Weisheit, Wissen und Tugend, allgemein unter dem Volke verbreitet, sind nötig zur Erhaltung der Rechte und Freiheiten“ („Wisdom and Knowledge, as well as virtue, diffused generally among the body of the people, being necessary for the preservation of their rights and liberties“). Neben wörtlichen Anklängen liegt hier derselbe Gedankengang vor<sup>21</sup>. In derselben Linie bewegt sich auch

---

21. Wir haben uns daran zu erinnern, daß Adams selbst den Einfluß Miltons auf seine Anschauungen zugibt.

die Schrift des Jefferson: „Bill for the more general Diffusion of Knowledge“ (1779). Aehnliche Bürgertugenden stellten Virginia (Bill Art. 15) und Pennsylvania (Bill Art. 14) auf. Montesquieu hatte 1748 die Tugend als das Grundprinzip einer Demokratie und die Mäßigkeit als die erste Bürgerpflicht bezeichnet, desgleichen Rousseau 1762. Seltsamerweise finden wir bei Otis keine direkten Aeüßerungen über den Wert der Erziehung des Volkes, wenn wir nicht seine hohe Wertschätzung der allgemeinen Verbreitung des Naturrechtes und nicht zum wenigsten seine eigene Bildung als Beweise dafür gelten lassen wollen, daß er sie hoch schätzte.

Der direkte Einfluß Miltons auf die Idee der amerikanischen Revolution ist ein so auffallender, daß es wundernehmen muß, ihn bis jetzt nirgends besonders betont zu sehen, selbst Alfred Stern geht in seinem umfangreichen Werke über Milton mit keinem Worte darauf ein.

#### 4. Algernon Sidney und John Locke.

Den Uebergang von der ersten zur zweiten englischen Revolution stellt Alg. Sidney dar. Er verdankt seinen Ruhm wohl mehr seinem tragischen Tode auf dem Schafott als seiner politischen Bedeutung. Er war ein eifriger Anhänger der englischen Verfassung und ihres monarchischen Prinzipes, weigerte sich daher auch das Urteil über Karl I. zu unterzeichnen, trotzdem er in die Schar seiner Richter gewählt worden war; er schrieb eine Entgegnung gegen Filmers „Patriarcha“ und hinterließ „Discourses on Government“.

Der eigentliche politische Schriftsteller der zweiten englischen Revolution ist Locke. Wir müssen auf eine Darstellung seiner für den ganzen modernen Konstitutionalismus so wichtigen Lehre verzichten und können nur dartun, wie er auf Amerika wirkte, und wie der spätere Montesquieu von ihm beeinflußt wurde.

Es läßt sich gewiß nicht, wie schon angedeutet, in vollem Umfange aufrechterhalten, wenn Jellinek sagt, Locke knüpfe an die altenglischen Anschauungen an, er schreibe den Menschen im Staate keine festbegrenzten Grundrechte zu, sondern lege der gesetzgebenden Gewalt absolute Schranken auf, welche nichts anderes seien als die wichtigsten Sätze der Bill of Rights, welche ein Jahr vor Erscheinen der beiden Abhandlungen über Regierung zustande kam. Nun hat aber Milton bereits ganz klar und deutlich das Recht des Einzelnen ausgesprochen, und Locke folgt ihm hierin, indem er allen Menschen Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit zuschreibt. Besonders tritt die Idee des subjektiven Rechtes in seiner Vertragslehre hervor. Der Staatsvertrag hat nur Gültigkeit, wenn jeder Einzelne ihm zustimmt („And thus every man, by consenting with others to make one body politic under one government, puts himself under an obligation to everyone of that society to submit to the determination of the majority“)<sup>22</sup>. Dem Einzelnen steht es frei, diesem Vertrage zuzustimmen oder nicht, das ist sein Recht auf Freiheit. Stimmt er dem Vertrage zu, so entäußert er sich damit durchaus nicht aller Rechte an die Majorität, sondern nur seiner eigenen Gesetzgebung und seiner eigenen Exekutive. Da im Staate aber alles auf Frieden, Sicherheit und auf das öffentliche Wohl des Volkes abzielt, so sind natürlich auch der Majorität gewisse Schranken auferlegt. Die Beschränkungen der im Parlamente vertretenen Majorität beziehen sich auf 4 Punkte: 1. Sie kann nicht über Leben und Schicksal der Einzelnen verfügen; 2. sie kann nicht von irgend einem Menschen irgend einen Teil seines Eigentums ohne seine eigene Einwilligung nehmen; 3. sie darf nicht durch willkürliche Dekrete

---

22. Vergleiche hiermit die Einleitung zu der Massachusetts-Konstitution von 1780, desgl. Frame, Kap. VI Art. 10. Das Majoritätsprinzip ist auch in der Virginia-Bill Sekt. 3 ausdrücklich ausgesprochen worden.

herrschen, sondern nur durch stehende Gesetze und durch gelehrte autorisierte Richter, welche das Gesetz frei auszulegen haben; 4. sie darf die Macht der Legislative nicht in andere Hände übertragen, da sie nur vom Volke eingesetzt ist. Es sei hier eingeschaltet, daß diese vier Punkte genau mit denen, welche Otis aufstellt, übereinstimmen, und wir stehen hier vor der interessanten Tatsache, daß der eifrigste Verteidiger der amerikanischen Rechte seine Thesen in die Worte Lockes kleidet.

Die Vertragslehre nimmt bei Locke eine besonders subjektive Färbung an, weil er den Sohn für genau so frei wie den Vater in der Wahl des Staates, dem er sich anzuschließen gedenkt, erklärt; keiner ist einem Staate ohne weiteres naturally subject, denn keiner kann durch irgend einen Vertrag seine Kinder oder seine Nachkommenschaft binden (vergl. Virginia-Bill I)<sup>23</sup>.

Außer der Begründung durch das Naturrecht und der Vertragslehre finden wir bei Locke sämtliche Punkte, die wir schon bei Milton dargestellt haben. Die Volkssouveränität (§ 149) und mit ihr eng verknüpft die Idee, daß die Regierung nur eine Beauftragte des Volkes ist (all power given with trust, § 149), besonders wird das bei der Legislative bekräftigt (§ 141). Es geht aus diesen Stellen hervor, daß Locke nicht geneigt ist, einen Regierungsvertrag anzuerkennen, Locke sagt nur, daß man die Auflösung der Regierung nicht mit der der Gesellschaft verwechseln dürfe (§ 211). Wenn diese aufgelöst wird, kann jene weiter bestehen, zu ihrer Auflösung bedarf es eines besonderen Beschlusses; dort gilt es nur eine Bestallung aufzuheben, hier einen Vertrag rückgängig zu machen. Bei Otis fallen diese beiden Momente zusammen, und es bedarf nach jeder Auf-

---

23. Gierke meint im „Althusius“, daß jeder Neuhinzutretende dies durch stillschweigenden Vertrag tue; aus § 116 aber geht hervor, daß Locke hierfür expreß Promise and Compact für nötig hält.



lösung der Regierung eines neuen Gesellschaftsvertrages. Doch liegt hierin kein grundsätzlicher Unterschied, denn eine Gesellschaft ohne Regierungsform ist in der Tat überhaupt keine mehr.

Wir haben ferner bei Locke wie bei Milton das Recht des Widerstandes, welches eben in dem Rechte der Auflösung einer mißliebigen Regierungsform besteht. Locke spricht in scharfen Worten von den Tyrannen. und er gab das Losungswort von dem Appell an den Himmel aus, welches in Amerika eine so große Rolle spielte und von Sam. Adams in der berühmten Nummer der Boston Gazette vom 19. Oktober 1767 zitiert wurde.

Den Unterschied zwischen natürlichen und bürgerlichen Rechten faßt Locke nicht so scharf wie Milton oder nach ihm Otis. Doch hat er in seinen Briefen über die Toleranz eine weitgehende geistige Freiheit propagiert, die freilich ganz ungerechtfertigt Papisten und Atheisten vor-enthalten wird. Mit Milton spricht Locke auch die hohe Bedeutung der Erziehung aus.

Darüber hinaus ist bei Locke noch besonders zu beachten, daß er sich sehr eingehend über den Zweck der Gesellschaft ausspricht. Wie schon erwähnt, liegt er in der Erhaltung dessen, was er property nennt. Milton hatte sich viel allgemeiner ausgedrückt, wenn er von öffentlichem Frieden, Freiheit und Sicherheit sprach, allein wenn wir den Begriff property bei Locke analysieren, so kommen wir ungefähr zu demselben Resultat: property ist die Summe von life, liberty und estate (§ 123). Freilich ist diese Definition nicht überall durchgeführt, aber doch die maßgebende. Alle Rechte des Menschen und alles, was ihm wertvoll ist, wird in diese drei Worte gefaßt, und wenn wir näher hinsehen, bilden sie auch die Quintessenz der in Amerika aufgestellten Menschenrechte (s. Massachusetts-Bill). In der Einleitung dieser Bill sagt der Gesetzgeber, daß die Regierung zum Schutze der natürlichen Rechte eingesetzt sei, aus Art. 1

sehen wir dann, daß diese natürlichen Rechte in life, liberty, property (estates) bestehen. Ihr Besitz macht die Sicherheit und Glückseligkeit der Menschen aus, d. i. aber wieder dasselbe, als wenn Locke an anderer Stelle sagt, daß der Hauptzweck der Regierung auf Frieden, Sicherheit und öffentliches Wohl gerichtet sein muß. Im zwölften Artikel der Massachusetts-Bill kommt wörtlich der Ausdruck: life, liberty or estate vor; der Eid für das Provinzialheer von Massachusetts vom 8. Mai 1775 lautete auch bezeichnenderweise auf die Verteidigung von estates, lifes and liberties of the good people.

Das Besitztum eines Menschen wird nach Locke bestimmt durch die Arbeit seines Körpers und durch das Werk seiner Hände (the labour of his body and the work of his hands). Hieran scheint die schon zitierte Stelle der North-Carolina-Bill von 1868 anzuknüpfen, wenn sie betont, daß nur der Genuß der Früchte der eigenen Arbeit ein natürliches Recht sei.

Eine besondere Wichtigkeit nimmt bei Locke die Lehre von den Gewalten ein. Locke geht von einer Zweiteilung in der Ausübung der Regierungsfunktionen aus, er spricht freilich von der legislativen, exekutiven und föderativen Gewalt, allein die föderative darf nie von der ausübenden getrennt sein, so daß diese in die exekutive nach außen und nach innen zerfällt, in das, was wir heute der Hauptsache nach Regierungsgewalt und richterliche Gewalt nennen. Wir sehen Locke diese Lehre im engen Anschluß an die englische Verfassung aufstellen, nach welcher dem Könige auch die Justizverwaltung unterstand, wir haben ferner festzustellen, daß Otis diese Lehre nicht weiter ausgebildet hat, während Montesquieu, freilich im engen Anschlusse an Locke, für eine größere Selbständigkeit der richterlichen Gewalt eintritt. In dem berühmten 6. Kapitel des 11. Buches gibt er eine Darstellung ganz im Sinne Lockes, die drei Gewalten im Staate seien: la puissance législative, la puissance

exécutrice des choses qui dépendent des droits de gens, et la puissance exécutrice de celles qui dépendent du droit civile. Das ist geradezu die Legislative, Förderative und Exekutive Lockes. Montesquieu sagt ferner von der letzteren, daß von den drei Gewalten die richterliche gewissermaßen gar keine sei (*est en quelque façon nulle*), allein man ersieht aus der weiteren Darstellung, daß es ihm hauptsächlich um die Freiheit eben dieser Gewalt zu tun ist, wenn es auch nicht klar wird, wie der Verfasser sich die Zusammensetzung und Unabhängigkeit der Gerichte denkt. Die Aeüßerung, daß die Richter dem Volke entnommen werden sollen (*tiré du corps du peuple*), kann in verschiedenem Sinne aufgefaßt werden. A. Wahl meint in seiner Vorgeschichte, daß Montesquieu als Präsident des Parlamentes von Bordeaux stets die Parlamente vor Augen habe, die sich als Vertreter des Volkes fühlten, auch die Einteilung der Staaten in Republiken, Monarchien und Despotien stamme aus der Theorie der französischen Parlamente.

Die Zwei-Häuser-Theorie findet bei Locke keinerlei Weiterbildung über den Rahmen des englischen Parlamentes und über Harrington hinaus.

Der Einfluß Lockes in Amerika ist, wie wir aus den vielen Berufungen auf ihn ersehen haben, ein maßgebender gewesen. E. v. Meier ist geneigt das gelten zu lassen, allein er bezeichnet die Behauptung, daß sich ganze Sätze von Locke in den einzelnen Erklärungen fänden, für übertrieben. Ein Blick in die Declaration of Independence widerlegt diese Meinung:

*Locke § 223.*  
People are not so easily go out of their old forms, as some are apt to suggest. They are hardly to be prevailed with to amend the

*§ 225.*  
Great mistakes in the ruling part, many wrong and inconvenient laws, and all the Slips of human frailty will be borne by the people

*Decl. of Indep.*  
Prudence, indeed, will dictate, that governments long established should not be changed for light and transcient causes; and accor,

acknowledged Faults in the <i>Frame they have</i> <i>been accustomed to.</i>	without mutiny or murmur.	dingly, all experience has shown, that man- kind are more disposed to suffer, while evils are sufferable, than to right themselves by abolishing the forms to which they are accu- stomed.
	weiterhin: <i>But if a long train of</i> <i>abuses, prevarications,</i> <i>and artifices, all ten-</i> <i>ding the same way, make</i> <i>the design visible to the</i> <i>people and they . . .</i> <i>see, wither they are</i> <i>going, 'tis not to be</i> <i>wondered that they</i> <i>endeavour to put the</i> <i>rule into such hands,</i> <i>which may secure to</i> <i>them the ends for which</i> <i>government was at first</i> <i>erected.</i>	<i>But when a long train</i> <i>of abuses and usurpa-</i> <i>tions, pursuing invari-</i> <i>ably the same object,</i> <i>evinces a design to re-</i> <i>duce them under abso-</i> <i>lut despotism, it is their</i> <i>right . . . to throw</i> <i>off such government</i> <i>and to provide new</i> <i>guards for their future</i> <i>security.</i>

Die Aehnlichkeit der ersten Sätze (Spalte 1—3), teils dem Sinne, teils dem Schlußworte nach, ferner die gleiche Anknüpfung des zweiten Satzes (Spalte 2 u. 3) und die zum größten Teil wörtliche Uebereinstimmung lassen es unmöglich erscheinen, daß dem Verfasser des amerikanischen Dokumentes Locke nicht Vorbild gewesen ist.

## 5. Montesquieu.

Montesquieu, welcher seinen Geist der Gesetze ein halbes Jahrhundert nach Locke verfaßte, wird von den Amerikanern freilich mit Vorliebe als eine Autorität zitiert, doch erstreckt sich sein Einfluß auf Amerika wohl nur auf die Punkte, welche er mit seinen englischen Vorgängern gemein hat. Es sind dies: 1. seine Schilderung der Demokratie; 2. seine Lehre von der Unveräußerlichkeit gewisser

Rechte; 3. von den drei Gewalten; 4. des Zweikammersystems; 5. des Toleranzgedankens. Bei der Analyse dieser Begriffe ist große Vorsicht anzuwenden. Zum ersten Punkte ist zu bemerken, daß Montesquieu die Demokratie nicht aus dem Naturrecht begründet, sondern aus dem menschlichen Gesetze. Im 15. Kapitel des 26. Buches sagt er wörtlich, daß die Menschen erst durch die Staatsgesetze (*loix politiques*) frei werden, daß sie erst durch die bürgerlichen Gesetze (*loix civiles*) Eigentum besitzen. Freiheit und Eigentum treten hier also nicht als natürliche Rechte auf. Die Gleichheit, welche in der Demokratie auch eine gewisse Rolle zu spielen hat, existiert schon durch die Natur (Buch VIII Kap. 3), die Gesellschaft aber hebt sie auf, und die Menschen können erst wieder durch die Gesetze gleich werden. M. hält es für notwendig, überall vor der übertriebenen Gleichheit zu warnen, sie untergrabe die Demokratie. Als Folge dieses Gedankenganges finden wir im Geist der Gesetze die Forderung eines Adelshauses, eines Senates auf Lebenszeit, welcher ein retardierendes Moment wie in der englischen Verfassung darstellen soll<sup>24</sup>.

Zum zweiten Punkte, der Unveräußerlichkeit gewisser Rechte, ist zu bemerken, daß M. sie im Prinzip zugibt,

---

24. Montesquieu ist als eifriger Verfechter der korporativen Zwischenverbände bekannt. Macchiavell und Pufendorf sind im Gegensatz zu ihm Gegner des gemischten Staates gewesen. Jener betonte in seinem Diskurs über die geeigneten Mittel und Wege die Regierung von Florenz zu verbessern, daß nur solche Regierungen Dauer haben könnten, welche entweder wirkliche Fürstentümer oder wirkliche Freistaaten wären, alle immeditären Formen und Gewalten wären fehlerhaft. Pufendorf trat desgleichen für Unteilbarkeit der Souveränität auf, allein er verwandte diesen Begriff einseitig als Beweis für die absolute Monarchie. Obgleich ein Gegner des gemischten Staates, lehnte er doch den Gedanken der Föderation nicht ab, wenn es sich um Verbindung vollständig selbständiger Staaten handelt. In diesem Sinne wies er als Schüler des Grotius auf die Vereinigten Niederlande hin. Er berührt sich so in gewissem Sinne mit den politischen Absichten der demokratischen Partei in Amerika.

trotzdem aber für die Sklaverei der Neger, welche den Menschen so wenig ähnlich sähen, daß man sie nicht beklagen könnte, eintritt (Buch XV Kap. 5); Locke hat in seinen Aufsätzen über die bürgerliche Regierung die Sklaverei im Prinzip verworfen. Es ist nichts falscher als Locke nach seinem Verfassungsentwurf für Carolina von 1669 zu beurteilen, denn einerseits ist er zwanzig Jahre vor den reiferen politischen Abhandlungen verfaßt worden, andererseits ist er nur zum Teil sein eigenes Werk, in welchem er sich noch dazu gegebenen Verhältnissen anzupassen hatte.

Die Toleranzidee des Montesquieu mag nicht ohne Wirkung auf Amerika gewesen sein, er verlangt, daß es keine Strafgesetze in Beziehung auf die Religion geben solle, und zwar aus rein politischen Gründen, da jede unterdrückte Religion selbst wieder zur Untedrückung neigt und die begünstigte Religion als eine „Tyrannei“ angreift (Buch 25 Kap. 9). Montesquieu ist aber keineswegs ein Anhänger des konfessionslosen Staates, sondern er hält es für sehr gut, wenn ein Gesetz die Einführung von anderen Religionen neben der einmal eingeführten und sich im Staate bewährten Religion verbiete (Buch 25 Kap. 10), die Duldung gilt demnach nur für die einmal zugelassene Kirche.

Viele andere Umstände aber lassen seine Einwirkung auf amerikanische Verhältnisse doch sehr fragwürdig erscheinen. Erstens kennt M., wie aus seiner Auffassung der Demokratie hervorgeht, keinen Unterschied zwischen natürlichen und bürgerlichen Rechten. Es mag mit dem Zurückstellen der natürlichen und dem Betonen der gemeinsamen bürgerlichen Rechte zusammenhängen, daß nach M.'s Begriff vom Staate die Repräsentanten nicht die wahren Vertreter ihrer Wähler, sondern die der ganzen Nation sind. Bei Milton und Locke beauftragen die Wähler ihre Vertreter einfach mit der Wahrnehmung ihrer Interessen und geben ihnen Instruktionen mit<sup>25</sup>.

---

25. Montesquieu mag seine Anschauung aus der englischen Ver-

Zweitens: Einen besonderen Hinweis verdient auch der Umstand, daß M. ein Anhänger des Merkantil-Systems ist (20. Buch), welches man in Amerika in der Zeit vor 1776 als ein notwendiges Uebel ansah, dann aber heftig bekämpfte.

Drittens: der Einwand, welcher häufig gegen den Einfluß Rousseaus auf Amerika gemacht worden ist, daß nämlich seine Lehre nur auf einen kleinen Staat zutreffe, läßt sich auch gegen den Verfasser des Geistes der Gesetze erheben. Doch ist die Frage, ob die Lehre von der Demokratie sich auch auf einen großen Staat anwenden läßt, nicht von prinzipieller Bedeutung, Amerika ist ein unumstößlicher Beweis für die Möglichkeit.

## 6. Rousseau.

E. v. Meier benutzt besonders das eben angeführte Moment, um den Einfluß Rousseaus nicht nur auf die amerikanische, sondern auch auf die französische Revolution<sup>26</sup> unmöglich erscheinen zu lassen. Ueber Amerika sagt Meier wörtlich: „Ein Einfluß Rousseaus ist nicht nachweisbar, auch nicht wahrscheinlich; Jefferson hat während seiner Gesandtschaft in Paris (1783) erst von Rousseau Kenntnis erlangt<sup>27</sup>.“ Demgegenüber genügt es hervorzuheben, daß Otis den Contrat social schon zwei Jahre nach seinem Erscheinen kannte, ferner auf die bekannte Aeußerung Adams hinzu-

---

fassung abstrahiert haben. Dieselbe Auffassung finden wir in der französischen Konstitution von 1791, auch in die Verfassung des Deutschen Reiches ist sie übergegangen.

26. Ein Blick in die französischen Deklarationen zeugt vom Geiste Rousseaus, die Deklaration von 1793 hat wörtliche Anklänge, besonders Art. 25.

27. Diesen Gedanken spricht auch Hoetzsch aus. Er meint, Jefferson sei nicht von den französischen Theorien beeinflusst worden, er habe von französischen Schriftstellern nur Montesquieu gekannt, erst 1784 als Gesandter in Paris sei er mit dieser Welt in Berührung gekommen (S. 45).



weisen, daß die Massachusetts-Verfassung vom Geiste Rousseaus beeinflußt worden sei.

Man führt mit Vorliebe gegen Rousseau an: Er spreche 1. von der Veräußerung sämtlicher Rechte des Individuums an die Gesamtheit; 2. das Eigentum sei nach seiner Lehre überhaupt nicht geschützt; 3. Rousseau sei gegen Repräsentation und 4. gegen Gewaltenteilung; 5. gegen Toleranz<sup>28</sup>. Demgegenüber hat Boutmy darzutun versucht, daß Rousseau auch auf eine repräsentative Demokratie von Einfluß gewesen sein kann. Er sieht den Kern der Rousseauschen Lehre in den drei Punkten: Proklamierung der Gleichheit aller Bürger, Aufrechterhaltung der Gleichheit durch die Gesetze, Vermeidung sämtlicher Ausnahmegesetze. In der Tat liegt hierin wohl das Wesentliche des Gesellschaftsvertrages; ein Ueberblick über seine Grundzüge wird das beleuchten.

Erstens: Um die Lehre von dem Verzicht der Staatsbürger auf alle Rechte im richtigen Lichte erscheinen zu lassen, muß man die Darstellung des Gesellschaftsvertrages selbst mit in Betracht ziehen. Gierke sagt einmal (im Althusius) von Rousseau, daß er zuerst den Begriff der Staatspersönlichkeit aufgestellt habe, in dem Sinne, als der Staat für ihn nichts sei, als die Summe aller Persönlichkeiten, die sich in ihm zusammengetan haben. Milton und Locke haben im Prinzip diese Vorstellung vom Staate auch gehabt, nur daß sie die einfache Summe der Mitglieder durch die Einführung der proportionierten Gleichheit modifiziert haben. Nach Rousseau ist der Staat nur die einfache Summe der Bürger, souverän ist er nur, wenn er sich in Tätigkeit befindet, eine Macht nur im Vergleiche mit anderen Staaten. Wenn ein Staat durch Vertrag entsteht, so ist natürlich Einstimmigkeit aller Beteiligten erforderlich, zugleich aber ver-

---

28. Jellinek versteht nicht, wie ein Kenner des *Contrat Social* überhaupt von einem Einfluß Rousseaus auf die amerikanische und französische Revolution sprechen kann.

pflichtet der Einzelne sich, bei späteren Beschlüssen der Majorität zu gehorchen. Diese Verpflichtung ist für ihn kein Zwang, da das Eingehen des Vertrages die freiwilligste Handlung von der Welt ist. Wie sollte der Mensch sich bei dieser aber aller seiner Rechte entäußern können? Und in der Tat ist von einer Entäußerung der natürlichen Rechte bei Rousseau gar nicht die Rede. Das Aufgehen aller Rechte in die Gesamtheit findet *re vera* gar nicht statt, sondern Rousseau will nichts anderes sagen, als daß jeder alle seine Rechte unter den Schutz der Allgemeinheit stellt, sie im Bilde gewissermaßen von ihr empfängt, weil erst durch den Eintritt in die Gesellschaft ihre Sicherheit möglich wird, und die Gesellschaft nun für ihre Erhaltung aufzukommen hat<sup>29</sup>. Freiheit bedeutet nichts als Abhängigkeit von den Gesetzen der Gesellschaft. Die Gesetze zielen auf Freiheit und Gleichheit ab (2. Buch Kap. 11), auf Gleichheit, weil die Freiheit ohne sie nicht bestehen kann. Um die Gleichheit zu erzielen, ist es notwendig, daß der Einzelne gewisse Konzessionen an die Gesamtheit macht, aber er veräußert nur den Teil seiner Macht, welchen das Gemeinwesen nötig hat, und da jeder dasselbe tun muß, hat es für den Einzelnen nichts zu bedeuten. Auch in den amerikanischen Bills ist von der Veräußerung gewisser Rechte die Rede, besonders deutlich haben wir das in der Hampshire-Bill von 1784 (Art. 3) gesehen. Wenn Rousseau von einer Veräußerung (*aliénation*) aller Rechte der Menschen, welche ohne Vorbehalt geschehe, spricht, so ist diese Stelle nur

---

29. Da bei Rousseau Staat und Gesellschaft zusammenfallen, hätte eine Veräußerung der Rechte der Staatsbürger an den Staat praktisch nichts zu bedeuten und könnte niemals gefährlich werden; es hat sich also bei Rousseau schon die Emanzipation der Gesellschaft vom Staate vollzogen, während praktisch erst am Ende des 18. Jahrhunderts dieser Befreiungskampf begann. Man sieht hier den weiten Unterschied zwischen dem, was bei R. das Empfangen der Rechte aus den Händen der Gesellschaft bedeutet und was bei Montesquieu.

im Sinne des Vorhergehenden zu interpretieren, wie es hervorgeht einerseits aus dem 4. Kapitel des ersten Buches: „Renoncer à sa liberté c'est renoncer à sa qualité d'homme aux droits de l'humanité, mêmes à ses devoirs, . . . une telle renonciation est incompatible avec la nature de l'homme, et c'est ôter toute moralité à ses actions que d'ôter toute liberté à sa volonté. Enfin c'est une convention vaine et contradictoire de stipuler d'une part une autorité absolue, de l'autre une obéissance sans bornes.“ Andererseits aus dem 18. Kapitel des dritten Buches, aus welchem klar wird, daß es für das souveräne Volk im Sinne Rousseaus überhaupt kein bindendes Gesetz gibt, daß sogar der Gesellschaftsvertrag rückgängig gemacht werden kann. Für die Aufhebung des Gesellschaftsvertrages ist freilich wie für seine Begründung Einstimmigkeit aller Mitglieder erforderlich, Rousseau selbst aber erklärt mit den Worten des Grotius, daß es jedem Einzelnen frei stünde, das Land zu verlassen und dadurch seine natürliche Freiheit wie sein Vermögen zurückzunehmen (3. Buch Kap. 18). Eines sichereren Beweises dafür, daß die Individuen ihre natürlichen Rechte der Selbstbestimmung nicht verlieren, bedarf es nicht. Wahl faßt in seiner Vorgeschichte der französischen Revolution diese Stelle sogar so auf, daß Rousseau reiner Individualist sei und für die Aufgaben des Staates keinen Sinn habe. Andere Autoren, wie Hobbes und Pufendorf und in gewissem Sinne Grotius, nehmen freilich eine Veräußerung der Menschenrechte an, für sie ist der Vertrag auch nicht wieder rückgängig zu machen. Rousseau richtet deshalb eine scharfe Polemik gegen sie, von welcher Otis in seiner Schrift Notiz nimmt, und wirft ihnen vor, daß sie ein Recht mit bestehenden Tatsachen begründen.

Alle diese Momente verdienen entschieden festgehalten zu werden, wenn man den Einfluß Rousseaus auf die Demokratie Nord-Amerikas nachprüfen will. Die Verfassung von Massachusetts steht in ihrem Streben, den Staatsbürger mög-

lichst vom Gesetze abhängig machen zu wollen — und nur vom Gesetze — (Bill Art. 30), Rousseau nicht allzufern. Der Hauptgrundsatz der amerikanischen Demokratie, daß es im Grunde genommen überhaupt kein absolut gültiges Gesetz gibt, läßt sich desgleichen mit Rousseaus Worten sehr gut in Einklang bringen, daß man die Rechte seiner Kinder nicht veräußern könne (I 4), daß Gesetze nur für bestimmte Zeit gelten (III 11); ferner haben die Bestimmungen für die größere Majorität der gesamten Wähler bei Verfassungsänderungen in den amerikanischen Konstitutionen große Aehnlichkeit mit Rousseau.

Zweitens: Man führt häufig gegen Rousseau an, daß sein Staat keine Garantie für das Privateigentum biete. Jellinek zitiert das neunte Kapitel des ersten Buches: „L'état, à l'égard de ses membres, est maître de tous leurs biens“, und folgert hieraus, daß bei Rousseau das Privateigentum überhaupt nicht geschützt sei. Wiederum aber findet, wie bei den anderen veräußerten Rechten, die Abgabe des Eigentums an den Staat in der Tat gar nicht statt, sondern nur ideell, damit der Bürger es fortan als vom Staate geschütztes Eigentum besitze. Einige Zeilen weiter unten (I 9) heißt es: „Ce qu'il y a de singulier dans cette aliénation, c'est que, loin qu'en acceptant les biens des particuliers, la communauté les en dépouille, elle ne fait que leur en assurer la légitime possession, changer l'usurpation en un véritable droit, et la jouissance en propriété.“ Der Gesellschaftsvertrag beraubt also den Einzelnen nicht seines Besitzes, sondern garantiert ihm erst das wahre Eigentum, freilich mit der von der amerikanischen Annahme abweichenden Vorstellung, daß das Eigentum als solches nicht als Naturrecht betrachtet wird, sondern nur der Genuß desselben. In den amerikanischen Bills wird fast durchweg der Besitz des Eigentums schon als ein Recht im Naturzustande angenommen, eine Ausnahme macht vielleicht North-Carolina. In der Declaration of Rights von 1776 wird im 25. Artikel das

Eigentum des Bodens als ein wesentliches Recht des gesamten Volkes bezeichnet, und in dem schon mehrfach zitierten Art. 1 der Declaration von 1868 wird Eigentum mit dem „Genuß der Früchte der eigenen Arbeit“ umschrieben.

Drittens: Es wird behauptet, daß Rousseau ein Gegner des Repräsentativsystems sei. In dem kleinen Staat, der Rousseau vorschwebt, gibt es in der Tat keine Repräsentanten des souveränen Volkes; seine Souveränität ist unteilbar, unveräußerlich und unfehlbar. Eine Repräsentation, wie Montesquieu sie wollte und wie England sie besitzt, würde einer Veräußerung der Souveränität sehr ähnlich sein. Aber wir lernen aus dem *Contrat social*, daß es bei Rousseau trotzdem Abgeordnete des Volkes gibt (III 15). Diese Abgeordneten versammeln sich statt des Volkes zur Beratung der Gesetze sie sind aber nicht seine Vertreter (*représentants*), sondern nur seine Bevollmächtigten (*commissaires*), welche nichts entscheidend beschließen dürfen, sondern dem Volke ihre Beschlüsse zur Ratifizierung vorlegen. Diesen Appell der Abgeordneten an das Volk finden wir auch in Amerika: der gesetzgebenden Kammer in Pennsylvania stand keineswegs das Recht zu, irgendein grundlegendes Gesetz zu verändern, sondern etwaige Anträge hierüber waren dem Volke sechs Monate vor der Wahl der Abgeordneten vorzulegen, damit diese von ihren Wählern über den Gegenstand instruiert werden konnten. Daß R. nicht abgeneigt ist, den Weisesten die Führung des Volkes zu überlassen, sehen wir aus seinem Abschnitte über die Aristokratie (III 5). Er sagt dort: „C'est l'ordre le meilleur et le plus naturel que les plus sages gouvernent la multitude, quand on est sur qu'ils la gouverneront pour son profit et non pour le leur.“ In der Pennsylvania-Bill wird in demselben Sinne verlangt, daß das Abgeordnetenhaus aus den weisesten und würdig-

sten Bürgern bestehen solle<sup>30</sup>. Der Verfasser des Gesellschaftsvertrages ist durchaus bereit, einer solchen Aristokratie, welche als eine Wahl-Aristokratie in Form eines Senates vorzustellen wäre, den Vorrang vor der reinen Demokratie einzuräumen. Er sagt darüber, daß die Versammlungen besser verlaufen, die Angelegenheiten sich mit mehr Ordnung abwickeln, der Kredit des Staates durch verehrungswürdige Senatoren in der Fremde besser aufrecht erhalten wird als durch eine unbekannte oder verachtete Menge. Eine solche Regierung eignet sich auch für einen größeren Staat.

Viertens: Rousseaus Stellung zu der Theorie von der Teilung der Gewalten erklärt sich aus seinem Souveränitätsbegriff. Die Souveränität ist unteilbar, folglich kann einer Regierung nicht ein Teil der gesamten zufallen, wie Grotius und Pufendorf gelehrt hatten. Diese führten neben dem ersten Vertrage noch den Regierungs- d. h. Entäußerungsvertrag ein. Bei Rousseau ist die Regierung nur ein Auftrag (commission) der Konstituenten, welcher jederzeit widerrufen werden kann. Aber während Rousseau sich gegen diejenigen wendet, welche die Teilung der Gewalten als eine Teilung der Souveränität auffassen, ist er durchaus der Meinung, daß die einzelnen Machtausflüsse, d. i. Funktionen der einen souveränen Gewalt getrennt werden müssen, genau so gut wie das Herz und das Hirn als zwei Funktionen desselben menschlichen Körpers ihre Tätigkeit getrennt ausüben. Diesen beiden Funktionen vergleicht er die legislative und exekutive Gewalt. Jene ist immer beim Volke, diese darf nicht beim Volke sein; er sagt darüber (III 1): „La puissance exécutive ne peut appartenir à la généralité comme législative ou souveraine“ und noch

---

30. Diese Uebereinstimmung der Pennsylvania-Constitution mit der Theorie Rousseaus mag durch die Vertrautheit Franklins und Paines mit französischer Bildung erklärbar sein.

deutlicher (III 16): „S'il était possible que le souverain, considéré comme tel, eût la puissance exécutive, le droit et le fait seraient tellement confondus, qu'on ne saurait plus ce qui est loi et ce qui ne l'est pas.“ Unter Exekutive versteht er besonders das, was Locke föderative Gewalt nennt, in diesem Sinne sagt er auch *force publique* (III 1), doch bezeichnet er sie auch mit *suprême administration* zum Zeichen, daß ihr auch die Gerichtsbarkeit zukommt. Es ist nach dem Vorhergehenden nicht ganz zulässig, Rousseau als einen Gegner der Teilung der Gewalten zu bezeichnen, er ist es ebensowenig wie die Schriftsteller der englischen Verfassung oder Montesquieu, und betont nur besonders scharf, daß sie alle nur Funktionen der unteilbaren Volksgewalt sind. Otis scheint in seinen Ausführungen über diesen Punkt von dem Franzosen beeinflußt worden zu sein. Nach seiner Lehre werden in einer reinen Demokratie beide Gewalten vom Volke ausgeübt, sobald sich aber eine Legislative konstituiert, muß die Exekutive von ihr getrennt werden. Otis verlangt, daß die Repräsentation möglichst zahlreich sei, da bei ihm stets die Meinung bleibt, daß das gesamte Volk eigentlich selbst die Gesetzgebung habe<sup>31</sup>.

Fünftens: Es ist auch übertrieben, wenn man behauptet, Rousseau sei ein Gegner der Gewissensfreiheit. Er geht freilich von dem Grundsatz aus, daß in demselben Staate nicht Menschen mit entgegengesetzten religiösen, d. i. sittlichen Anschauungen leben können, wie auch der eifrigste Bekämpfer der Sklaverei, Jefferson, davon überzeugt war, daß Indogermanen und Neger nicht in demselben Staate friedlich nebeneinander leben können. Rousseau ver-

---

31. Otis bezieht sich wie Rousseau gern auf Rom, wo dies der Fall gewesen sei. Rom sei zugrunde gegangen, weil das Gleichgewicht zwischen Volk und Senat (Regierung) sich verschoben habe. Locke und besonders Montesquieu sahen die Balance mehr in dem richtigen Verhältnisse zwischen Legislative als solcher und Exekutive.



langt daher von jedem, der den Gesellschaftsvertrag unterzeichnet, die Ablegung eines rein bürgerlichen Glaubensbekenntnisses, von dessen Bestimmungen es heißt, daß sie „non pas précisément comme dogmes de religion, mais comme sentiments de sociabilité“ gelten sollen. Keiner kann gezwungen werden, diesen Vertrag zu unterzeichnen, aber wer es getan hat und sein Wort in dieser Beziehung bricht, verdient als meineidiger Staatsbürger, nicht als Religionsschänder, die Todesstrafe. Rousseau ist weit davon entfernt an irgendeinen bestimmten Kultus, ja, überhaupt an eine Nationalreligion, wie es Harrington getan hat, zu denken, von ihm gilt im vollen Umfange, was schon Schiller von ihm sagte, daß er aus Christen Menschen warb.

Rousseau hat heftige Worte für die Intoleranten im Staate, welche in der Forderung gipfeln, daß derjenige, welcher sagt, es gebe außerhalb der Kirche kein Heil, aus dem Staate gejagt werden sollte (IV 8). Gerade die im Gesellschaftsvertrage vertretene Anschauung religiöser Dinge ist es, welche in Amerika sowohl zur Zeit der ersten Kolonien als auch der amerikanischen Revolution einen so fruchtbaren Boden fand, von der ersten Zeit der Kolonie Massachusetts an, in welcher man Roger Williams wegen seiner religiösen Anschauungen des Hochverrates anklagte, bis zu der Virginia-Bill, in welcher den Staatsbürgern das Handeln nach gewissen Glaubenssätzen zur Pflicht gemacht wird, und darüber hinaus bis zur Massachusetts- und New-Hampshire-Bill, welche betonen, daß die Ausübung des religiösen Bekenntnisses nicht die Gesetze des Staates und die öffentliche Ruhe gefährden darf.

## 7. William Blackstone.

Wie man neuerdings den Einfluß Rousseaus auf die großen Umwälzungen des 18. Jahrhunderts entschieden unterschätzt hat, so hat man andererseits die Autorität des

englischen Rechtsgelehrten Blackstone über Verdienst in den Vordergrund geschoben. Ehe wir auf die Darstellung seiner Lehre eingehen, muß vorausgeschickt werden, daß er durchaus kein selbständiger Geist ist, und daß er, wo er über den Rahmen der objektiven Darstellung der englischen Verfassung hinausgeht, sich auf Locke, mit Vorliebe aber auf Pufendorf und Montesquieu bezieht. Blackstone erscheint bei näherer Betrachtung als der Vertreter des 1716 unter Georg I. eingeführten siebenjährigen Parlamentes, in welches der Minister Robert Walpole das System der Bestechung getragen hatte; er trat gegen den Geist seiner Schriften für die Ausschließung des Demokraten John Wilkes aus dem Parlamente auf<sup>32</sup>; während der amerikanischen Revolution stellte er sich auf seiten des Königs, so daß es nach seinem äußeren Charakter sehr fraglich erscheint, ob dieser Mann berufen sein konnte, den Amerikanern als Autorität zu gelten. Die Meinung von seiner großen Einwirkung auf die amerikanischen Verhältnisse ist entschieden durch den ungeheuren Absatz, welchen seine Kommentare über die Gesetze Englands in Amerika erzielten, hervorgerufen worden. Der erste Band erschien 1765, also ein Jahr nach der Schrift des Otis. Eine Einwirkung auf diesen, wenn sie überhaupt dem Geiste nach möglich gewesen wäre, hat also nicht stattgefunden; sie stehen beide selbständig nebeneinander und stellen die Rechte der Engländer und Amerikaner auf ihre Weise dar; es wäre seltsam, wenn die beredte Sprache des warmfühlenden

---

32. Als Blackstone 1769 im Par'amente als Verteidiger der Regierung für die Ausstoßung des unbequemen Wilkes aus dem Unterhaus auftrat, mußte er es erleben, daß der Minister Grenville eine Stelle aus seinen eigenen Kommentaren zitierte, nach welcher die Entfernung auf den vorliegenden Grund hin nicht zulässig war. Junius spottete daher in seinem 14. Briefe vom 22. Juni 1769 über Blackstone: „For the defence of truth, of law and reason, the doctors book may be safely consulted, but whoever wishes to cheat a neighbour of his estate, or to rob a country of its rights, need make no scruple of consulting the doctor himself.“

Patrioten in Boston nicht mehr gezündet hätte als die sachliche Darstellung des englischen Juristen. Jefferson lehnt an verschiedenen Stellen seines Briefwechsels die Autorität Blackstones für Amerika entschieden ab, seine Meinung habe nur die Gültigkeit eines englischen Privatmannes, er möchte ihm den Heiligenkranz von der Stirne reißen.

In seinem Ausgange vom Naturrecht deckt Blackstone sich mit der Darstellung, wie wir sie bei Otis gefunden haben; die Gesetze der Natur sind ihm Gottesgesetze und unveränderlich, er folgert hieraus auch eine Gleichheit der Menschen und gewisse natürliche Rechte des Individuums, freilich durchaus nicht zum ersten Male, wie Jellinek meint. Philosophisch begründet wird diese Anschauung durch die Lehre vom freien Willen. Der freie Wille entspricht der natürlichen Freiheit, von welcher der Mensch beim Eintritte in die Gesellschaft einen Teil opfert. Was übrig bleibt, ist die politische Freiheit. Sie ist eigentlich nur als wirkliche Freiheit bezeichnet. Diesem Unterschiede gemäß kann man auch von natürlichen und bürgerlichen Rechten sprechen. Jene bestehen in persönlicher Sicherheit, persönlicher Freiheit und Privateigentum. Aus ihnen resultieren alle anderen, welche von der Magna Charta bis zur Bill of Rights ausgesprochen sind. Blackstone leitet diese Rechte der englischen Verfassung wie Harrington und Milton, Locke und Otis aus dem Naturrecht her. Bis soweit mögen die Amerikaner sich auf ihn berufen, aber wie Hobbes und Pufendorf einerseits, Locke und Rousseau andererseits von denselben Grundlagen ausgehend zu anderen Resultaten gekommen sind, jene zum Absolutismus, diese zum Freistaate, so ist auch Blackstone einen eigenen Weg gegangen, der die Mitte zwischen Pufendorf und Locke einnehmen mag. Freilich ging es dabei nicht ohne einige Inkonsequenzen ab: 1. In dem Abschnitte über die Gesetze Englands erkennt er ausdrücklich das Recht der Eroberung an, gibt freilich zu, daß es nicht dem Naturrechte, wohl aber dem Völker-

rechte entspreche. Hierin liegt eine doppelte Inkonsequenz, denn in der Einleitung erfahren wir, daß das *Jus Gentium* dem Naturrecht unterworfen sein muß. Die Auslegung des Verfassers, nach welcher er das Recht der Eroberung durch ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrag zwischen Sieger und Besiegtem rechtfertigt, besonders aber sein Hinweis auf England und Irland, scheint demgegenüber nicht stichhaltig. 2. Trotzdem Blackstone den von den Amerikanern gern zitierten, von Montesquieu<sup>33</sup> entlehnten Satz auführt: „In einem Freistaate sollte jeder Mann, der für frei angesehen wird, in gewissem Sinne sein eigener Herr sein“, schließt er sich doch der Lehre des Grotius und Pufendorf an, daß das Volk sich seiner Rechte an die Ausüßer der Legislative entäußere, d. h. auf England angewandt: Er tritt für absolute Parlamentssouveränität ein. Es heißt bei ihm: „Die Macht des Parlamentes ist unbedingt und ohne Kontrolle.“ Die Abgeordneten sind ihren Wählern nicht mehr verantwortlich, sie sind Vertreter der ganzen Nation. Wenn die Macht des Parlamentes aber unkontrollierbar ist, so fällt für das Volk auch das Recht des Widerstandes fort. Wir sehen also den großen Unterschied zwischen Blackstone einerseits und Otis sowie den Ideen von 1776 andererseits. Otis hat unzweideutig die Souveränität des Volkes anerkannt, die Unabhängigkeitserklärung ist auf ihr begründet, die Einzelstaaten haben sie in ihren Verfassungen proklamiert. 3. Blackstone ist ein eifriger Verteidiger der immeditären Gewalten, deren Notwendigkeit er darzutun versucht, um die Existenz des Oberhauses zu rechtfertigen: „Die Unterscheidung von Rang und Ehren ist in jedem wohlgeleiteten Staate notwendig, um diejenigen zu belohnen, welche sich wegen ihrer Verdienste gegenüber der Oeffentlichkeit auszeichnen, und zwar in einer Weise, welche den Individuen

---

33. Zitiert in der Adresse an das Volk von Quebec vom 25. Oktober 1774.

sehr angenehm ist, der Allgemeinheit aber keine Last auferlegt.“ Aus diesem Sinne heraus weist Blackstone die Notwendigkeit des Adels nach. In seiner Darstellung hält er sich beinahe wörtlich an Montesquieu. 4. Als Darsteller der englischen Verfassung kennt er nur eine Zweiteilung der Gewalten, die gesetzgebende und die ausübende Gewalt, doch ist diese eigentlich nur ein Arm jener und darf keine allzu große Macht bekommen. Die Jurisdiktion gehört der Exekutive, in England hat sie der König.

Diese Punkte mögen genügen, um die Einwirkung Blackstones auf Amerika zum mindesten etwas vorsichtig aufzunehmen. Es sei hier noch auf einige Gedanken eingegangen, deren Betrachtung uns bis an die Zeit der Revolution herañführen wird und die das ganze Verhältniß von England und Amerika umfassen.

Da ist es zunächst auffällig, daß Blackstones Lehre vom Verträge eine besondere Aehnlichkeit mit der des Otis hat. Beide nehmen keinen Vertrag aus Wohlwollen, wie Grotius, oder Vernunftsbeschluß, wie Locke, an, sondern die Notwendigkeit zwang die Menschen zueinander. Beide greifen hier ganz offensichtlich auf Pufendorf zurück, dessen System des Naturrechts das 18. Jahrhundert noch in so weitem Umfange beherrschte, sagt doch noch der Dorfrichter Adam im „Zerbrochenen Krüge“:

Die Welt, sagt unser Sprichwort, wird stets klüger,  
Und alles liest, ich weiß, den Pufendorf.

Erst vor den Errungenschaften von 1776 und 1789 mußte dieses System endgültig kapitulieren. Was Pufendorf bestritten, war nun bewiesen: Das Recht der persönlichen, unveräußerlichen Freiheit und das Recht des Widerstandes. Der Regierungsvertrag war gefallen.

Blackstone geht noch weiter als Pufendorf und Otis in der Einschränkung der Vertragslehre, wenn er jenem gegenüber behauptet, daß nur einige Staaten durch Vertrag entstanden sind, diesem gegenüber, daß das Gesetz kein Ver-

trag sei (compact oder agreement), der von uns ausgeht, sondern daß es sich als Befehl auf uns bezieht, als daß es eine Vorschrift sei, die nichts Freiwilliges an sich habe. Diese Auffassung führt uns zu der rechtlichen Stellung der Kolonien zum Mutterlande, zu der großen Frage, ob die common law of England als solche Gültigkeit in den Kolonien habe. Falls das Gesetz eine bloße Vorschrift, etwas Unfreiwilliges ist, ist die Zustimmung aller Beteiligten nicht erforderlich, und die Frage der Gültigkeit eigentlich schon bejahend beantwortet. So unverhüllt aber wagt Blackstone denn doch nicht, die Kolonien der englischen Regierung und dem Parlamente auszuliefern. Es findet sich in dem Kapitel über die Gesetze Englands der Satz: „Die Common Law of England als solche ist in den Kolonien weder zugelassen noch gültig, da sie kein Teil des Mutterlandes sind, sondern getrennte, wenn auch abhängige, Besitzungen. Sie sind jedoch der Kontrolle des Parlamentes unterworfen, wenn auch nicht wie Irland, Man und die übrigen durch Parlamentsakte gebunden, außer wenn sie besonders genannt sind. (unless particularly named.)“ Diese Worte, mit Ausnahme des letzten Satzes werden von den Amerikanern gern zitiert, so noch in einer amtlichen Adresse der Grafschaft Hampshire an die Einwohner von Massachusetts vom 9. März 1775 (Force IV 2 S. 94). Die drei letzten Worte: unless particularly named schon gewähren keine Garantie vor Uebergriffen des englischen Parlamentes, und Blackstones Meinung ist in der Tat, daß die Kolonien bei jedem Gesetze genannt werden können. Mehrere Citate mögen illustrieren, daß der englische Jurist den Pflanzungen durchaus keine selbstständigen Legislativen zuschreiben möchte. Zunächst sagt er von Kolonien im allgemeinen „Man hat es bis jetzt so gehalten, daß, wenn ein unbewohntes Land von englischen Untertanen entdeckt und bepflanzt wird, alle bestehenden Gesetze, welche die Geburtsrechte jedes Untertanen sind,

dort sofort in Kraft treten. Allein das muß mit sehr vielen und sehr großen Beschränkungen verstanden werden. Solche Kolonisten führen mit sich nur so viel vom englischen Gesetze, wie ihrer eigenen Lage und den Bedingungen einer jungen Kolonie angepaßt ist.“ Gegen eine solche Beschränkung ihrer englischen Geburtsrechte haben sich aber die Kolonisten in allen Streitigkeiten mit dem Mutterlande auf das Entschiedenste verwahrt. Solange sie englische Untertanen waren, wollten sie die common law in vollem Umfange auf sich angewandt wissen. Daß man später nach der Trennung das englische System der Rechte als solches beibehalten habe, bestreiten die Amerikaner. Jefferson schreibt in einem Briefe vom 18. August 1799 an Edm. Randolph, daß die Amerikaner bei der Begründung der Nationalverfassung alle ihre Gesetze zu machen hatten, wie Virginia bei seiner ersten Begründung als eine Nation, aber sie nahmen nicht wie Virginia ein ganzes Rechtssystem, welches fertig vor ihnen lag, für ihr Land an. Die amerikanische Nation hat sich nur für bestimmte Zwecke zusammengetan, und die common law war nicht das Organ, um den nationalen Willen in diesen Fällen kund zu tun. Wenn dennoch vieles daraus in Amerika übernommen worden ist, so geschah es nur in dem Sinne, welchem Roger Shermann 1774 im Kongresse in den Worten Ausdruck gab: „Die Colonien nehmen die common law nicht als common law, sondern als die höchste Vernunft an.“ Vollständig und ausgesprochen haben das ganze System des Gemeinen Rechtes neben Virginia nur Maryland (Bill, 1776, Art. 3) und New-Jersey (Bill 1776, Art. 22) übernommen; diese freilich mit der Einschränkung, daß die Abschaffung einer künftigen Gesetzgebung unbenommen sei.

Wir sehen also, daß sich die Kolonien schon vor 1776 rechtlich unabhängig fühlten, während Blackstone geneigt ist, eine solche Abhängigkeit anzuerkennen. Die Urteile der englischen Obergerichte haben für die Kolonien nur den Wert von Gutachten gelehrter Männer, wie John Adams sich



einmal ausdrückt. Hierin gerade habe man den Unterschied zwischen eroberten und neu entdeckten Ländern zu sehen. Nach Blackstone muß bei abhängigen Ländern das oberste Appellationsgericht immer im Mutterstaate sein, schon aus dem Grunde, um den Anschein zu vermeiden, als beziehe sich die Abhängigkeit nur auf die Person des Königs.

Das aber war die große Frage: wie das politische Verhältnis Englands zu den Kolonien zu denken war. Man stritt darüber, ob die Kolonien nur vom englischen Könige, von der Krone England oder dem Parlamente abhängig wären. Die Meinung des Blackstone haben wir bereits vernommen, nach ihm sind die Kolonien sowohl der Krone als dem Parlamente Englands unterworfen. Er vergleicht ihre Lage mit der von Irland und Man. Das aber steht in scharfem Gegensatze zu den Anschauungen sämtlicher Amerikaner, von denen keiner die Abhängigkeit vom Parlamente zugab, nicht Otis und Franklin, nicht Adams und Jefferson<sup>34</sup>. Otis betonte, daß man wohl dem Könige Anhänglichkeit zu erweisen habe, daß man aber auch als Engländer im Parlamente vertreten sein müsse. Mit der Unmöglichkeit der amerikanischen Vertretung in England bleibe nur ein selbstständiges amerikanisches Parlament übrig. Wird dies verweigert, so gibt es nur noch Unabhängigkeit. Otis hat die Konsequenz freilich nicht gezogen, da er an die Loyalität Englands unbedingt glaubte, aber er will durchaus nicht die Kolonien mit Irland verglichen wissen. Irland sei ein erobertes Land, und das Parlament habe sich das Recht vorbehalten, es durch Gesetze zu verpflichten; trotzdem sei es nie besteuert worden und habe sein eigenes Parlament, ja, Wales habe sogar als erobertes Land Eintritt in das englische

---

34. Nur die England freundlichen Elemente, wie Gouverneur Hutchinson, gaben diese Abhängigkeit zu. H. betonte in einer Rede am 6. Januar 1773: „I know of no line that can be drawn between the supreme authority of parliament and the total independency of the colonies (Diary).“

Unterhaus erlangt. Besonders scharf betont Franklin 1768 in seiner Schrift: „Causes of the American discontents before 1768“, daß man nur vom englischen Könige abhängt: „Es gibt nicht einen einzigen Eingeborenen dieses Landes, der dem Könige nicht aus Grundsatz und aus Liebe zugetan wäre.“ Er fährt dann fort, daß man jetzt aber eine neue Art von Loyalität von den Amerikanern fordere, eine Loyalität dem Parlamente gegenüber. Franklin stand dem Gedanken der Personalunion sehr nahe, wie sie etwa seit 1714 zwischen Hannover und England, vor der Einrichtung der Statthalterschaft in Hannover, bestand. Er sagt darüber in seinen Bemerkungen zu Governor Pownall's State of the Constitution of the Colonies, daß alle Parlamentsbeschlüsse, sowohl die, welche die Rechte der Krone betreffen, als auch die Rechte der Einzelnen, nur dann für die Kolonien gelten, wenn die gesetzgebenden Versammlungen der Kolonien ihre Einwilligung gegeben haben, ja, wenn ein neues Herrschergeschlecht auf den Thron käme, würden die Kolonisten sich durch keine Parlamentsakte gebunden fühlen. Adams bestätigt, daß schon immer in den Kolonien das Bestreben, vom Parlamente unabhängig zu sein, bestanden habe und die Meinung sehr verbreitet gewesen sei, daß die Konstitution dazu berechtige; aber niemals habe der Wunsch nach Unabhängigkeit von der Krone bestanden, und niemals sei die Berechtigung des Mutterlandes bestritten worden, den Handel zum Nutzen aller Teile des Reiches zu regulieren. Im „Novanglus, a History of the Disput with America from 1754 to the present time“ (1774) betont Adams, daß man den Untertaneneid nur dem Könige schulde, eine allegiance to Parliament existiere nicht<sup>35</sup>.

---

35. Selbst eine so konziliante Natur wie Galloway, der im ersten Kongresse eine große Rolle spielte, stellte sich auf den Standpunkt absoluter Gleichberechtigung der englischen und amerikanischen Gesetzgebung. Im September 1774 legte er dem Kongresse den Plan einer Union zwischen England und Amerika vor. Von dem Gedanken ausgehend, daß die Amerikaner im Parlamente nicht ver-

Diese Idee nimmt in Amerika ihre naturgemäße Entwicklung bis 1776, wo Paine in seinem Common Sense und Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung die ganze Wucht der Anklage gegen die Person des Königs richten, ein Umstand, welcher nur aus dieser Entwicklungsreihe heraus erklärbar ist. Hier ist die vollständige Antithese zu Blackstone zur Tatsache geworden, der an die rechtliche und politische Abhängigkeit der Kolonien glaubte und besonders bestritt, daß sie sich nur auf die Person des Königs beziehe.

#### **F. Entwicklung der Ideen von Otis bis zur Revolution.**

Mit diesen Betrachtungen sind wir direkt bis an die Zeit der amerikanischen Revolution herangekommen. Es erhebt sich für uns die Frage, ob der Einfluß Otis' sich bis 1776 verfolgen läßt und auf die Gestaltung der amerikanischen Freiheit eingewirkt hat. Nun muß ohne weiteres zugegeben werden, daß von einer Einwirkung auf die breite Masse des Volkes keine Rede sein kann, man wird sich aber auch vergegenwärtigen müssen, daß das Volk in Amerika geringen Einfluß auf den Gang der Ereignisse gehabt hat. Es waren nur wenige Persönlichkeiten, welche die Fäden des Ganzen in den Händen hatten, Treitschke spricht einmal von einer Hand voll großer Staatsmänner, welche in Amerika den festen Bundesstaat geschaffen haben. Von einer wahren

---

treten sein können, schlägt er für Amerika einen Großen Rat vor, dessen Mitglieder aus den einzelnen Kolonialversammlungen auf drei Jahre gewählt werden, und der dieselben Befugnisse wie das House of Commons habe. Beide Häuser, das Grand Council und das House of Commons haben das Recht des Vorschlages und beide ein Veto auf die Beschlüsse des andern, die Beschlüsse des englischen Parlamentes unterstehen diesem Rechte der Negative naturgemäß nur insoweit, als sie Amerika betreffen. Der Präsident des Großen Rates wird vom Könige als Stellvertreter ernannt und übt seine Befugnisse aus. Man sieht in diesem Großen Rate unzweifelhaft Gedanken von Otis und Franklin wieder.

Begeisterung, die das ganze Volk durchströmte und emportrug, war fast nichts zu merken, einigen Anflug hiervon kann man eigentlich nur in Boston beobachten. Was Josef Warren, der als letzter auf den Verschanzungen von Bunkerhill fiel, im November 1774 in einem Brief sagt: „Ich bin davon überzeugt, daß der wahre Geist der Freiheit niemals so allgemein alle Reihen und Klassen eines Volkes in irgendeinem Lande der Erdoberfläche wie jetzt in Nord-Amerika durchströmt hat“, mag ihm als Patriot zu gute geschrieben werden, beruht aber ebenso auf Selbsttäuschung wie die Schilderungen amerikanischer Geschichtschreiber. Während anderthalb Jahrzehnt später die französische Republik ihre Massenheere dem bewaffneten Europa entgegenwarf, bleibt für Amerika die Tatsache bestehen, daß es Washington nicht möglich war zwanzigtausend Soldaten aufzubringen, die ihm der Kongreß bewilligt hatte, daß er sich mit vierzehntausend Mann begnügen mußte, und daß diese geringe Anzahl ohne Pulver und genügende Waffen häufig der Gefahr des Verhungerns ausgesetzt war, weil die Kolonien sich weigerten, das Heer zu unterstützen; umfangreiche Desertionen gefährdeten es häufig in seinem Bestande. Die Generäle selbst waren nicht alle aus Patriotismus bei der Sache, sondern um ihrem Ehrgeiz Genüge zu tun, der Generalmajor Charles Lee machte sich kein Gewissen daraus, mit den Engländern wegen seines Uebertrittes zu verhandeln; der im Quebec-Feldzug 1775/76 so verdiente amerikanische Oberst Arnold trat 1780 in das englische Heer ein und half die Fluren seiner Landsleute in Virginia und Connecticut verwüsten.

Die Uneinigkeit unter den Kolonien vor der Zeit des ersten Kontinental-Kongresses bis an die Tage der Unabhängigkeitserklärung heran ist sattsam bekannt und braucht hier nicht gezeigt zu werden, aber es scheint die Aufgabe nicht der Notwendigkeit zu entbehren, einmal systematisch das Erwachen der freiheitlichen Ideen in Amerika darzustellen; wir werden dabei sehen, daß die stärksten Einflüsse

nicht von den Provinzial-Versammlungen als solchen und dem Kontinental-Kongresse als solchem ausgingen, sondern der Privatinitiative gewisser gebildeter Persönlichkeiten entsprangen; es entspann sich hier ein Kampf zweier Weltanschauungen, die eine auf das historische, die andere auf das natürliche Recht gestützt, die Idee des Naturrechts ward zum Siege gebracht, und zwar in erster Linie durch die abgeordneten von Massachusetts Sam. und John Adams: beide aus dem Kreise des Otis stammend; daß dieser Kampf und Sieg ein schwieriger war, spricht schon an und für sich gegen die Meinung Jellineks, daß die Ideen des Naturrechts schon lange zu Trivialitäten geworden waren.

Die Amerikaner kämpften also um eine Idee. Alle konstitutionellen Kämpfe in England hatten sich gleichfalls um eine Idee abgespielt, um die des Rechtes der Besteuerung, dieser Kampf übertrug sich in ganz natürlicher Entwicklung auf Amerika und alle vorrevolutionären Streitfälle mit dem Mutterlande drehten sich um diesen Punkt<sup>36</sup>; 1774 nun geht diese Idee der wirtschaftlichen Selbstbestimmung in die allgemeinere des natürlichen Rechtes der Selbstbestimmung überhaupt über. Kein Bruch sondern nur eine langsame Weiterentwicklung beobachten wir hier, welche freilich durch die Tatkraft einiger Männer eine wesentliche Beschleunigung erfuhr, und es ist wohl etwas zu viel gesagt, wenn E. v. Meier (S. 94) meint, daß kein Mensch damals in Amerika bezweifelt habe, daß es sich bei Abwerfung der englischen Herrschaft um einen Bruch der bestehenden Rechtsordnung, um eine wirkliche Revolution gehandelt habe.

Bancroft faßt die ganze Entwicklung<sup>37</sup> einmal in die

---

36. Das hat jüngst Allen Smith in seinem Werke: „The Spirit of American Government, its origin, influence . . .“ New York 1907 überzeugend dargestellt.

37. Das Material für die folgende Darstellung entnehmen wir den ausführlichen Sammlungen der „American Archives“ von Peter Force im Auftrage des Kongresses herausgegeben, und zwar kommen

Worte zusammen: 1773 war für die Amerikaner noch ein Vergleich mit England möglich, 1774, nachdem man Massachusetts den Freibrief genommen, hätte man sich noch mit Beseitigung der anstößigen Gesetzesbedingungen seit 1764 begnügt, 1775, nach dem Blutbade bei Lexington, verlangte man Garantien für die Zukunft, und als der König, statt Beantwortung der letzten Petition, am 23. August 1775 die Amerikaner für Rebellen erklärte, blieb nur noch Unabhängigkeit übrig; trotzdem zögerte sich die Erklärung beinahe noch ein Jahr hin, man hatte ihre Notwendigkeit also noch nicht eingesehen. Die historischen Daten, welche die Bewegung entfesselten, sind bekannt; am 21. Oktober 1773 versenkten einige Bewohner von Boston den Tee der Ostindischen Kompagnie im Hafen, um dem von England aufrechterhaltenen Grundsatz des Besteuerungsrechtes zu opponieren. Am 10. Mai des folgenden Jahres überreichte der englische Captain Jenkins der Stadtversammlung als Züchtigung die Boston-Port-Bill. Bald darauf ward den Bürgern der Kolonie verkündet, daß der Freibrief aufgehoben und die Gerichtsbarkeit jetzt ganz in die Hände der Kronbeamten gelegt sei. Josef Warren und Sam. Adams traten sofort zu einem Korrespondenz-Komitee zusammen, und ihre Meinung beherrschte den Provinzial-Kongreß. Ihrem Einfluß ist es zu danken, daß der Kongreß am 17. Juni hinter verschlossenen Türen und gegen den Willen des Gouverneurs Gage den Entschluß faßte, ein Komitee zu bilden, welches den anderen Kolonien Vorschläge für einen allgemeinen amerikanischen Kongreß zum 1. September machen sollte. In diesem Komitee war auch John Adams.

In den übrigen Kolonien war man diesem Gedanken nicht abgeneigt. Virginia, welches sich schon 1764/65 eifrig

---

hierzu fast ausschließlich die sechs Bände der vierten Serie in Betracht, wenn daher im Folgenden nur die Nummer des Bandes zitiert ist, so gehört dieser Band der vierten Serie an.

gegen das Besteuerungsrecht des Parlamentes gewandt hatte, trat unter dem besonderen Einflusse von Peyton Randolph, Pendleton, George Wythe und Patrik Henry diesem Entschlusse bei. In einigen Counties bezeichnete man jeden Versuch, ohne Vertretung zu besteuern, als vernichtend für die natürlichen Rechte und entgegen den ersten Grundsätzen einer freien Verfassung. Auch in einigen anderen Kolonien sprach man damals schon von den natürlichen Rechten der Amerikaner, so besonders in den Beschlüssen zu Providence in Rhode-Island, was bei den demokratischen Prinzipien dieser Kolonie nicht wundernehmen kann, und in den Instruktionen für die Abgeordneten vom 17. Mai 1774 heißt es, daß eine enge Union der Kolonien erstrebenswert sei (Force IV 1 333). South-Carolina ließ es an ähnlichen Beschlüssen nicht fehlen. Am 4. Juni 1774 ward das Volk unter Anrufung von Locke aufgefordert, seinen Besitz zu verteidigen und dem Kontinental-Kongresse zuzustimmen: „Wir streiten nur für unsere natürlichen Rechte und für jene Freiheit, durch welche Gott uns alle frei gemacht hat“, und sie wollen lieber als die letzten freien Amerikaner sterben, denn als die ersten amerikanischen Sklaven leben (IV 1 382). North-Carolina gab ihren Delegierten zum allgemeinen Kongresse Instruktionen ähnlichen Inhaltes mit: Man verspricht treue Anhänglichkeit an den König, erklärt aber, daß man nicht gewillt ist vom Naturrechte abzuweichen, welches eine entschlossene Verteidigung der Person und des Besitzes verlangt. Die Maryland-Convention betonte am 22. Juni in ihrer Zustimmung zum Kontinental-Kongresse, daß es sich bei den letzten Parlaments-Akten nicht nur um einen Eingriff in die konstitutionellen Rechte der Amerikaner als englische Untertanen handle, sondern auch in ihre natürlichen Rechte als Menschen.

Die anderen Kolonien schlugen einen bedeutend milderer Ton an. Pennsylvania beschloß am 22. Juni, dem Kongresse zuzustimmen, weil er notwendig wäre, um Vor-



schläge für Beseitigung der Beschwerden zu machen; in den Instruktionen vom 16. und 21. Juli 1774 (Force IV 1, 558 u. 608) werden die Delegierten gewarnt, irgend einem dem Mutterlande schädlichen Beschlusse zuzustimmen. Die Prærogative des Königs, mit den Beschränkungen Blackstones, wird anerkannt, das Recht des Parlamentes auf die Kolonien verworfen, doch habe England das Recht, den Handel zu regulieren, und man müsse daher der Ostindischen Kompagnie den Tee ersetzen. Diese Anschauungen wurden von Dickinson, dem Verfasser des Entwurfes, mit den Worten Blackstones, Montesquieus und Burlamaquis begründet. Von einer Bewegung im Volke konnte in dieser Kolonie kaum die Rede sein. In einem von Philadelphia nach Boston gerichteten Briefe vom 17. Mai (IV 1, 332) werden die Bewohner dieser Stadt belehrt, daß sie keine Aussicht auf die Unterstützungen der anderen Provinzen haben und nur Mäßigung hier am Platze sei. Ein Aufruf vom 17. August (1, 718) verdammt strenge den Widerstand der Kolonien, es sei nur eine Schar falscher Propheten, welche das Volk wohl in das Unheil hinein, aber nicht wieder herausziehen könne. New-York, welches 1766 sich durch seinen Widerstand gegen die Stempel-Akte ausgezeichnet hatte und dem zur Züchtigung auf Antrag des Charles Townshend 1767 die Charter entzogen worden war, New-York, von dem Hutchinson damals ausrief, daß die Empörung der Kolonien eigentlich von dieser Zeit und nicht von der Unabhängigkeitserklärung ab datiert werden müßte, zeigte sich diesmal sehr unentschlossen. In einem Briefe des Lieutenant Gouverneur Colden an den Earl of Dartmouth vom 6. Juli 1774 (I 517) wird sehr anschaulich geschildert, daß die Deputierten zum Kontinental-Kongresse, besonders John Jay, erst nach sehr schweren Kämpfen gewählt wurden. Erst als ein Korrespondenz-Komitee gewählt worden war, ward die Beteiligung an der allgemeinen Erörterung etwas lebendiger, und am 19. Juli wurde von diesem der Kongreß für notwendig er-

klärt. New-Jersey (Hunterdon County Resolutions) erklärte am 8. Juli mit Samuel Tucker als Chairman in energischen Sätzen alle Akte des Parlamentes für ungesetzlich und forderte zu einer allgemeinen Enthaltung vom Importe auf (I 524). Doch die Stimmung im Volke war durchaus nicht einmütig, zwei Briefe zeugen davon, der eine vom 27. Juli (I 642) tadelt die Kolonien, daß sie zu weit gingen; indem sie die Autorität des Parlamentes leugneten, beschwörten sie die Greuel des Bürgerkrieges herauf und vernichteten alle Freiheit. Der andere ermahnt noch in letzter Stunde vor dem Kongresse, das Ohr nicht der Narrheit der Zeit hinzugeben und zu bedenken, daß die Kolonien nicht für ein neues Reich gegründet wären (I 728). Georgia und Delaware billigten den Kongreß und beauftragten die Delegierten, für die Wahrung der konstitutionellen Rechte einzutreten.

#### I. Declaration of Rights von 1774.

Im Anfange des September versammelten sich die Delegierten zum ersten Gesamtkongresse, dessen Ergebnisse eigentlich niemanden befriedigten und nach zwei Seiten hin enttäuschten: einmal waren sie den Loyalisten zu weitgehend, andererseits genügten die demütigen Petitionen an König, Lords und Gemeine kaum den Ansprüchen der Patrioten vom Schlage des Franklin, der beiden Adams, Jefferson. Die Debatten und Entschlüsse interessieren uns hier nur soweit, als sie uns das Entstehen der freiheitlichen Ideen und zugleich den Einfluß, welchen einige hervorragende Geister darauf ausgeübt haben, zeigen. Das einzig hierfür in Betracht kommende Schriftstück ist die Declaration of Wrongs and Rights vom 14. Oktober 1774 (Journals of Congress 1774—88 I. Band), welche die Grundprinzipien der Unabhängigkeitserklärung schon in sich faßt und welche Charl. Franc. Adams, der Herausgeber der Werke des John Adams,

mit Recht als das wichtigste Dokument der amerikanischen Revolution bezeichnet, weil hierin zum ersten Male die Idee des Naturrechts als gesamt-amerikanische Kundgebung vor die Welt gestellt wurde. Die von Jay verfaßte, durch ihre zündende Sprache sich auszeichnende Adresse an das Volk von Großbritannien spricht auch von den Menschenrechten und Segnungen der Freiheit, allein der Verfasser leitet sie aus den englischen Rechten und der englischen Freiheit ab. Ganz anders in der Declaration of Rights. Aus den Aufzeichnungen des John Adams (Works II. Diary) erfahren wir Näheres über die Debatten, welche zu dem endgültigen Entwurfe führten. Man sieht in dem großen Redekampfe am 8. September, an welchem Tage ein Komitee von 26 Personen zusammentrat, deutlich, wie es sich um rein doktrinaire Fragen handelte, um historisches oder natürliches Recht, und wie die einzelnen Persönlichkeiten scharf hervortraten.

Die eine Partei, wie Rutledge aus Süd-Carolina, führte aus: „Unsere Ansprüche, meine ich, sind sehr gut in der britischen Verfassung und nicht im Naturrechte begründet... Die ersten Auswanderer waren nicht im Zustande der Natur; sie hatten kein Recht, einen neuen König zu wählen.“ Galloway: „Ich habe nach unseren Rechten im Naturrechte geforscht, aber konnte sie dort nicht finden, sondern stets in einem Zustande der politischen Gesellschaft. Ich habe nach ihnen in der englischen Verfassung geforscht, und fand sie dort. Wir können sie aus dieser Quelle sicher ableiten...“ Duane aus New-York sprach sich gleichfalls gegen das Naturrecht aus.

Die Redner der anderen Partei, wie Lee aus Virginia, erklärten: „Ich vermag nicht einzusehen, warum wir unsere Rechte nicht auf den breitesten Boden, den Grund der Natur, stellen sollen. Unsere Vorfahren fanden hier keinen Staat... Leben und Freiheit, welche notwendig ist für die Sicherheit des Lebens, kann nicht aufgegeben werden, wenn wir in Gesellschaft eintreten.“ Jay: „Man muß auf das Natur-

recht und die englische Verfassung zurückgreifen, um unsere Rechte zu sichern . . . Ich kann mir nicht denken, daß die englische Verfassung untrennbar der Person jedes Untertanen anhaftet. Woher leitet die Verfassung ihre Autorität ab? Aus einem Verträge; kann diese Autorität nicht durch einen Vertrag aufgehoben werden?“ Roger Sherman (Connecticut) erklärte: „Die Kolonien sind dem Könige oder der Krone nicht durch die Act of Settlement verpflichtet, sondern durch ihre Zustimmung zu derselben. Es gibt keine andere Legislative über den Kolonien als ihre betreffenden Versammlungen.“

Wir haben zwei Entwürfe der Declaration of Rights (sie sind beide abgedruckt im Anhang zum II. Bande der Werke des John Adams). In dem ersten Entwurf ist vom Naturrecht nicht die Rede, da sich keine Majorität dafür fand. Er ist nur insofern sehr bemerkenswert, als im vierten Artikel volle Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt von der ausübenden verlangt wird. Dieser Artikel stammt von John Adams. Hier tritt diese Forderung zum ersten Male in einem staatlichen Dokumente scharf formuliert auf, und Adams geht hier über alle Staatsrechtslehrer vor ihm hinaus<sup>38</sup>. In den zweiten Entwurf wurde dieser Satz nicht aufgenommen. Adams befand sich im Subkomitee und seinem Einflusse ist wohl die endgültige Fassung zu verdanken, ist es wohl zuzuschreiben, daß das Papier einerseits das Gesicht des Otis und der New-York-Declaration von 1765, andererseits das der Unabhängigkeitserklärung von 1776 zeigt.

Art. 1 der Rechte lautet: „That the inhabitants of the English Colonies in North-America by the immutable laws of nature, the principles of the English Constitution and the several charters or compacts, have the following rights: that they are entitled to life, liberty, property, and they

---

38. Vergleiche auch seine Aufsätze in der Boston Gazette 1773, wo er einen Streit mit General Brattle ausficht. Works III S. 513 ff.

have never ceded to any sovereign power whatever, a right to dispose of either without their consent.“

Art. 4: That the foundation of english liberty and of all free government is a right in the people to participate in their legislative council, and as the English colonists are not represented and from their local and other circumstances cannot properly be represented in the Br. Parl., they are entitled to a free and exclusive power of legislation in their several province legislatures, where the right of representation can alone be preserved, in all cases of taxation and internal polity, subject only to the negative of their sovereign.“ Hier tritt uns wieder der Gedanke der Personalunion entgegen, und zugleich hat die Frage, über deren Beantwortung Otis sich noch nicht klar war, ihre Lösung gefunden, ob es möglich sei, daß die Amerikaner im Parlament vertreten seien. Die Forderung der Unabhängigkeit war jetzt nur noch eine Frage der Zeit, Hutchinson rief schon damals aus: Was bedeutet das anders als Unabhängigkeit! Daß man in der Denkschrift im übrigen dem Parlamente ein Recht zusprach, den Handel zu regulieren, fällt wenig ins Gewicht. Auf die spezialisierten Bürgerrechte, welche sie enthält, sind wir schon in einem früheren Abschnitte (D) eingegangen, wir können daher an dieser Stelle darauf verzichten; auch die übrigen Ergebnisse des Kontinental-Kongresses, welcher am 26. Oktober wieder auseinander ging, können wir nur streifen.

Sie sind vorzugsweise negativer Art und beschränken sich auf Abwarten und den Entschluß, vom 1. Dezember des Jahres an keine Waren mehr von Groß-Britannien und Irland einzuführen, desgleichen vom 10. September 1775 an auch keine Waren mehr nach England und Indien auszuführen, wenn die Beschwerden der Kolonisten bis dahin nicht gehoben wären. Diese Beschlüsse, verbunden mit der Bestimmung, der königlichen Regierung keinerlei Geldabgaben mehr zukommen zu lassen, sind dem Kongresse

von der Suffolk-County in Massachusetts vorgelegt worden, welche sie unter Warrens Vorsitze faßte<sup>39</sup>. Es darf vielleicht darauf hingewiesen werden, daß Warren mit James Otis befreundet und verschwägert war. Wie wenig groß die so oft gepriesene Vaterlandsliebe der Amerikaner war, geht aus der Unmenge von Remonstranzen gegen diese Beschlüsse, welche pekuniäre Opfer erforderten, hervor. Besonders New-York wehrte sich gegen sie. Noch während des Kongresses, am 24. September 1774, erklärte eine Versammlung von Einwohnern der Stadt Rye in New-York ausdrücklich ihr Mißfallen über die „übereilten Schritte“, welche in Beziehung auf den Streit mit dem Mutterlande geschehen wären. Sie wollten nur friedliche Untertanen Georgs III. und seiner Gesetze sein (IV 1 S. 802).

Am 20. Oktober 1774 heißt es in einem Aufrufe an die Kaufleute von New-York, daß man den Söhnen der Zügellosigkeit und der Mißordnung (das sind die Kongreß-abgeordneten) weitere Anmaßungen nicht gestatten solle; die maß- und gesetzlose Bedeutung, zu welcher sie sich in einer benachbarten Provinz erhoben haben, verdiene die ernsteste Beachtung (I 686). Am selben Tage wird in einem Aufrufe von aufrührerischen Demagogen gesprochen, „welche die Freiheit der Presse und die Leichtgläubigkeit des Volkes mißbraucht haben, um ihren eigenen ehrgeizigen Plänen zu dienen“; und es wird die bittere Frage aufgeworfen, was die Kolonien ohne den Schutz Englands machen sollen; der Beschluß, nichts mehr einzuführen, sei verderbenbringend für Amerika, denn England werde den Handel in andere Länder lenken. Der Zustand in dieser Kolonie wird am besten illustriert durch einen Brief des

---

39. Die Einleitung zu den Suffolk-Resolutions ist abgedruckt bei Marshall: History, Appendix S. 479. Sie zeigt eine kühne Sprache zur Erhaltung der Freiheit, die englische Konstitution wird bezeichnet als „unalienable and inestimable inheritance which we derived from nature.

Lieutenant-Governor Colden an Dartmouth: „Es ist sicher, daß die Maßregeln des Kongresses hier keinen lauten Beifall finden; im Gegenteil, es scheint das Volk selbst in der Hauptstadt vielmehr mißgestimmt. Es ist auch weiterhin — soweit ich beobachten kann — allen heftigen und aufreizenden Maßregeln abgeneigt. Die Kaufleute scheinen einen Widerwillen gegen die Non-Importation-Association zu haben . . . die Farmer gegen die Non-Exportation.“ Dieser Zustand war also ein allgemeiner in der ganzen Provinz, und am 20. Februar 1775 schloß sich die Legislative den Ausführungen der Redner Brush und Wilkins an (I 1290), welche sich gegen die Beschlüsse des ersten und gegen den Gedanken eines zweiten Kongresses wandten. Ein Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung scheint erst nach der Schlacht bei Lexington (19. April 1775) stattgefunden zu haben. Auch in Massachusetts, Jersey und Pennsylvania fehlte es nicht an Stimmen gegen den Widerstand repräsentierenden Kongreß. In Boston zirkulierte Ende Dezember 1774 ein Formular des Brigadier Tim. Ruggles (I 1057) zur Unterschrift gegen die Non-Importation-Association, in dem man sich verpflichtete, daß man mit seinem Leben und seinem Eigentum einander beistehen wollte in der Verteidigung von Leben, Freiheit und Eigentum, wenn dieses angegriffen oder in Gefahr gebracht würde durch irgend eine Gesellschaft von Männern, welche sich unter irgend einem Vorwande und irgend einer Autorität, die den Gesetzen des Landes widerspräche, aufrührerisch versammelten. Ferner, daß man die Autorität irgend eines Kongresses, eines Korrespondenz-Komitees oder irgend einer anderen unkonstitutionellen Versammlung nicht anerkennen wollte. Man gelobte dem Herrscher Georg III. unbedingten Gehorsam. In New-Jersey erschien am 19. November 1774 ein Aufruf an das Volk, der von der Furcht vor einer Aenderung der monarchischen Regierungsform eingegeben war: der Kongreß hätte mehr Versöhnung zeigen und be-



denken sollen, daß jeder Wechsel der Regierung dem Volke gefährlich wäre; man habe unbemerkt und in der Eile des Eifers sich von der Verfassung entfernt und sich auf eine neue Art der Regierung eingelassen, welche sich ebensowenig mit Freiheit vertrage, wie sie der Monarchie entgegengesetzt sei (I 988); und im Februar 1775 versprach die gesetzgebende Versammlung dem Gouverneur, alles zu tun, um die Regierung des Königs aufrechtzuerhalten und eine besondere Petition, neben der des ungesetzlichen Kongresses, an Georg III. zu senden (I 1126). Selbst noch im Mai, nachdem das erste amerikanische Blut schon geflossen war, bezeugte sie dem Könige die größte Treue und bat ihren Gouverneur W. Franklin, nicht zu glauben, daß man im Geheimen die Absicht hegte, alle Abhängigkeit von England abzuwerfen und jeder Kontrolle der Gesetzgebung ledig zu werden.

Inzwischen regte sich doch in vielen Köpfen der Geist der neuen Zeit, zumal in den Neu-England-Kolonien, und der zweite Kongreß sollte einen viel besser vorbereiteten Boden für seine Ideen finden. Aus Massachusetts, Hampshire, Rhode-Island tönten viele laute Mahnungen zu starkem Handeln in das Land. In Massachusetts, wo der leidenschaftliche Republikaner Sam. Adams als einer der Ersten für Unabhängigkeit eingetreten war, wo Josef Warren schon im November an seinen Freund Jos. Quincy geschrieben hatte, daß es für beide Teile am besten wäre, sich zu trennen und nicht ihr Blut und ihr Vermögen gegenseitig zu vernichten, wenn die letzten Parlamentsakte nicht zurückgezogen würden, da finden wir auch den lebendigsten Wunsch, dem Geiste der Zeit und den Umständen gerecht zu werden. Ein amtlicher Aufruf des Provinzial-Kongresses an das Volk vom 9. Februar 1775 beginnt mit der kühnen Sprache: „Wenn ein Volk, welches zu jener Freiheit berufen ist, welche Eure Vorfahren als die reichste Erbschaft ihrer Kinder edel bewahrt haben, durch die Hand der Unterdrückung verletzt und durch den unbarmherzigen Fuß der Tyrannei niedergetreten wird, ist Widerstand soweit

davon entfernt, verbrecherisch zu sein, daß er zur christlichen und sozialen Pflicht eines jeden Individuums wird“ (I 1332). Man brauche sein Leben nicht der Laune eines Tyrannen zu opfern, man wolle die unverkürzten Rechte der Verfassung, als Menschen und als Christen erhebe man sich für sie. Diese Sprache ist zu bezeichnend, als daß man in ihr nicht Sam. Adams wieder erkennen würde. In Massachusetts war man überzeugt, wie es aus den Briefen des Korrespondenz-Komitees hervorgeht, daß von der Petition des Kongresses nichts zu erwarten wäre, sondern daß starke Entschlüsse nottäten, und zwar die Aushebung eines Heeres und das enge Zusammenschließen zum mindesten der Neu-England-Kolonien. Es sollte noch lange dauern, bis dieser Geist die anderen Kolonien mit sich reißen konnte. In Pennsylvania war der konziliante und einflußreiche Verfasser der Farmers Letters, Dickinson, voll Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Verhandlungen, welche zum großen Teil sein Werk waren, bezeichnete in einem Briefe an Arthur Lee (I 647) die Beschlüsse als eine entschlossene und einmütige Kundgebung für die gemeinsame Sache der Freiheit, England müsse jetzt nachgeben und vom Bürgerkrieg abstehen. Er verkannte ganz die ökonomisch-wirtschaftliche Notwendigkeit dieses Kampfes, in welchem es keinen Frieden, sondern nur Sieg oder Niederlage geben konnte.

Gegen diesen Geist erhob sich die Stimme eines Mannes, welcher am 4. November 1774 „politische Gedanken ohne Ordnung, an das Volk von Amerika gerichtet“ in Philadelphia erscheinen ließ (I 976). Wenn es erlaubt ist, aus der ganzen Diktion dieser Schrift auf den Charakter des Verfassers zu schließen, so entstammen diese Gedanken der Feder Paines, welcher noch in Amerika eine so große Rolle spielen sollte, daß Einige ihn den Urheber der Unabhängigkeit nennen, und welcher schon damals aus England Verbindungen mit Pennsylvania unterhielt. Die Vermutung

nähert sich der Gewißheit, wenn man vergleicht, wie hier und im „Common Sense“ mit so heftigen und sich gleichenden Worten das Heiligste des Königtums vernichtet wird. Es heißt in dem Schriftstück: „Die Geschichte der Könige ist nichts als die Geschichte der Narrheit und Verderbtheit der menschlichen Natur . . . 2. Ein Mann kann heute noch die Quelle des Elends und der Verderbtheit in allen Königreichen der Welt sein. Gott behandelt die ganze Menschheit wie die Juden. Er gibt ihnen Könige nur im Zorne . . . Ein guter König ist ein Wunder. 3. Der amerikanische Kongreß leitet alle seine Macht, sein Wissen und sein Recht vom Volke ab. Eine erhabenere und billigere gesetzgebende Versammlung existierte noch niemals auf der Welt. 6. Es ist eine seltsame Verehrung für das Alte und Abneigung für Neuerungen in allen bürgerlichen und religiösen Gesellschaften. Wir legen jetzt den Grund zu einer amerikanischen Verfassung. Laßt uns deshalb bei allem, was wir tun, die Nachwelt im Auge haben.“ Diese Ausführungen fanden damals noch von verschiedenen Seiten her entrüstete Widerlegungen.

## 2. Mecklenburgh Declaration of Independence von 1775.

Während solchen Schwankens in der allgemeinen Meinung empfing Philadelphia am 10. Mai 1775 zum zweiten Male die Delegierten aus den 13 Kolonien in seinen Mauern, und der Kongreß war ein getreues Abbild der Stimmung im Lande. Den Rücken steifte ihm nur die kühne Entschlossenheit einiger weitblickender Männer, und vorwärts trieb ihn der Gang der Ereignisse. Vieles war schon geschehen, um den Weg zu weisen. Die Thronrede des englischen Königs vom 29. November 1774 hatte von den Amerikanern Unterwerfung unter die Krone verlangt. Der Ministerrat hatte im Januar 1775 die Vorschläge des Kon-

gresses verworfen, die Agenten der Kolonien waren vom Parlamente nicht angehört worden, und Franklin hatte, als er sich am 20. März nach Amerika einschiffte, jegliche Aussicht auf Versöhnung aufgegeben. Ihm folgte bald eine englische Truppenmacht von 4000 Mann mit den Generälen Howe, Clinton und Bourgoyne über das Meer. Die notwendige Folge all dieser vorbereitenden Dinge war der erste Zusammenstoß der feindlichen Parteien bei Lexington und Concord, Jefferson gab von diesem Augenblicke an alle Hoffnung auf eine Versöhnung auf, und J. Adams schrieb emphatisch in sein Tagebuch: das bedeutet Krieg! Krieg! Krieg!

Das Schwert war also gezogen, der Kongreß mußte nur verstehen es zu gebrauchen, aber er schien nur mit der flachen Klinge schlagen zu wollen. Er mußte wohl das Geschehene billigen, er mußte die am Tage seines Zusammentrittes vollzogene Eroberung der Feste Ticonderoga durch Ethan Allen gutheißen, er mußte endlich auch die um Boston versammelten Milizen als amerikanische Kriegsmacht adoptieren und unter den Befehl Washingtons stellen. Aber er sah wie im vergangenen Jahre seine Hauptaufgabe darin, Petitionen und Adressen in die Welt zu senden, an denen wohl Jay, Hooper, Dickinson und andere ihren guten Stil bewiesen, welche aber niemals ihren Bestimmungsort erreichten oder, soweit sie es taten, eine nicht beabsichtigte Wirkung erzielten. Den einzigen großzügigen Vorschlag, welcher an ihn herantrat und welcher einen Höhepunkt unserer Entwicklungsreihe von der Declaration of Rights des Jahres 1774 bis zur Declaration of Independence von 1776 darstellt, ließ er unbeachtet: die *Mecklenburgh Declaration of Independence* vom 20. Mai 1775. Dieses in der Mecklenburgh-County, einer ursprünglich deutschen Ansiedelung in Nord-Carolina, verfaßte Dokument ist um so wichtiger, als sich in der späteren Unabhängigkeitserklärung der Gesamtstaaten einige Ausdrücke wörtlich

wiederfinden. Ueber den Ursprung ist kurz zu berichten, daß ein gewisser Dr. Ephraim Brevard, Sekretär der gesetzgebenden Versammlung zu Charlotte, der Verfasser gewesen ist. Neben ihm war noch ein Notar Kennon im Komitee<sup>40</sup>. Man legte die Erklärung den Abgeordneten von Nord-Carolina im Kongresse, William Hooper, Rich. Caswell und Jos. Hewes vor. Diese äußerten sich aber in einem Brief dahin, daß die Zeit noch nicht für einen derartigen Entschluß gekommen sei, immerhin muß die Erklärung einigen Kongreßmitgliedern vorgelegt worden sein, Jefferson bestreitet freilich, sie gekannt zu haben; wir werden noch Gelegenheit haben, uns mit dieser Behauptung zu beschäftigen. Adams, obgleich er ein guter Freund des Hooper gewesen ist, lernte sie erst 1819 kennen, als sie plötzlich wieder aus der Vergessenheit hervorgezogen wurde, er scheint auch zu glauben, daß Hooper und die anderen Delegierten die Verfasser gewesen seien. Diese Meinung war vielleicht insofern nicht unberechtigt, als Hooper, der Verfasser der Adresse an die Einwohner von Jamaika vom 25. Juli 1775, einige leise Anklänge nicht vermieden und vor allem auf die Möglichkeit einer Unabhängigkeitserklärung hingewiesen hat. Hooper aber als Verfasser zu erkennen, hieße auch hier eine Filiation von Otis her feststellen, denn Hooper war aus Boston gebürtig und ein Schüler des Otis. Doch es ist durchaus unbewiesen, daß ein Einfluß dieses Mannes auf die Mecklenburgh-Erklärung stattgefunden hat.

Der Inhalt des Dokumentes läßt sich in folgende Worte

---

40. Wenn Hopp S. 207 sagt, daß es 27 Deutsche gewesen seien, die sich hier zuerst vom englischen König losgesagt haben, so ist das durch nichts bewiesen. Die Namen der Verfasser sind durchaus undeutsch; Hoetzsch (S. 240) übernimmt den Gedanken. Die Entstehung der Deklaration wurde 1830/31 vom Staate North-Carolina untersucht; die Ergebnisse nebst den Aussagen von Augenzeugen sind bei Force IV. Serie, II. Bd., S. 855, Note, abgedruckt.

zusammenfassen: Der erste Artikel erklärt jeden, welcher die Machtansprüche Groß-Britanniens unterstützt, für einen Feind Amerikas und der anhangenden (inherent) und unveräußerlichen (inalienable) Menschenrechte. Der zweite Artikel erklärt alle politischen Bande mit dem Mutterstaate und alle Treue für die englische Krone für aufgelöst, da sie das Blut amerikanischer Patrioten bei Lexington vergossen habe. Im dritten Artikel erklären sich die Bewohner für ein freies und unabhängiges Volk, welches nur die Autorität Gottes und des General-Kongresses anerkenne, und verpflichten sich, für diese Unabhängigkeit Leben, Freiheit und Ehre zu opfern. Der vierte Artikel weist darauf hin, daß die Gesetze des Landes bestehen bleiben, aber die Krone von Groß-Britannien keine Autorität mehr in ihnen und durch sie habe, ferner der fünfte Artikel, daß dementsprechend alle Beamte, die sich dieser Erklärung anschließen, in ihren Aemtern bleiben sollen, und fordert die Mitglieder der Versammlung auf, für Frieden und Eintracht im Lande zu sorgen und keine Anstrengung zu scheuen, um Liebe zum Vaterlande und die Begeisterung der Freiheit durch ganz Amerika zu verbreiten, bis eine allgemeine und wohlorganisierte Regierung in der Provinz gegründet sei.

Zur Analyse dieses Textes, wie er sich bei Force findet, sei bemerkt, daß Poore (II S. 1408) den Artikel II nicht anführt, doch ist dieser neben dem dritten eigentlich unwesentlich. Wichtiger ist der Zusammenhang mit der großen Unabhängigkeitserklärung. Eine Aehnlichkeit des Inhalts und des ganzen Tenors ist schon durch denselben Vorwurf gegeben; ein gewisser John Simeson aus Providence bezugte sogar 1820, daß dieser Mecklenburgh-Declaration noch eine lange Reihe von Beschwerden beigefügt war, ähnlich wie in der Unabhängigkeitserklärung von 1776; allein wir haben hierfür nur das Zeugnis des einen Mannes.

Ein Vergleich der beiden Unabhängigkeitserklärungen ergibt folgendes:

Meckl. Decl.	Decl. of Indep.
1. The inherent and inalienable rights of man.	1. Certain inalienable rights. (Jefferson hatte ursprünglich in seinem Entwurfe: inherent and inalienable rights.)
2. That we do hereby declare ourselves a free and independent people; are and of right ought to be a sovereign and selfgoverning Association.	2. declare, that these united Colonies are and of right ought to be free and independent states.
3. and hereby absolve ourselves from all allegiance to the British Crown and abjure all political connection . . . . with that Nation . .	3. that they are absolved from all allegiance to the British Crown, and that all political Connection between them and the state of Gr. Br. is . . . dissolved.
4. to the maintenance of which independence we solemnly pledge to each other our mutual co-operation, our lives, our fortunes and our most sacred honour.	4. and for the support of this declaration (with a firm reliance on the protection of Divine Providence) we mutually pledge to each other our lives, our fortunes, and our sacred honour (die eingeklammerten Worte fügte der Kongreß hinzu).

Man sieht aus diesen Belegen, daß Adams nicht mit Unrecht behauptet (Brief an Bentley, 15. Juli 1819), Jefferson habe den Geist, den Inhalt und die Ausdrücke der ersten Deklaration wörtlich in die seine übernommen, wie wenig aber Jefferson Recht hat, wenn er in einem Schreiben an Adams (9. Juli 1819) erklärt, das Papier nie gekannt zu haben, und seine Echtheit bezweifelt. Trotz der Bemühung vieler Amerikaner, ihre Unabhängigkeitserklärung von jeglichem Verdachte des Plagiats rein zu erhalten, bleiben die Tatsachen der Ähnlichkeit bestehen und machen die Mecklenburgh-Declaration zu einem der wichtigsten Dokumente der amerikanischen Revolution. Nicht zutreffend ist freilich die Annahme des Adams (an Jefferson 22. Juni 1819): daß die Empfindung Amerikas zu jener Zeit niemals vorher



oder später besser ausgedrückt worden sei. Der Geist der Freiheit, der Unabhängigkeit und der natürlichen Rechte war durchaus noch nicht der allgemeine, nicht einmal der Provinzialkongreß von Nord-Carolina billigte die Entschlüsse einer seiner eigenen Counties und gab vier Monate später seinen Delegierten den ausdrücklichen Befehl, im Kongresse jedem Plane einer Konföderation der Kolonien entgegenzutreten, da das die äußerste Tat wäre, wenn jeder Gedanke an Versöhnung aufgegeben werden müßte.

### 3. Thomas Paines „Common Sense“.

Von der Hoffnungslosigkeit einer Versöhnung aber war der Kontinental-Kongreß im Jahre 1775 noch nicht überzeugt; trotz der „Proclamation of the Court of St. James“ vom 23. August, in welcher die Amerikaner für Rebellen erklärt wurden, gab er in einem Briefe an die Kolonial-Agenten in England vom 29. November 1775 die Erklärung ab, daß Amerika nichts sehnlicher als eine dauernde Verbindung mit Groß-Britannien wünsche — unter den Bedingungen einer gerechten und gleichmäßigen Freiheit (III 1936); und in einer Betrachtung über die Proklamation des Königs im Kontinental-Kongreß am 6. Dezember wird sorgsam ein Unterschied zwischen dem Könige und seinen Ministern gemacht (III 1943) und betont, daß die grausamen und ungesetzlichen Angriffe, welchen man sich widersetze, ihren Ursprung nicht in der königlichen Autorität haben. Erst die „Prohibitory Bill“, welche Lord North dem Parlamente vorgelegt und am 23. Dez. durchgebracht hatte, führte die Amerikaner einen Schritt weiter. Die Bill, welche den Engländern den Verkehr mit Amerika verbot und die Schiffe der Kolonien als Prise bezeichnete, zwang sie erst zur Schließung der englischen Zollhäuser und durch Oeffnung aller Häfen am 20. Januar 1776 ihr Bestreben nach Freiheit im Handel in die Tat umzusetzen. So wurde in diesem dritten Jahre

des Streites mit Groß-Britannien endlich der Widerstand gegen die neuen Ideen mehr und mehr gebrochen — und zwar ging die Umwandlung der Meinungen im selben Verhältnisse vor sich, wie die Möglichkeit der Versöhnung schwand. Mehrere der großen Kolonien weigerten sich bis zuletzt gegen eine Abstreifung des alten Gewandes, South-Carolina, Pennsylvania, New-York unter ihnen an der Spitze. Pennsylvania gab erst am 6. Juni 1776 den Weg für Unabhängigkeit frei, indem es den Delegierten freie Hand ließ; diese aber waren selbst unter sich uneins und stellten die Zustimmung der Kolonie zur Unabhängigkeitserklärung sehr in Frage, Dickinson hat die Unabhängigkeitserklärung nie unterschrieben. Gegen diese Unentschlossenheit stand eine Partei in Pennsylvania auf, an ihrer Spitze Franklin, welcher schon am 3. Oktober nach London geschrieben hatte: „Eine Trennung wird natürlich unvermeidlich werden.“ An Aufmunterungen von privater Seite zu einer Unabhängigkeitserklärung und Errichtung einer republikanischen Regierung fehlte es nicht, man verglich Georg III., freilich ganz unberechtigtweise, mit Julius Cäsar, man fragte, welches Interesse Amerika an der Prärogative der Lords haben könne, und man verlangte einen permanenten amerikanischen Kongreß, der vom Volke gewählt sei, und vor allem trat man für eine enge Konföderation ein. Man führte Burlamaqui, Locke und den von Dickinson gern zitierten Blackstone gegen die Partei der Tories ins Feld.

In New-York brachte ebenfalls der Mut einiger weniger Männer ein bischen frischen Wind in die Verhandlungen der Repräsentanten-Kammer. Am 4. Juli 1776 baten ein gewisser Thibon und mehrere andere Mitbürger die Kammer, daß sie den Delegierten im Kontinental-Kongresse befähle, für Unabhängigkeit einzutreten (VI 1362). Am 11. Juni legte John Jay im Vereine mit Colonel Remsen den Abgeordneten Beschlüsse über Unabhängigkeit vor. Allein in der Beantwortung beider Anträge erklärten die Abgeordneten

sich nicht für kompetent, um einen Befehl von so ungeheurer Tragweite zu geben, man müßte einerseits die Mehrheitsbeschlüsse des Kongresses abwarten, andererseits müßten bei den ausgeschriebenen Neuwahlen die Wähler der Versammlung erst den Auftrag geben, unter Umständen für Unabhängigkeit eintreten und eine neue Verfassung proklamieren zu dürfen. New-York hat ja dann in der Tat am 4. Juli sich der Abstimmung im Kontinental-Kongresse enthalten.

Unbedingt an der Spitze der amerikanischen Bewegung standen neben einigen kleineren Kolonien, wie Rhode-Island: Massachusetts und Virginia, welchen sich seit April auch North-Carolina anschloß. Der große und allgemeine Gerichtshof der Kolonie Massachusetts-Bay erließ am 16. Januar des neuen Jahres eine Proklamation, welche nach zwei Richtungen hin unserer Betrachtung würdig ist. Erstens, weil sie ein wichtiger Vorläufer der großen Unabhängigkeitserklärung ist, zweitens in Beziehung auf ihren Verfasser John Adams, welcher im Komitee für den Entwurf neben Palmer und einigen anderen mitwirkte; wir lernen hieraus, wie groß die Bedeutung dieses Mannes auf den Gang der Ereignisse gewesen ist. Als Vorläufer der Unabhängigkeitserklärung enthält die Proklamation alle ihre Prinzipien, spricht über die Gründung der Staaten durch die Einwilligung des Volkes, geht auf den Begriff der Souveränität, die immer im Volke liegen und bleiben muß, über, proklamiert das Recht des Widerstandes gegen jeden, der den Vertrag bricht; ein heftiger Angriff auf die Verwaltung von Großbritannien, welche die Bittschriften mit Beleidigungen und mit Blutvergießen beantwortet habe, krönt das Ganze. Es berührt merkwürdig, daß dieses Dokument, welches ein außerordentlich wichtiges Glied in unserer Kette der Entwicklung bildet, bis jetzt nirgends hervorgehoben worden ist<sup>41</sup>.

---

41. Eine Durchsicht wird die große stilistische Aehnlichkeit mit

In Virginia drängte seit Ende 1775 gleichfalls alles zur Entscheidung. Begünstigt wurde die Sache der Patrioten durch das Verhalten des Gouverneurs Dunmoore, welcher

---

der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli ergeben. Die Proklamation ist abgedruckt bei Force IV/4 S. 1268 und lautet: „The frailty of human nature, the wants of individuals, and the numerous dangers which surround them through the course of life, have, in all ages, and in every country, impelled them to form societies, and establish Governments. As the happiness of the people is the sole end of Government, so the consent of the people is the only foundation of it, in reason, morality, and the natural fitness of things; and, therefore, every act of Government, every exercise of sovereignty, against or without the consent of the people, is injustice, usurpation, and tyranny. It is a maxim that, in every Government, there must exist somewhere, a supreme, sovereign, absolute, and uncontrollable power; but this power resides always in the body of the people, and it never was, nor can be, delegated to one man, or a few, the great Creator having never given to men a right to vest others with authority over them, unlimited either in duration or degree. — When Kings, Ministers, Governors, or Legislators, therefore, instead of exercising the power intrusted with them according to the principles, forms, and proportions stated by the Constitution, and established by the original compact, prostitute those powers to the purposes of oppression, to subvert, instead of supporting a free Constitution, to destroy, instead of preserving the lives, liberties and properties of the people, they are no longer to be deemed magistrates vested with a sacred character, but become public enemies, and ought to be resisted. — The administration of Great-Brittain, despising equally the justice, humanity, and magnanimity of their ancestors, and the rights, liberties and courage of Americans, have, for a course of years laboured to establish a sovereignty in America, not founded in the consent of the people, but in the mere will of persons a thousand leagues from us, whom we know not, and have endeavoured to establish this sovereignty over us, against our consent, in all cases whatsoever. The Colonies, during this period, have recurred to every peaceable resource in a free Constitution, by petitions and remonstrances, to obtain justice, which has not only been denied to them, but they have been treated with unexampled indignity and contempt; and at length, open war, of the most atrocious cruel, and sanguinary kind, has been commenced against them . . .“

die Negersklaven durch das Versprechen der Freiheit zum Aufstande aufforderte. Der Kontinental-Kongreß empfahl den Virginiern, dieser willkürlichen Regierung aufs äußerste Widerstand zu leisten und eine neue Regierung aufzurichten. Viele Stimmen einflußreicher Männer unterstützten diese Bestrebungen, Patrick Henry war schon seit 1774 für Unabhängigkeit eingetreten, im Hause des Obersten Overton soll er nach Wirt (*Life of Patrick Henry*) vor seiner Abreise zum ersten Kongresse gesagt haben, es werde zu Gewalttätigkeiten kommen, und Frankreich, Holland, Spanien werden gegen England stehen: „Wird Ludwig XVI. während einer solchen Krisis schlafen? Nein. Wenn er durch die Kraft unseres Widerstandes und durch unsere Unabhängigkeitserklärung davon überzeugt ist, daß wir die Sache ernst nehmen, wird er uns mit Unterstützungen versehen.“ Jefferson hatte sich im November 1775 in einem Briefe an Randolph in London (III 1706) sehr wenig anerkennend über Georg III. geäußert, der zum Unsegen des Reiches unter diesen schwierigen Verhältnissen auf dem Throne säße. Doch auch diese Kolonie zögerte noch einen Augenblick, den letzten Schritt zu tun. Es bedurfte noch einer zweiten Aufforderung, ehe sie sich zur Bildung einer neuen Verfassung entschloß, am 15. Mai endlich ward ein Komitee gebildet, um eine Bill of Rights und Plan of Government zu entwerfen; am selben Tage wurden die Delegierten in Philadelphia aufgefordert, dem Kongresse Unabhängigkeit, Konföderation und fremde Bündnisse vorzuschlagen.

In Nord-Carolina war man nach einigen Anstößen von privater Seite von dem Standpunkte, welchen man im September eingenommen hatte, abgekommen und ermächtigte die Delegierten im Kontinental-Kongresse, Vorschlägen für Unabhängigkeit und fremde Bündnisse zuzustimmen (12. April 76). Am folgenden Tage wählte man ein Komitee, um einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Der aus Philadelphia zurückgekehrte Hooper ward am 15. April

diesem Komitee hinzugefügt und hat lebhaften Anteil an der Gestaltung des Entwurfes genommen.

Daß die Ideen der Naturrechtsphilosophie dank der Initiative einiger weniger Männer über den Geist der Grundeigentümer- und Farmerregierungen siegten, wird durch nichts mehr erwiesen als durch die Aufnahme des Pamphlets „Common Sense“ des Thomas Paine. Wenn es nach dem Vorhergehenden unhaltbar ist, den Verfasser des „Common Sense“ als den „Urheber der amerikanischen Unabhängigkeit“ zu bezeichnen, wie es vielfach geschehen, so ist es auf der anderen Seite ebenso wahr, daß erst durch das Erscheinen der Flugschrift eine Majorität sowohl in vielen einzelnen Kolonien als auch der Kolonien untereinander ermöglicht und einigermaßen gesichert worden ist. Das Pamphlet steht nicht am Anfange einer neuen Entwicklungsreihe, sondern krönt das Bestreben der letzten Jahre, es spricht deshalb auch nicht zum ersten Male über Naturrecht zu den Amerikanern, aber es kann zum ersten Male die Forderungen des Naturrechts als selbstverständliche hinstellen, als die des gesunden Menschenverstandes. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung ist nur ein amtlicher Ausdruck derselben Forderungen, und es ist nur ein Zeichen für die Lauheit der Massen und für das Schwanken der Amerikaner im Kongresse, daß ihnen dieselben Ideen erst sechs Monate später als „selfevident“ erschienen.

Die Schrift erschien am 10. Januar 1776 zu Philadelphia. Sie ist in ganz ähnlicher Weise wie die „Politischen Gedanken ohne Ordnung“ vom 4. November 1774 angelegt und zerfällt deutlich in vier Abschnitte:

Erstens: Das Werk beginnt mit einer Erörterung über die natürlichen Rechte der Menschen und ihre Verwirklichung in Gesellschaft und Staat. Man muß sich, meint Paine, wieder daran gewöhnen, den Unterschied zwischen Gesellschaft (Society) und Staat (Government) zu machen. Jene ist unser Freund, indem jeder in ihr gleichmäßigen Anteil an den Be-

ratungen und Ausführungen der Beschlüsse hat, dieser unser Feind, indem er unser Richter ist und den Unterschied zwischen Regierung und Regierten in sich entwickelt hat, sein Zweck aber ist, die Festsetzung der Freiheit und Sicherheit. Durch seine Erwählten soll jeder Einzelne einen gleichmäßigen Einfluß auf die staatliche Entwicklung haben. Im englischen Staate ist das nicht der Fall, er ist daher kein wahrer konstitutioneller Staat, denn, so ist die Meinung Paines, eine Konstitution ist kein Vertrag zwischen einer regierenden und regierten Partei, sondern ist der Regierung vorhergehend und ein Vertrag der Einzelnen untereinander.

Zweitens: Es erhebt sich von diesem Standpunkte aus die Frage, wie kommt ein König wie der englische zu der Macht, welche das Volk fürchten muß? Sie ist weder aus göttlichem noch natürlichem Rechte erklärbar, sie ist nur ein Vertrag, welchen derjenige selber aufhebt, der ihn bricht. Die Verteidiger des göttlichen Rechtes der Könige verweist Paine auf die Bibel, aus welcher er demonstriert, daß Gott keinen Menschen über ein Volk gesetzt wissen wollte. Dieser ganze biblische Beweis gegen das Recht der Könige ist beinahe wörtlich von Milton übernommen, besonders aus dem ersten Teile der *Defensio pro Populo Anglicano*; hier wird das Beispiel Gideons aus dem Buche der Richter angeführt, weiterhin das des Samuel (I. Sam. 8. Kap.), beide Punkte finden wir im *Common Sense* wieder. Im Anschlusse daran geht Milton auf das Recht der Erblichkeit ein, Paine läßt gleichfalls eine Erörterung über die der Erblichkeit folgen. Er selbst äußerte sich zu John Adams darüber und gab den Zusammenhang zu (*Adams Works* II. Bd. 507; IX 613), betonte sogar, daß er die Bibel nicht achte, allein auf viele Gemüter, besonders bei den zahlreichen Quäkern in Pennsylvania, mußte diese Art der Beweisführung großen Eindruck machen. Man sieht wieder: die Tatsache, daß Milton unmittelbar auf die amerikanische Revolution



eingewirkt hat, ist bis jetzt viel zu wenig hervorgehoben worden.

**Drittens:** Nach der Festlegung dieser Grundsätze behandelt der Verfasser den gegenwärtigen Stand der amerikanischen Angelegenheiten und warnt nach allem, was vorgefallen, vor einer Versöhnung mit England, welche nur ein Uebergangsstadium darstellen könne. Zum entschlossenen Handeln bedürfe Amerika vor allem erst einmal eines Planes der Unabhängigkeit, einer republikanischen Verfassungsform. Grundlage für diese seien die Verfassungen der Einzelstaaten. Für diese schlägt er jährliche Legislativen, aus einem Hause bestehend und an der Spitze einen Präsidenten, vor. Ueber diesen Versammlungen steht der Große Rat, der Kontinental-Kongreß, zu welchem jede Kolonie 30 Abgeordnete entsendet und der Reihe nach, wie das Los entscheidet, den Präsidenten stellt.

Diese Angaben sind sehr wichtig, denn es ist nicht zu leugnen, daß die Verfassung von Pennsylvania von diesem Geiste beeinflußt worden ist, zumal Paine als Sekretär der General Assembly an den Beratungen persönlich Anteil genommen hat. Einige Geschichtsschreiber nehmen auch einen Einfluß Paines auf die Versammlungen von Georgia und Vermont an. Bei Georgia ist er, wenn auch nur mittelbar, sehr wahrscheinlich, denn auch hier wird in der Verfassung von 1777 die Gesetzgebung einer Kammer, welche jährlich gewählt wird, anvertraut; in der Vermont-Konstitution vom selben Jahre mag das Verbot des Sklavenhaltens auf den Einfluß Paines zurückzuführen sein, doch ist das wohl nicht erweisbar.

**Viertens:** Im vierten Teile fordert Paine die Amerikaner zu einer offenen und entschlossenen Erklärung der Unabhängigkeit auf, dann wird Frankreich und Spanien sich auf die Seite des neuen Staates stellen, kann man Gesandte an auswärtige Höfe senden und Anleihen aufnehmen. Er rät zum Bau einer Kriegsflotte, deren Kosten

man durch Papiergeld decken solle. Das waren alles Pläne, welche sich im Kongresse teils schon verwirklicht hatten, teils noch verwirklichen sollten. Um den Bau einer Flotte hatte sich John Adams schon 1775 sehr verdient gemacht, er selbst sagt in seiner etwas selbstbewußten Weise, daß er einen so großen Anteil an der Begründung der amerikanischen Flotte gehabt habe, wie nur ein Lebender oder Toter (s. Autobiographie).

Die Wirkung des Common Sense war der eines Blitzes vergleichbar, er löste nach beiden Seiten, bei Freund und Feind, eine Spannung aus. Wir haben viele begeisterte Briefe an den Verfasser, welche Zeugnis ablegen von dem großen Eindrucke, den er auf die Gemüter machte. Ein Brief, datiert New-Jersey 26. Februar 76 (Force IV 1496), lautet: „In Eurem berühmten Pamphlet, betitelt C. S., durch welches ich von der Notwendigkeit der Unabhängigkeit überzeugt bin, habt Ihr jedem Einzelnen die Freiheit gegeben, Material für jenes große Gebäude, die große Charter der amerikanischen Freiheit herbeizutragen.“ In einem anderen Briefe teilt der Major Hawley dem Elb. Gerry (18. Febr. 76) mit, daß er die Flugschrift gelesen habe, und daß jeder Gedanke — wie guter Samen — in sein wohl vorbereitetes Herz gesunken sei, er ist davon überzeugt worden, daß die Amerikaner ohne eine unabhängige höchste Regierung und Verfassung, die weise erdacht und entworfen, gut begründet und aufgerichtet sei, immer nur ein „schwaches Band“, aber durch eine solche „unbesiegbar“ seien (IV 1191). Er bleiben noch einige Worte zu sagen, wie John Adams die Schrift aufnahm. Adams' Stellungnahme ist sehr wichtig, weil sich in ihm und Paine zwei entgegengesetzte Staatsauffassungen verkörpern und weil wir hier neben der direkten Entwicklungsreihe von Otis zu Adams noch eine zweite verfolgen können, welche über Franklin zu Paine und in gewissem Sinne zu Jefferson führt. Zunächst äußerte Adams sich günstig über das Werk, in einem Briefe vom 18. Februar

an einen Freund schrieb er: „Ich sandte Dir von New-York eine Flugschrift, betitelt C. S., welche zur Rechtfertigung von Lehren geschrieben ist, welche die weiteren Uebergriffe der Tyrannei wohl bald zur allgemeinen Meinung machen werden.“ Diese Anerkennung ist aber nur aus dem Momente des gemeinsamen Strebens nach Unabhängigkeit zu erklären, eine andere Interessengemeinschaft existierte nicht zwischen den beiden Männern. Adams trat dem Verfasser daher auch bald scharf gegenüber und seine „Thoughts on Government“ sind, wenn auch nicht durch den Common Sense veranlaßt, so doch im Gegensatze zu der Staatstheorie Paines entstanden. Er erzählt in seinen Briefen, daß Paine ihn wegen seiner Schrift interpellierte, und daß sie gegenseitig davon überzeugt waren, der andere habe eine falsche Auffassung vom Wesen eines freien Staates (Works IX 613). Adams glaubte, genau wie Otis, die Freiheit in einem Gemeinwesen nur durch das Gesetz der Balance gesichert, einer Balance nicht nur der drei Gewalten, sondern auch der beiden Teile innerhalb der Legislative. Wir wissen, daß er, sich auf Harrington beziehend, unermüdlich war dies zu beweisen; wir wissen ferner, daß seine „Defence of the Constitutions of Government of the United States“ 1787 aus diesem Bestreben heraus entstanden ist, indem er Turgots Theorie der Zentralisation zu widerlegen versuchte. Während wir Adams als einen Feind des zentralisierten Staates erkennen, waren Franklin und Paine hingegen davon überzeugt, daß die Lehre der Balance dem Volke und seiner Souveränität schädlich wäre, sie wollten eine Zentralisation, aber in ganz anderem Sinne wie Turgot, keine Zentralisation in der Regierung, sondern das Zentrum ihres Staates liegt im Volke selbst, daher nichts vom Zweikammersystem, nichts von der Bedeutung der verschiedenen Gewalten und ihrer Teilung, denn bei allen wichtigen Dingen ist der Appell an das Volk selbst nötig.

Im allgemeinen siegte in diesem Streite die Theorie

Adams', um so eher weil sie auf der englischen Verfassung fußte, doch haben wir auch einen Einfluß der anderen Entwicklungsreihe auf einige amerikanische Staaten feststellen können. Jefferson vereinte in gewissem Sinne beide Richtungen in sich, allein im Grunde neigte er wohl mehr der Meinung des Franklin und Paine, mit dem er sehr befreundet war, zu, denn in einem Briefe an den letzteren (29. Juli 1791) verteidigte er Paines gerade erschienenenes Werk: „The Rights of Man“ gegen die „Defence“ und „Davila“ des Adams, mit dem Bemerken, daß die Föderalisten in diesen die Rückkehr zu der Lehre vom Könige, Lords und Gemeinen sähen.

Aus der Staatsauffassung des Verfassers der „Gedanken über Regierung“ heraus wäre niemals eine so schmetternde Anklage gegen die Person des englischen Königs möglich gewesen wie in der Unabhängigkeitserklärung, aus der Anschauung Franklins, Paines, Jeffersons war sie notwendig.

#### 4. Declaration of Independence von 1776.

Im Kontinental-Kongresse war nach dem Erscheinen des Common Sense von einer Begeisterung keine Rede, es war jetzt wohl jeder überzeugt, daß Unabhängigkeit unvermeidlich sei, aber über den Zeitpunkt der Erklärung gingen die Meinungen auseinander. Es stand ja auch die Sache der Kolonien kaum so da, daß Erfolge zu einer beherzten Tat aufmunterten. Am 17. März hatte Washington freilich nach fast einjähriger Einschließung erreicht, daß die Engländer Boston verließen und sich nach Halifax einschifften. Im Norden aber war der so günstig begonnene Quebec-Feldzug mißglückt, die Amerikaner hatten zwei ihrer besten Offiziere, Montgomery und Ethan Allen, verloren, und der Oberst Arnold hatte nur Trümmer des Heeres nach Ticonderoga zurückführen können. Dazu war es den Engländern gelungen, in Europa braunschweigische und hessische Kontingente anzuwerben, mit denen die Streitmacht des Howe

bedeutend verstärkt und Washington im Laufe des Sommers in immer größere Bedrängnis gesetzt wurde. Am 22. August erlitten die Amerikaner auf Long-Island eine Niederlage und gerieten in Gefahr der vollkommenen Vernichtung. Am 15. September vermochte Washington New-York nicht mehr zu halten, und kein halbes Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung schien mit dem Rückzuge des Heeres über den Delaware am 9. Dezember der Widerstand der Kolonien gebrochen, der amerikanische General verfügte noch über 3000 Mann, die ohne Kleidung und ohne Disziplin waren.

Die kriegerischen Ereignisse des Sommers konnten auf den Kongreß kaum ermunternd einwirken; daß die Unabhängigkeitserklärung gerade in diese Zeit hineinfällt, muß sie uns vielmehr als eine Tat der Verzweiflung, der äußersten Not, zu der man gezwungen wurde, erscheinen lassen: man brauchte die Hilfe fremder Nationen, fremdes Geld und fremde Bündnisse, die aber nur ein selbständiger Staat schließen kann. Schon am 3. März hatte man Silas Deane als geheimen Agenten nach Paris, Arthur Law nach Madrid gesandt, um Hilfe zu erbitten; aber über geheime Unterstützungen konnte es dabei nie hinaus kommen, und wenn in der Tat Beaumarchais im Auftrage der französischen Regierung den Amerikanern eine Million Livres aushändigte, so war damit nichts gewonnen, Amerika bedurfte des Absatzgebietes für seinen Exporthandel, bedurfte fremder Bündnisse, um England einschrecken zu können. Mit klarem Blicke für diese Verhältnisse traten John Adams und Chase aus Maryland schon im Februar im Kongresse für Unabhängigkeit und fremde Bündnisse ein. Einen Erfolg zeitigten diese Bestrebungen aber erst, als Adams am 8. Mai den Antrag stellte, daß die Kolonien neue Verfassungen auf dem Principe der Volkssouveränität bilden sollten, er selbst nebst Rutledge und R. H. Lee wurden beauftragt, eine Einleitung zu dem Beschlusse zu schreiben, welche den Zweck haben sollte, die Stimmung im Lande zu prüfen. So entstand die

sogenannte prohibitory act vom 15. Mai, als deren Verfasser Adams zu betrachten ist. Wir wissen, daß Virginia sich erst auf diese Aufforderung hin entschloß, eine Umbildung seiner Verfassung vorzunehmen und Unabhängigkeit vorzuschlagen. R. H. Lee stellte am 7. Juni im Kontinental-Kongresse den Antrag und begründete ihn in einer langen Rede, Adams unterstützte ihn, desgleichen der Virginier Wythe. Gegen die Opposition von Rob. R. Livingston, Rutledge, Dickinson ward ein Komitee gebildet, um einen Entwurf herzustellen. In dieses Komitee wurden neben Adams und Franklin, Roger Sherman, Robert R. Livingston und R. H. Lee gewählt. Lee wurde aber abberufen, am 29. Juni finden wir ihn bei der Abstimmung über die Virginia-Verfassung in Williamsburgh. An seine Stelle trat Jefferson. Das ist sehr beachtenswert, denn vielfach liest man bei Geschichtsschreibern, so auch bei Bancroft, daß Jefferson die meisten Stimmen bei der Wahl zum Komitee erhalten habe und deshalb die Unabhängigkeitserklärung schrieb. Vielmehr steht fest, daß er an den ersten Beratungen nicht teilgenommen hat, und die Frage ist nicht unberechtigt, ob der Einfluß Franklins und Adams nicht erheblich größer gewesen ist, als man gemeinhin annimmt. Adams behauptet sogar, freilich gegen den Widerspruch Jeffersons, daß ein Subkomitee aus ihm und Jefferson bestanden habe (Jefferson an Madison 30. August 1823 bestrittet dies). Sicher ist nur, daß sowohl Adams wie Franklin an dem Entwürfe Jeffersons einige wenige wörtliche Aenderungen vorgenommen haben. So kam die Niederschrift am 28. Juni vor das Haus; die Hauptberatungen im Plenum fanden am 1. Juli statt. Es erhob sich für das Komitee die Frage, wer die Vorlage begründen sollte. Lee war nicht im Kongresse, Jefferson war durchaus kein Redner, Adams behauptet, daß er ihn kaum ein Wort im Kongresse habe reden hören<sup>42</sup>, so bestimmte man Adams selbst als Redner,

---

42. Sehr interessant ist es, daß aus der Ungeschicklichkeit Jeffer-

und die Wirkung seiner Rede soll sehr groß gewesen sein, jedenfalls haben wir viele Zeugnisse von Augenzeugen, die ihn mit den gewaltigsten Rednern aller Zeiten vergleichen. Die Vorlage wurde angenommen, aber nur 9 Kolonien stimmten dafür, ein Zeichen, wie wenig einmütig und begeistert die Vertreter der amerikanischen Nation waren. South-Carolina und Pennsylvania standen im Mittelpunkt der Opposition, Delaware mit seinen beiden Stimmen war geteilt, und New-York enthielt sich der Abstimmung. Dieses Ergebnis wurde etwas verändert, als South-Carolina auf Anraten des Edw. Rudledge am folgenden Tage für die Vorlage stimmte, desgleichen durch neue Abgeordnete für Pennsylvania und Delaware auch die Stimmen dieser Kolonien gewonnen wurden. So war man am 4. Juli endlich so weit, daß die Vertreter von 12 Kolonien ihre Unterschriften unter das Papier setzten, New-York stimmte der Erklärung erst einige Tage später zu. Man sieht aus diesen Tatsachen, daß es unberechtigt ist, von einer „einstimmigen Annahme der von Jefferson verfaßten Unabhängigkeitserklärung“ zu sprechen, wie z. B. E. v. Meier es tut, man sieht ferner, daß es nur dem Wirken einiger Männer zu verdanken war, daß ein solcher Erfolg überhaupt möglich wurde. Es scheint, daß man im allgemeinen Adams das Hauptverdienst zuschrieb. Die Gegner der Bewegung verfolgten ihn mit Haß, bitter beklagt er sich darüber, daß Dickinson ihm auf der Straße auswich, weil er einen Feind der Gesellschaft, einen Revolutionär in ihm sah. Seine Gesinnungsgenossen lobten ihn über alle Maßen: Rich. Stockton, ein Abgeordneter für New-Jersey, bezeichnete in einem Briefe an Adams 1821 diesen als den Atlas der amerikanischen Unabhängigkeit; Jefferson selbst sagte einmal (Adams Works III 57), kein Mann verdiente mehr als John Adams, einen höchst hervorragenden Platz bei diesem Plane einzunehmen.

---

sons für die Debatte die Botschaften des Präsidenten an den Kongreß, welche Jefferson als dritter Präsident einführte, zu erklären sind.



Eine Analyse des in seinen Wirkungen so wichtigen Schriftstückes kann uns nur den Beweis liefern, daß der Verfasser durchaus keine eigenen Bahnen gewandelt ist, der Inhalt war durch den Zweck und durch die Verhandlungen im Kongresse und in den einzelnen Kolonien gegeben, für die Gestalt schwebten viele Vorbilder vor, und Jefferson füllte diese alten Formen nur mit dem neuen Geiste, welcher in den beiden Gedanken des Naturrechts und der Unabhängigkeit gipfelte. Die Erklärung bedeutet für die Entwicklung der Ideen in Amerika also nichts, als daß sie den Abschluß und, wie gesagt, ihren offiziellen Ausdruck darstellt. Wir unterscheiden in ihr deutlich drei Teile: 1. eine Rechtfertigung des amerikanischen Freiheitskampfes aus dem Naturrecht; 2. eine Rechtfertigung aus dem Verhalten des Königs; 3. als Folge dieser doppelten Verletzung amerikanischer Rechte die Unabhängigkeitserklärung. Es scheint nicht unmöglich, daß diese Einteilung durch die Flugschrift *Common Sense* beeinflußt worden ist. Paine stellt im ersten Teile die Naturrechte dar, im zweiten die Anklagen gegen das Königtum und Georg III. im besonderen, im dritten den Plan einer Unabhängigkeit, der vierte Abschnitt enthält nur Belege dafür, daß die Amerikaner unabhängig bestehen können, und ist bei der *Declaration of Independence* nicht am Platze; besonders die Art der Darstellung, die Verkündigung der Unabhängigkeit recht eindrucksvoll an den Schluß zu setzen und so eine rhetorische Wirkung zu erzielen, fordert den Vergleich geradezu heraus; in der viel sachlicher gefaßten *Mecklenburgh-Declaration* steht die Erklärung schon im dritten Artikel<sup>43</sup>.

Erstens: In Beziehung auf das Naturrecht können wir uns kurz fassen; wir haben zu rekapitulieren, daß es nach der langen dargestellten Entwicklungsreihe als selbst-evident erscheinen muß, daß Jefferson von *inherent und inalienable rights*, genau wie in der *Mecklenburgh-Declaration* spricht. Wir wissen ferner, daß einige Sätze dieses Ab-

schnittes wörtlich oder doch in der Aufeinanderfolge der Gedanken von Locke übernommen worden sind. Besonderes Interesse erweckt der Umstand, daß im Laufe der Darstellung der Widerstand nicht nur als Recht, sondern auch als Pflicht bezeichnet wird. Wir sind einer solchen Auffassung (im Laufe unserer Darstellung) schon einmal begegnet, und zwar in dem Aufrufe des Provinzial-Kongresses von Massachusetts vom 9. Februar 1775, in welchem das Recht des Widerstandes, wahrscheinlich durch den Mund des Sam. Adams, als „christliche und soziale Pflicht eines Jeden“ bezeichnet wurde.

Zweitens: Die ebenso maßlosen wie aus der englischen Verfassung heraus ungerechten Anklagen gegen Georg III. füllen den zweiten und größten Teil der Unabhängigkeitserklärung. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Behauptung von dem Könige als dem allein Schuldigen aus der politischen Auffassung des Verhältnisses Englands zu Amerika entsprungen ist, der Auffassung, daß nur der König ein Veto auf die amerikanischen Legislativen habe, die Anhänglichkeit sich nur auf ihn beziehe. Diese Anschauung finden wir bei Otis insofern nur angedeutet, als er Gleichberechtigung mit den englischen Untertanen will, bei Franklin zuerst deutlich ausgesprochen (1768), bei Paine zu der Verwünschung des Königtums überhaupt gesteigert. Wir wissen aus der Korrespondenz des Jefferson, daß er ganz der Anschauung seines älteren und vertrauten Freundes Paine war; wir haben von ihm aus allen Perioden seines Lebens so scharfe Ausfälle gegen die Herrschaft der Könige wie sie überhaupt je ausgesprochen worden sind. Ein historisches Muster für seine Erklärung hat Jefferson nicht nur in der holländischen „Absagungsakte“ gehabt, sondern auch in der Anklage Karls I. vom 20. Januar 1649 (Gardiner S. 282). Auf die holländische Absagungsakte von 1581 und ihre Verwandtschaft mit der amerikanischen haben wir schon

hingedeutet (vergl. Anm. 43); in der englischen Anklage werden in ähnlicher Weise wie in der Unabhängigkeitserklärung die Schandtaten des Königs aufgezählt, viele decken sich dem Inhalte nach vollständig: der englische König habe das Blut des freien Volkes vergossen, sein Vermögen angegriffen, den Handel niedergehalten und vernichtet, das Land beraubt und verwüstet, es ist an beiden Orten von einem unnatürlichen Kriege die Rede, und es wird dem Könige besonders zum Vorwurfe gemacht, daß er Spaltung und Aufruhr selbst unter den Bürgern angestiftet habe.

In der Declaration of Independence sind die Anklagen in ziemlich zwangloser Aufeinanderfolge hingeworfen, allgemeine Punkte und spezielle Ausführungen sind häufig koordiniert nebeneinander gestellt. Man kann sie vielleicht unter die drei Gesichtspunkte bringen: die Vergehen des Königs in der Ausübung der gesetzgebenden, der richterlichen und der Regierungsgewalt; die beiden ersteren sind mehr negativer Art, indem der König Gesetzen, welche sich auf sie bezogen, seine Zustimmung versagte, die Versammlungen nicht einberief, vertagte oder ihren Sitz verlegte. Die Vergehen als Vertreter der Exekutive werden bis zu der Höhe gesteigert, welche etwa in den Worten enthalten ist: „Er hat unsere Seen geplündert, unsere Küsten verwüstet, unsere Städte verbrannt und das Leben unserer Bürger vernichtet.“ Mit großer stilistischer Gewandtheit weiß der Verfasser so auf die Notwendigkeit der Trennung hinzu-

---

43. Die holländische Unabhängigkeitserklärung vom 26. Juli 1581, die sogenannte holländische Absagungsakte (abgedruckt bei Kluit: „Historie der holländische staatsregirung“ I S. 198) hat dieselbe Einteilung wie die amerikanische Erklärung. Sie betont 1. das Recht, den Fürsten abzusetzen, wenn er Tyrann wird (König freilich von Gott eingesetzt); sie häuft 2. eine Last von Anklagen auf den spanischen König; sie geht 3. nach dem historischen Resumé zu der Erklärung über, daß der König abgesetzt sei, und man weder seinen Titel noch seine Jurisdiktion weiterhin anerkennen werde.

spielen. An manchen Stellen mußte sein Stil durch Aenderungen, welche die konziliante Tendenz der Delegierten nicht verkennen lassen, gemildert werden. Wenn Jefferson geschrieben hatte: „He has erected a multitude of new offices by a self assumed power . . .“, so strich der Kongreß die Worte: „by a self assumed power“ und gab hiermit zu, daß der König das Recht habe, neue Beamte einzusetzen, d. h. aber auch, sie von seinem Willen abhängig zu machen. Jefferson stand auf dem Standpunkte, daß nur die gesetzgebende Versammlung Beamte ernennen und besolden dürfe. Ferner, wenn Jefferson schrieb: Man habe das Parlament gewarnt, to extend jurisdiction über die Amerikaner, so milderte man im Kongreß: an unwarrantable (gesetzwidrige) jurisdiction und gab hiermit zu, daß man die Jurisdiction des Parlamentes nicht im Prinzip verwarf.

Drittens: In dem Schlusse, welcher die Erklärung der Unabhängigkeit enthält, haben wir bereits eine auffallende Aehnlichkeit mit der Mecklenburgh-Declaration festgestellt. Einen besonders wichtigen Streitpunkt für den Historiker bilden die Worte: „That these colonies are and of right ought to be free and independent states. Wm. A. Dunning hat im Report of the Am. Historical Association 1902 (I) unter dem Titel: „An Historical Phrase“ darüber gehandelt, allein die historische Ableitung der Redensart nicht vollständig durchgeführt. Sie findet sich wohl zuerst in den Dokumenten der großen englischen Revolution, in „The Act Abolishing the Office of King“ vom 17. März 1649 und in „An Act Declaring England to be a Commonwealth“ vom 19. Mai desselben Jahres. Hier heißt es: „Be it declared . . . that the people of England and all the dominions and territorias thereunto belonging are and shall be a Common-Wealth, a free state and shall from henceforth be governed as a Common-Wealth.“ Während hier shall statt ought steht, findet die Phrase sich in der letzteren Form zuerst in der Bill of Rights von 1689, dann 1720 in „an act for

the better securing the dependency of Ireland“. Es heißt dort: „Ireland has been, is and ought to be subordinated unto and dependent upon the crown of Gr. Brit.“ Dieser Wortlaut wurde dann wörtlich kopiert in der „Declaratory Act“ von 1765 für Amerika, nur statt Ireland setzte man: „the colonies and plantations in America“. In der amerikanischen Revolution finden wir die Redensart zuerst in dem von John Jay verfaßten Aufrufe an das Volk von England (15. September 1774): „that we are and ought to be as free as our fellow-subjects in Britain“. Wir haben sie ferner in der Mecklenburgh-Declaration gefunden, ebenso kommt sie in dem Antrage Lees vom 7. Juni 76 vor: „That these united colonies are and of right ought to be free and independent states.“ Jefferson kopierte 1776 die Mecklenburgh-Declaration. Diese Streitfrage lehrt einerseits, daß der Ausdruck ein Gemeinplatz des politischen Englisch ist, andererseits, daß die Amerikaner sich selbst in ihren freiesten Geistern nicht von den alten Formen ganz frei zu machen vermochten.

Die historische und textliche Analyse der Unabhängigkeitserklärung zeigt uns also, daß sie mit ihren Wurzeln fest in der Vergangenheit steht, daß aber der alte Stamm eine neue Frucht getrieben, diese Frucht entsprach den Ideen der Aufklärung. Wenn die Holländer 1581 in ihrer Erklärung nur die Erfüllung der abgeschlossenen Verträge verlangten, so beanspruchte man in Amerika eine prinzipielle Freiheit für das Menschengeschlecht (Motley). Es mögen hier noch zwei Zitate aus Jeffersons Briefen angeführt werden, welche sich über die Absicht der Declaration vom 4. Juli aussprechen. Das erste ist aus einem Schreiben an Madison vom 30. August 1823; der Briefschreiber wehrt sich gegen die Beschuldigungen des Plagiats, wie wir nachgewiesen haben, freilich mit Unrecht: „Daß die Deklaration keine neuen Ideen enthält, daß sie aus Gemeinplätzen besteht und ihr Inhalt in Otis Pamphlet enthalten ist, mag

alles wahr sein. R. H. Lee sah sie als Kopie von Lockes Abhandlungen über den Staat an. Otis Flugschrift sah ich nie, und ob ich meine Gedanken aus dem Lesen oder dem Nachdenken geschöpft habe, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß ich beim Niederschreiben kein Buch benutzt habe. Ich betrachtete es auch nicht als meine Aufgabe, neue Ideen zu erfinden.“ Die andere uns schon bekannte Stelle findet sich in einem Briefe an Henry Lee vom 8. Mai 1825: Es war nicht der Gegenstand der Erklärung, neue Grundsätze oder Argumente, an welche man früher nie gedacht habe, herauszufinden, sondern der Menschheit die Selbstverständlichkeit des Gegenstandes vorzuführen, und zwar in so klaren und sicheren Ausdrücken, die ihre Zustimmung erzwingen mußten . . . sie war beabsichtigt als ein Ausdruck der amerikanischen Gesinnung.

### 5. Virginia-Constitution.

Dasselbe ließe sich ungefähr auch von der Virginia-Bill of Rights, welche beinahe einen Monat früher, am 12. Juni, erschien, sagen. Nach der oben gezeigten Entwicklung der Ideen ist einleuchtend, daß man auch die Virginia-Bill nicht mehr als den Anfang einer neuen Epoche, als eine ganz überraschende Tat ansehen darf. Sie stellt wie die Unabhängigkeitserklärung eine Spitze der Entwicklung dar und ist nur aus den vorhergehenden historischen Bedingungen heraus zu erklären. Es ist demnach von keiner tragenden Bedeutung, ihren eigentlichen Verfasser, d. h. in diesem Falle ihren Niederschreiber, zu erkennen, alle Vorkämpfer der amerikanischen Freiheit seit 1774 und früher haben in gleicher Weise daran gearbeitet. Wir sind in einem früheren Abschnitte (D) auf den Inhalt der Bill eingegangen, hier soll uns ihre Entstehungsart und die der Verfassung interessieren. Die äußeren Daten für die Entstehung der Bill sind bekannt: Am 15. Mai ward ein Komitee zum Ent-

wurfe einer Declaration of Rights und einer Konstitution zu Williamsburgh gebildet, in welchem die hervorragendste Stelle Rich. H. Lee, Edm. Randolph, Patrick Henry einnahmen. Am folgenden Tage ward James Madison, damals 25 Jahre alt, dem Komitee hinzugefügt, am 18. Mai George Mason, Delegierter aus Fairfax County. Am 27. Mai legte das Komitee der Versammlung seinen Entwurf vor. Als Verfasser wird Mason bezeichnet, und es ist wohl unbestreitbar, daß er mit der Niederschrift beauftragt worden ist, Jefferson bestätigt es wenigstens (Brief an Woodward, 3. April 1825). Andererseits ist aber nicht zu leugnen, daß sehr vieles in der Bill nicht dem Geiste seines Verfassers entsprach und daß in der That einige wesentliche Aenderungen am ersten Entwurfe vorgenommen wurden. Mason war nicht nur ein großer Freund der englischen Verfassung und wünschte lange Zeit für Amerika nichts Anderes als die Rechte der Engländer, sondern auch, wie Bancroft sagt, ein eifriges Mitglied der Church of England. Dieser Umstand ist für seine Gesinnung bezeichnend und machte die große Aenderung im letzten Artikel, welcher sich bekanntlich auf Religionsfreiheit bezieht, notwendig; er mußte dem jugendlichen Geiste des Madison weichen, welcher hier seine politische Laufbahn begann und bald im vertrauten Umgange mit Jefferson in die Höhen der freien und kühnen Politik hineinwuchs, welche er als Präsident von 1809 bis 1817 übte.

Während bei der Virginia-Bill keine unmittelbare Einwirkung aus dem Kreise des Otis nachzuweisen ist, wenigstens kein direktes Eingreifen der Massachusetts-Staatsmänner vorliegt, ist es von ganz besonderer Wichtigkeit und bekräftigt unsere Behauptung, daß der Einfluß einiger weniger Patrioten die Umwälzung in Amerika durchgeführt hat, in hohem Maße, daß nämlich dem John Adams ein großes Verdienst um die Verfassung vom 29. Juni zuzuschreiben ist. Die Virginia-Assembly hatte sich schon vor



der Aufforderung des Kongresses vom 4. Dezember 1775 mit der Notwendigkeit vertraut gemacht, die alte Privilegienverfassung umzuformen. Es ist verbürgt, daß einige Virginia-Abgeordnete sich mit Adams in Verbindung setzten und ihn um Rat fragten. R. H. Lee meinte, daß es sehr gut wäre, wenn man erst einmal ein Schriftstück, welches Vorschläge enthalte, zirkulieren ließe und forderte Adams auf, den Inhalt einer mündlichen Besprechung schriftlich festzuhalten; so entstand am 15. November 75 ein Brief über Regierungsfragen an Lee. Nach Wythes Meinung war dieses Schreiben aber zu kurz, und Adams verfaßte im Januar 1776 seine „Thoughts on Government“ in Form eines Schreibens an Wythe. Sie sind, wie wir wissen, teilweise aus Opposition zu der Flugschrift Paines entstanden, wurden in Virginia gedruckt und übten großen Einfluß aus. Welche Bedeutung man ihnen zuschrieb, geht aus einem Briefe Henrys an Adams vom 20. Mai 1776 hervor (Adams' Works IV. 201): Es soll mein eifriges Bestreben sein, das Aussehen unserer Verfassung so zu bilden, daß eine Verwandtschaft mit Neu-England nicht übersehen werden kann, und wenn alle Eure glänzenden Vorschläge auch nicht durchgeführt werden können, so hoffe ich doch soviel von der Aehnlichkeit festzuhalten, daß die Nachwelt den gemeinsamen Ursprung erkennt. Die Uebereinstimmung der Vorschläge und der Verfassung beruht in folgenden Punkten:

Beide sehen eine Legislative von zwei Häusern vor, einen Senat und ein House of Representatives.

Beide sprechen sich dahin aus, daß dieses Abgeordnetenhaus alle Jahr, daß der Senat durch Rotation erneuert werde; diesen Punkt hielt Adams für besonders wichtig.

In beiden soll der Gouverneur von den zwei Kammern auf ein Jahr gewählt werden, und endlich soll in beiden dem Gouverneur ein Council of State zur Seite gestellt werden.

Eine Verschiedenheit findet bei der Einsetzung der richterlichen Beamten statt, Adams will sie vom Gouverneur

mit Einwilligung des Council ernannt wissen, wie es später in der Massachusetts-Verfassung durchgeführt wurde, die Virginia-Verfassung aber bestimmt, daß beide Häuser die Richter wählen, nur die Friedensrichter kann der Gouverneur ernennen.

Im Januar 1776 hatten sich auch die Abgeordneten von North-Carolina an Adams gewandt, um seine Meinung über die Natur des Staates einzuholen, er richtete darauf in ähnlichen Worten wie nach Virginia einen Brief an Penn (Works IV 203), derselbe Brief ging auch an Jonathan Dickinson in New-Jersey ab. In North-Carolina (Verfassung vom 8. Dezember 76) sind in der Tat in demselben Maße wie bei Virginia Aehnlichkeiten festzustellen, bei der New-Jersey-Verfassung vom Juli 76 weniger. Während Adams so zu dem Bau der neuen Virginia-Verfassung die wichtigsten Steine herbeigetragen hatte, war es Jefferson nicht möglich gewesen, seinen Einfluß in Virginia geltend zu machen. Er hatte Ende Juni einen Verfassungsentwurf an George Wythe eingesandt, doch war die Fassung des Komitees im Plenum schon angenommen worden. Nur die Einleitung wurde, da sie sehr gefiel, dem Ganzen vorgesetzt; sie enthält die Anklagen gegen den englischen König als Rechtfertigung für die Aufhebung der alten Verfassung in denselben Worten wie einige Tage später in der Unabhängigkeitserklärung. Diese Einleitung ist bei Force IV. Serie VI. Bd. S. 1598 abgedruckt, während sie bei Poore fehlt. Der Verfassungsentwurf Jeffersons enthält nicht viel Neues, geht aber in einigen Punkten sehr weit. Er fordert das Verbot der Sklaveneinfuhr, das Recht der Naturalisation und, wie schon angedeutet, der Religionsfreiheit, Aufhebung des Fisch-, Jagd- und Strandgut-Rechtes, denn diese seien Common-Right. Es fällt auf, daß der Entwurf keine Bill of Rights enthält, die wesentlichen Rechte sind in die Verfassung selbst hineingearbeitet, unter dieser Bedingung hielt Jefferson eine besondere Erklärung der Rechte nicht für

nötig. An der Bundesverfassung tadelte er, daß sie keine Bill enthielte, weil sie auch in sich die wesentlichen Rechte nicht klar ausspräche (Brief an Madison vom 15. März 1789). Wir sehen also Adams und Jefferson in ihrem Bemühen um die Virginia-Verfassung; die Einwirkung Jeffersons tritt in seinem eigenen Mutterlande hinter der des Adams zurück.

### G. Gesamtwürdigung und Resümee.

Wir glauben in den vorhergehenden Abschnitten einen Ueberblick über den Ursprung und Inhalt der ersten amerikanischen Staatsverfassungen gegeben zu haben. Die Tatsachen haben uns gezeigt, daß die religiösen Elemente in der Revolution fast ganz zurückgetreten, ja, daß sie zum Teil der schnellen Entwicklung der neuen Ideen sogar hinderlich gewesen sind (die Quäker in Pennsylvania haben die Möglichkeit der Unabhängigkeitserklärung eine Zeitlang in Frage gestellt), sie haben uns auf der anderen Seite belehrt, daß es in erster Linie handelspolitische Interessen waren, welche die Umwälzung herbeiführten. Es ist nichts falscher als von Farmern zu sprechen, welche sich in Amerika eine Republik gegründet haben, wie man es heute noch in vielen ernsten Schriften lesen kann; die Vertreter der Farmer-Kolonien waren die erbittertsten Gegner der neuen Ideen, wie wir das in South-Carolina und Hampshire sehen konnten, Dickinson ist ein typisches Beispiel eines solchen Farmers. Der Herd, an dem sich die Fackel, welche später das ganze Festland überstrahlen sollte, entzündete, war nicht in den Herzen der in freier Gottesluft inmitten der großen Urwälder lebenden Pflanzer, denn diese waren in der Tat schon frei und unabhängig, sondern in der Zentrale der geistigen Aufklärung und des Welthandels, in Massachusetts, in Boston. Otis, Franklin, die beiden Adams und Hooper haben ihren Ausgang von dieser Stadt genommen, sie alle

sind Söhne Neu-Englands, welches vor allen anderen Kolonien Selbständigkeit und Freiheit besaß. Wir haben ferner verfolgen können, wie alle großen Anstöße von diesen Männern ausgegangen sind. Otis und Franklin verkörpern in sich zwei Richtungen, welche wir beide nebeneinander im Gange der Ereignisse haben verfolgen können.

### 1. Benjamin Franklin.

Franklin tritt uns in seinem Gesamtbilde etwa so entgegen: Er ist ein Gegner des gemischten Staates, wie er in England besteht und wie Montesquieu ihn pries; im Sinne Rousseaus etwa will er eine Vereinheitlichung, eine Zentralisierung des ganzen Staatssystems und den Schwerpunkt in das Volk selbst verlegen, daher sein Kampf gegen eine zweite Kammer, einen Senat, welcher einen Appell an das Volk bei allen wichtigen Gesetzen erschwert. Durch seinen Einfluß setzte er es durch, daß in Pennsylvania eine Verfassung mit einer eingliedrigen Legislative aufgestellt worden ist, als Vorbild für eine solche Verfassung kann wie für die ähnliche Pennsylvania-Verfassung von 1701 Miltons Staatsideal und seine Verwirklichung in der großen englischen Revolution angesehen werden, so kennt auch Cromwells „Instrument of Government“ vom 16. Dez. 1653 nur eine Legislative neben dem Protektor und dem Council of State. Wie Franklin eine möglichst zahlreiche Repräsentation des Volkes wünscht, so will er auch möglichst viele Bürger an der Exekutive beteiligt wissen, eine mehrgliedrige Regierungsgewalt ist sein Ziel. Aus diesen Gründen tadelt er an der Bundesverfassung erstens, daß sie einen Senat vorschreibe, zum andern, daß einem Präsidenten die ganze Vollstreckung der Gesetze zustehe.

## 2. Thomas Paine.

Es war dem Engländer Paine vorbehalten, die Ideen Franklins zu großer Wirkung zu bringen. Er übernahm von diesem die Anschauung, daß das Verhältnis Amerikas zu England das einer Art Personal-Union sei; in seiner übertriebenen Weise machte er daraus eine Quelle der bittersten Anklagen gegen den König und gab damit ein Vorbild für die Unabhängigkeitserklärung. Er wirkte auch, im Sinne Franklins, an der Pennsylvania-Verfassung mit; ein ganz besonders großer Gesichtskreis aber eröffnete sich für seine politische Theorie, als er nach der Beendigung des amerikanischen Freiheitskampfes nach Frankreich übersiedelte, wo Turgot, Condorcet, Rochefoucauld schon durch Franklin mit der Pennsylvania-Verfassung bekannt gemacht waren und sie hoch schätzten, die „Defence of the Constitutions“ des Adams hingegen tadelten. Condorcet schloß sich eng an Paine an, und nahm in der Assemblée Nationale neben ihm, dem Abgeordneten für Pas de Calais, seinen Platz ein. Franklins und Paines Wunsch einer mehrgliedrigen Exekutive und einer Repräsentantenkammer sollte sich in Frankreich erfüllen, und es bedurfte noch einer eingehenden Untersuchung über den Einfluß der Pennsylvania-Verfassung und ihrer Urheber auf französische Zustände; auch Tellinek geht in seiner Schrift auf diesen Punkt nicht ein<sup>44</sup>.

---

44. Paines Einfluß auf die Verfassung der französischen Republik vom 24. Juni 1793 ist unleugbar. Er figurierte in dem Komitee vom 29. September 1792 neben Siéyès und Condorcet, die Déclaration des droits ist in ihrem ersten Entwurfe von Paine verfaßt, s. D. Conway in den Writings of Thomas Paine. New York 1895 Bd. III S. 128. Für den deutschen Historiker ist der Umstand von Interesse, daß auf dem zweiten Demokratenkongresse vom 26. bis 29. Oktober 1848 zu Berlin der Redakteur der „Reform“ Dr. H. B. Oppenheim eine Erklärung der Menschenrechte vorlegte, welche der französischen Déclaration von 1793 entsprach (vgl. G. Lüders: „Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848“ Leipz. Dissertation 1909

Paines Einfluß auf die Demokratie in Amerika wie in Europa ist demnach ein bedeutender, sein Bild tritt uns nicht als das eines hohlen Schreiers oder Unruhestifters entgegen, wie Adams ihn später gern hinstellte, sondern er war, wenn auch nicht frei von Uebertreibungen, ein Mann der positiven Arbeit, der es nicht einmal verschmähte, in eigener Person das Gewehr auf die Schulter zu nehmen und gegen die Engländer zu kämpfen; ein Mann von einem sehr weiten Freiheitsbegriff, dessen Grundsätze er 1791 in seiner Schrift „The Rights of Man“ niederlegte. Sein Herausgeber Convay nennt diese Schrift die erste vollkommene Aufzählung der republikanischen Prinzipien. Der Verfasser geht in ihr weit über Rousseau und Locke hinaus; Jefferson verteidigte sie mit Eifer gegen Adams und versuchte während seiner politischen Tätigkeit die in ihr enthaltenen Grundsätze in die Tat umzusetzen. Die Präsidenten Madison und Jackson folgten ihm hierin.

### 3. Jefferson.

Jefferson tritt uns demnach in ähnlichem Bilde entgegen. Wir haben ihn kennen gelernt als einen Mann von großer Gelehrsamkeit, der über wenig Beredsamkeit, aber über einen glänzenden, wenn auch nicht immer selbständigen Stil verfügte. Sein Begriff der Freiheit war ebenso weit gefaßt, wie der des Otis und des Paine, Freiheit bezog sich bei ihm auf den niedrigsten Sklaven wie auf den Höchststehenden. Die Sklaverei kannte keinen heftigeren Gegner als ihn. Nicht aus dem Christentume begründete er seine Theorie, sondern aus den allgemeinen Gesetzen der Natur und des gesunden Menschenverstandes, und er war hellsehend genug, in ihnen nicht nur Rechte, sondern auch

---

S. 169). Wir haben hier demnach einen unmittelbaren Einfluß Paines auf die deutsche Demokratie vor uns.

Pflichten zu sehen. In seiner gewiß ehrlichen demokratischen Gesinnung ging er nur dann zu weit, wenn er sie auch äußerlich dokumentieren wollte. Seinen Einzug in das Weiße Haus hielt er im schäbigen Rocke und ohne Gefolge ab, die fremden Gesandten empfing er in Hausschuhen und ohne Zeremoniell, Karossen und Galafeste, wie Washington und Adams sie geliebt, schaffte er ab, Kriegsschiffe erklärte er für Unsinn und bewaffnete im Kriege Schaluppen mit Kanonen.

Er war wohl wie keiner ein Repräsentant seiner Zeit, ohne Achtung für historisches Recht, ein Feind des religiösen Dogmas, Freigeist, wenn auch nicht Antichrist, mehr ein Verkünder bereits vorhandener Ideen als ein Urheber neuer, daher kein großes konstruktives Genie, er ist weder an der Virginia-Verfassung beteiligt gewesen, noch an der Bundesverfassung, und als er mit Wythe und Pendleton berufen ward, die Gesetze Virginians zu revidieren, da drang sein Einfluß nicht durch, und man adoptierte das ganze System des englischen Gemeinen Rechtes.

#### 4. Einwirkung der Massachusetts- Abgeordneten aus dem Kreise des Otis.

Dieser ganzen Gruppe: Franklin, Paine, Jefferson gegenüber steht, wie wir gesehen, eine andere, welche sich direkt an Otis anschließt und besonders in Sam. Adams und John Adams verkörpert ist.

##### a) Samuel Adams.

Sam. Adams, ein vertrauter Freund des Otis, hat freilich viel Verwandtschaft mit Jefferson. Er war, wie dieser, kein Mann des systematischen Aufbaues eines neuen Staates, sondern wirkte nur anfeuernd und begeisternd, im Gegensatz zu Jefferson vielleicht ein besserer Redner als Stilist.



In seinen Forderungen ging er teilweise weit über Otis hinaus, was um so leichter war, als er gar keine bestimmten Ziele formulierte, sondern alles in eine allgemeine Freiheitsidee auflöste. Solange Otis im Besitze seiner geistigen Kräfte war, trat Adams daher hinter ihn zurück, nach seinem Abgange hingegen war er in Massachusetts und Neu-England allmächtig, so daß man ihm den Beinamen eines Cromwell of New-England gab.

Von 1765—74 beherrschte er den Provinzial-Kongreß von Massachusetts, in welchem er als Vertreter der Stadt Boston saß. Er schrieb 1764/65 die Instruktionen dieser Stadt für ihre Abgesandten, welche wir schon erwähnt haben. Besonders aber machte er 1772 den Vorschlag, daß ein Korrespondenz-Komitee<sup>45</sup> aus 22 Personen ernannt werden sollte: „To state the rights of the colonists and of this province in particular, as man, as christians, and as subjects to communicate and publish the same to the world.“ Unter den natürlichen Rechten der Kolonisten werden das Recht auf Leben, Freiheit, Eigentum, sowie das Recht des Widerstandes gegen Unterdrückung erwähnt, doch vermögen wir hierin gegen die „Rights . . .“ des Otis und gegen die an anderer Stelle (S. 54) erwähnte Denkschrift des Massachusetts-Provinzial-Kongresses für ihren Agenten Jasper Mauduit keinen Fortschritt zu erblicken.

Adams ist mit diesem Antrage unzweifelhaft der Begründer der Korrespondenz-Komitees geworden. Virginia nahm 1773 den Gedanken auf, und führte für sämtliche Kolonien durch, was Adams nur für Massachusetts organisiert hatte. R. H. Lee machte sich um diese Sache in erster Linie verdient. Im Grunde aber führten sowohl er wie Adams

---

45. Marshall zitiert im Anhang seiner Geschichte der Kolonien Gordon: History Am. War. I 312. Hieraus geht freilich hervor, daß Sam. Adams zu James Warren in Plymouth ging, und dieser den Vorschlag des Korrespondenz-Komitees für die Städte der Kolonie machte.

nur das aus, was Otis schon seit dem Kongresse von New-York auf eigene Rechnung getan. Er hatte nicht nur diesen Kongreß vorgeschlagen und so das gemeinsame Vorgehen der Kolonien inszeniert, sondern er unterhielt auch fernerhin eine Korrespondenz mit Vertretern der verschiedenen Kolonien, und 1768 sandte bekanntlich ein großes Komitee von Boston aus Rundschreiben an alle Kolonien, um sie zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Stempelakte zu veranlassen, und beauftragte Otis mit der Abfassung derselben<sup>46</sup>.

Es geschah ferner auf Veranlassung des Adams, daß der Massachusetts-Provinzial-Kongreß am 17. Juni 1774 zu Salem hinter verschlossenen Türen den Entschluß faßte, die Kolonien zu einem allgemeinen Kongresse zusammenzurufen, Wiederum liegt der Vergleich mit Otis und dem Kongresse von New-York sehr nahe. Wir wissen, daß Sam. Adams auf dem ersten Kontinental-Kongresse einer der eifrigsten Vorkämpfer für Unabhängigkeit gewesen ist. Hutchinson behauptet, daß Adams überhaupt als Erster diesen Gedanken ausgesprochen hat (Hutchinson: Diary) und Lord Mansfield hatte die Absicht, nach dem Passieren der Boston Port Bill den Adams und verschiedene andere Rädelsführer nach England bringen und sie zum Tode verurteilen zu lassen. Ein Versuch des Gage, Adams zu ergreifen, mißlang später.

Dieser dem Mutterlande so fürchterlich erscheinende Mann wollte weiter nichts ausführen, was Franklin in seiner mehr besonnenen Weise schon seit Jahren ausgesprochen hat, wenn er sagte, daß die Provokationen Englands zur Trennung führen würden (s. Franklin an Strahan Nov. 1769). Er war gewiß kein Aufrührer, sondern ein frommer und mildtätiger Mann, der seine Freiheitsliebe aus dem Christen-

---

46. Abgedruckt bei Macdonald Nr. 65. Nach M. ist Sam. Adams der Verfasser.

tum geschöpft; der einzige der amerikanischen Staatsmänner, der das tat. In ihm hat sich ein gut Stück Entwicklung vollzogen: von Otis, der sich als Bürger eines britischen Weltreiches fühlte, zum amerikanischen Patrioten. Freilich ist auch er in erster Linie noch Vertreter der Neu-England-Interessen, die letzte Loslösung von diesem Partikularismus findet erst bei John Adams statt<sup>47</sup>.

### b) John Adams.

John Adams war nicht so weitgehend in seinen Forderungen wie Paine und Jefferson, er war nicht befreit vom Geiste der englischen Verfassung und hielt sie mit Otis für die beste der Welt, während Jefferson sie nur für besser als andere hielt, weil sie im Prinzip die Teilung der Gewalten durchgeführt hätte. Er wollte wie Otis die Freiheit Amerikas begründen, aber er sah sie nicht in einem großen englischen Weltreiche, sondern schon sehr früh in der Unabhängigkeit. Dem Umstande, daß er an die gegebenen Verhältnisse anknüpfte, verdankt er seinem großen Einfluß auf die amerikanischen Umwälzungen. Er selbst glaubte immer nur im Geiste seines großen Freundes zu handeln und sah in allen Taten des Befreiungskampfes nur Erfüllung dessen,

---

47. Das Verdienst Sam. Adams' scheint bei seinen letzten Biographen überschätzt zu werden. Wells: „The Life and Public Services of S. Adams“ und James Kanda!! Hosmer: „Sam. Adams“ in Am. Statesmen schreiben über ihn. Der Verfasser hat leider keine Einsicht in die Bücher nehmen können und ist auf wenige Zitate bei Tyler angewiesen gewesen, allein hier scheint die Behauptung des Wells, daß Adams ein großes Verdienst um die Massachusetts-Bill of Rights zuzuweisen ist als John Adams, zurückgewiesen werden zu müssen. Wir wissen nur, daß der dritte Artikel der Bill durch seinen Einfluß hineingekommen ist, er wurde aber 1833 gestrichen, da er einen nicht unbedenklichen Eingriff in die Religionsfreiheit darstellte; siehe Hough I 622.

was Otis gewünscht. Wir haben sein Wirken im Laufe der Darstellung verfolgen können, wir haben ihn bei allen wichtigen Ereignissen als den Anreger oder Urheber entdecken können, bei der Declaration of Rights von 1774, bei der Proclamation by the Great and General Court of the Colony of Massachusetts-Bay vom 16. Januar 1776 (siehe S. 127), welche große Aehnlichkeit mit der Unabhängigkeitserklärung hat, bei dieser selbst und zuletzt bei der Virginia- und Massachusetts-Verfassung.

Das Bewußtsein seiner Erfolge erzeugte bei ihm eine gewisse Eitelkeit und Selbstgefälligkeit, welche der Anerkennung seiner Verdienste viel geschadet hat<sup>48</sup>. Dazu kam, daß er als zweiter Präsident der Würde seines Amtes nicht mit derselben majestätischen Erhabenheit und Ruhe wie Washington nachkommen konnte, sich einer übermächtig werdenden oppositionellen Partei gegenüber sah und aus Hilflosigkeit zu einigen unliebsamen Verordnungen griff, die ihn selbst bei seinen besten Freunden diskreditierten, aber im Grunde seiner Seele war er ein nicht minder ehrlicher amerikanischer Patriot als Jefferson, sein Freiheitsbegriff war nur anderer Art.

In seiner Schrift „Davila“ spricht er sich einmal dahin aus, daß Freiheit nur da existieren könne, wo das Eigentum gesichert sei. Nach der Theorie Harringtons ist das aber nur durch Balance möglich, durch ein Gleichgewicht, einmal, indem man in der Gesetzgebung den Armen gegen den

---

48. Bancroft äußert sich über John Adams (Revolution Chap. 20): „Er besaß mehr Gelehrsamkeit als Washington oder irgend ein anderer amerikanischer Staatsmann seiner Zeit. Eine bessere Kenntnis der Freiheit, soweit sie im Gesetze begründet ist, als S. Adams; einen klareren Blick in die konstruktiven Elemente der Regierung als Franklin; mehr Talent für die Debatte als Jefferson, mehr mutige Energie als Dickinson, mehr bewegliche Kraft als Jay“; doch besaß er, so meint Bancroft; zu viel Selbstachtung, so daß sie im Mannesalter oft sein Urteil, im Greisenalter sein Gedächtnis irreleitete.

Reichen ausspielt, zum anderen, die Legislative gegen die Exekutive und Justiz abwägt. Einen Staat, in welchem dies vollführt ist, gleichviel wie er sonst ist, nennt Adams eine Republik; England ist unter diesem Gesichtspunkte eine Republik. Als Gegner der Idee der Zentralisation tritt er daher eifrigst für Teilung der Gewalten und das Zweikammersystem ein. In Beziehung auf den ersten Punkt ist keiner so konsequent gewesen wie Adams. Er tadelte an der Bundesverfassung, daß hier die einzelnen Gewalten eine Negative aufeinander haben; wenn der Senat ein Verwerfungsrecht der Beamten, welche der Präsident ernenne, habe, so schwäche das zugleich die Macht der Exekutive und des Senates selbst, welcher lange Zeit mit den Beratungen über diese Dinge verliere. Das größte Verdienst Adams liegt aber entschieden darin, daß er sich der Stiefschwester der beiden übermächtigen Gewalten, der richterlichen Gewalt, annahm und ihr eine Gleichberechtigung erstritt, wie sie diese noch nie erlebt hatte. Wir haben seine Kämpfe um diese Forderung in seinem Streite mit General Brattle (vergl. Anm. 38), sowie bei der Declaration im Kongresse von 1774 verfolgen können, aber erst 1787 war der Kampf um die Gleichberechtigung endgültig in Amerika zum Siege geführt worden.

Wie er diese Bedingungen für eine dauernde Freiheit als unerläßlich ansah, so schien ihm auch nur die Unabhängigkeit Garantie für die Zukunft zu geben. Wir haben sein Verdienst um die Aussprechung der Trennung von England schon hervorgehoben, er ist zum mindesten so früh wie Sam. Adams für diesen Gedanken eingetreten. Es ist ein Brief des Adams vom 12. Oktober 1755 an Nathan Webb erhalten (Works I Kap. 1), in welchem er ganz deutlich den Gang der Entwicklung voraussieht und eine zukünftige Trennung mit Bestimmtheit ausspricht. Als Haupthindernis für die Möglichkeit einer Unabhängigkeitserklärung erkannte er schon damals den Partikularismus der einzelnen Kolonien,

und mit Eifer ging er später als Staatsmann an die Aufgabe heran, das föderative Prinzip in den 13 Staaten zu stärken, trat er für straffe Verbindung ein, trat er an die Spitze der großen Partei der Föderalisten, welche eine möglichst starke Bundesregierung für notwendig hielten. Adams sah mit tieferem Blicke als seine politischen Gegner, was dem neuen Staate frommte, die Einheit, ohne welche keine Freiheit, sondern nur Zügellosigkeit denkbar war, denn das Geschlecht war für Jeffersons oder gar Paines politische Ziele noch nicht reif, Frankreich sollte es beweisen, und mit Recht konnte der Verfasser der Gedanken über Regierung dem des Common Sense vorwerfen, daß er von der Politik nichts verstehe.

Diese Einheit aber war nicht durch die Religion möglich, sondern sie konnte nur auf dem weiten Grunde der natürlichen Rechte geschaffen werden, nicht der partikularistische Geist, sei es des Roger Williams, sei es des Paine, wohl aber der allvereinende und allumfassende des Otis und seines Kreises konnte hier eine apostolische Sendung erfüllen. Otis hatte freilich noch ein britisches Weltreich im föderativen Sinne gewünscht, ein Reich, in welchem alle Glieder eine gleiche Berechtigung hätten, während das England des 18. Jahrhunderts ein solches Reich im Sinne der Unterwerfung der Teile unter die Zentralregierung begründen wollte. Sein Jünger Adams konnte den Vorteil Amerikas nicht mehr in der Zugehörigkeit zum englischen Reiche erblicken, er sah ihn in der engen Föderation der amerikanischen Staaten, und es war für das Werden der Union von entscheidender Wichtigkeit, daß sie in Adams einen Theoretiker fand, welcher diesen Geist so ausgesprochen gegenüber den Demokraten vertrat, es war ferner ein glücklicher Stern, welcher dem jungen Staate in Washington einen so machtvollen praktischen Vertreter dieser Politik gab; Washington erhielt dem Staate die Einheit;

sie mit der Freiheit, wie Jefferson sie geträumt, zu vereinen, sollte erst einem späteren Geschlechte nach einem blutigen Bürgerkriege vorbehalten sein, und mit Washingtons Namen verknüpft sich der des Sklavenbefreiers Abraham Lincoln.



## Namenregister.

- Adams, Johann 12 16 17 f. 32 38  
 44 45 46 47 57 59 63 70 71 74  
 79 89 103 104 105 108 109 112  
 113 114 121 122 124 127 132  
 133 134 135 136 137 138 145  
 146 147 148 151 152 155 ff.  
 Adams, John Quincy 39 65.  
 Adams, Sam. 16 20 33 57 83 108  
 109 112 118 119 140 152 ff. 157.  
 Allen, Ethan 121 135.  
 Althusius 25.  
 Aristoteles 20.  
 Arnold, Oberst 107 135.  
  
**Bacon** 20.  
 Bancroft 19 38 46 108 137 145  
 156.  
 Beaumarchais 136.  
 Bernard, Gov. 58.  
 Blackstone 15 20 21 22 71 97 ff.  
 111 126.  
 Bolingbroke 17.  
 Bourgoyne 120.  
 Boutmy, Emile 11 26 90.  
 Bowen, Franc. 46.  
 Burlamaqui 21 111 126.  
 Brattle, Gen. 114 157.  
 Brevard, Ephr. 122.  
  
 Calvin 44.  
 Caswell, Rich. 122.  
 Chase, Sam. 16 136.  
 Checkley, John 32.  
 Cicero 17 18 20.  
 Clinton 120.  
 Coke, Lord 49.  
 Colden, Govern. 111 117.  
 Condorcet 150.  
 Conway, D. 151.  
  
 Darmstaedter 34.  
 Deane, Silas 136.  
 Dickinson 56 111 119 121 126  
 137 148.  
 Duane 113.  
 Dummer 50.  
 Dunmore, Gov. 128.  
 Dunning, W. A. 142.  
  
**Epikuräer** 14.  
  
 Force, Peter 108.  
 Franklin, Benj. 17 18 20 44 70 95  
 104 105 106 112 121 126 133  
 134 135 137 140 148 149 150  
 152 154.  
 Franklin, W. 118.  
 Friedrich II. 28.  
  
 Gage 109 154.  
 Galloway 21 105 113.  
 Georg I. 98.  
 Georg III. 116 117 118 126 129  
 139 140.  
 Gerry, Elb. 133.  
 Gierke, Otto 90.  
 Gneist 73.  
 Goodrich, A. 16.  
 Grenville, Lord 41 55 56 98.  
 Gridley, Tim. 47.  
 Grotius 21 47 48 87 92 100 101.  
  
**Harrington** 18 49 52 71 72 73 ff.  
 75 85 97 99 134 156.  
 Henry, Patrick 13 20 44 110 129  
 145 146.  
 Hewes, Jos. 122.  
 Hobbes 92 99.  
 Hoetzsche 59 89 122.

Hooper 16 44 121 122 129 148.  
Hopkinson 16.  
Hopp, O. 15 122.  
Howe, Gen. 120 135.  
Hume 18 20.  
Hutchinson, Gov. 31 55 104 115  
154.

Jackson, President 151.

Jay, John 19 20 111 113 121 126  
143.

Jefferson, Thom. 13 14 15 19 f. 25  
29 37 38 41 44 45 80 89 96 99  
103 104 105 112 121 122 124  
129 133 135 137 138 139 140  
143 145 147 148 151 f. 155 156  
158 159.

Jellinsk, G. 10 14 15 23 26 36 81  
90 93 99 108 150.

Junius 98.

Karl I. 440.

Keen, Thom. Mac. 17.

Kennon 122.

Knowles 33.

Kurfürst, der Große 28.

Law, Arthur 136.

Lee, Arthur 119.

Lee, Charles 107.

Lee, R. H. 16 21 39 44 113 136  
137 113, 144 145 146 153.

Leveller 25 26 72.

Lilburne, John 26 72 73.

Lincoln, Abrah. 159.

Littleton, Lord 49.

Livingston 137.

Locke, John 11 14 17—12 34 47  
48 52 61 62 64 71 80 ff. 86 88  
90 96 98 99 101 110 126 140  
144 151.

Ludwig XVI. 129.

Luther, Martin 44.

Lynch, Thom. 17.

Mably, Gabr. de 18.

Macchiavelli 18 87.

Madison 29 44 145 151.

Mansfield, Lord 49 54.

Mason, George 29 145.

Mauduit, Jasper 54 153.

Mayhew, Jon. 43.

Meier, E. v. 60 64 69 85 108 138.

Milton, John 18 19 28 71 72 75 ff.

81 82 83 88 90 99 131 149.

Montesquieu 17 18 20 21 22 47

48 52 80 84 85 86 ff. 91 96 98  
100 101 111 149.

Montgomery 135.

Motley 143.

Neander 23.

North, Lord 41 125.

Oliver, Mr. 55.

Otis 12 44 ff. 58 60 67 71 73 74

77 78 80 82 83 84 89 92 96 98

99 100 101 104 103 108 114 115

116 122 133 134 140 143 144

145 148 149 152 153 154 155

156 158.

Paine, Thom. 19 20 21 45 95 106

119 125 130 131 132 133 134

135 139 140 146 150 f. 152 158.

Palmer 127.

Pendleton 110 152.

Penn, William 25 36 38.

Plato 14 18 20.

Pownall, Gov. 105.

Price 18.

Priestley 20 44.

Pufendorf 21 28 47 48 87 92 98

99 100 101.

Ramsay, David 16 17.

Randolph, Peyton 44 110.

Remsen, Colon. 126.

Rochefoucauld 150.

Rockingham 57.

Rodney 56.

Rousseau, J. J. 11 18 19 47 48 89 ff.

97 99 149 151.

Ruggles, Tim. 117.

Rush, Benj. 16.

Rutledge, E. 16 113 136 137 138.

Salmasius 76.

Schiller, Fr. v. 97.

Seneca 17.

Shaftsbury, Earl of 34.

Shelburne 57.

Sherman, Roger 16 103 114 137.

Sidney, Algernon 18 20 21 71 80.

Simeson, John 123.

Smith, Adam 20.

— Allen 73 108.

Somer, Lord 21.

Sophisten 13.

Stern, Alfred 80.

Stockton, R. 138.

Stoiker 14.

Sullivan 13.

Swift 18.

Tacitus 18.

Thorton, Mat. 16.

Thukydides 18.

Treitschke, H. v. 106.

Troeltsch, E. 27.

Townshend, Charles 55 56 111.

Tucker, Sam. 112.

Tudor 44 46.

Turgot 18 134 150.

Vattel, de 47 48.

Vinnius 17.

Voltaire 44.

Wahl, Ad. 30 85 92.

Walpole, R. 98.

Warren, Jos. 107 109 116 118 153.

Washington, George 107 121 135  
156 158 159.

Weingarten, Herm. 23 ff.

Wilkes, John 49 98.

Williams, Roger 11 27 28 30 33  
44 59 97 158.

Witherspoon 16.

Wythe, George 16 110 137 146  
147 152.



